



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

CSU-Landesgruppe:

Dialog mit den Kommunen

Die CSU ist die starke Kommunalpartei in Bayern. Diesen politischen Anspruch machte auch eine Veranstaltung der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag im Rahmen ihrer Gesprächsreihe „CSU-Landesgruppe vor Ort“ in Augsburg deutlich. Angesichts der großen finanziellen Herausforderungen für die Kommunen, hatte man der Veranstaltung das Thema „Zukunft der Kommunal Finanzen“ gegeben.

Gut vier Stunden lang wurde mit über 100 Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Bezirksräten diskutiert. Unter den Gästen waren unter anderem der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, der Präsident des Verbandes der Bayerischen Bezirke, Manfred Hölzlein, der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Jakob Kreidl, der Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Landrat Stefan Rößle sowie der Kreisverbandsvorsitzende des bayerischen Gemeindetags, Georg Klaufner. Auch der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Georg Schmid, sowie viele Landtagsabgeordnete waren nach Augsburg gekommen.

Wirtschaftliche Basis

Nach der Begrüßung der Teilnehmer durch den Parlamentarischen Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, und einem Grußwort des Augsburger Oberbürgermeisters Kurt Gribl, wies der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Hans-Peter Friedrich, in seiner Rede darauf hin, dass alle Kommunen von der massiven Wirtschaftskrise der vergangenen zwei Jahre in Mitleidenschaft gezogen worden seien. Die bayerischen Kommunen stünden im bundesweiten Vergleich sogar noch relativ gut da, „weil die wirtschaftliche Basis günstiger war als anderswo“. Aber dennoch seien die Gewerbesteuererlöse bitter. Friedrich warnte zugleich vor einer Abschaffung der Gewerbesteuer.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Eine Abschaffung der Gewerbesteuer gegen den Willen der Kommunen werde es mit der CSU nicht geben.

Stabilisierung der Finanzen

Die Stabilisierung der Kommunal Finanzen war Thema des ersten Forums der Veranstaltung, moderiert von der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, Gerda Hasselfeldt. Hans-Bernhard Beus, Staatssekretär aus dem Bundesfinanzministerium, Manfred Hölzlein, Präsident des

Bayerische Verwaltungsschule in Holzhausen:

Sturmerprobter Vorstand geht von Bord

Auf Dr. Josef Ziegler folgt Michael Werner
Feierstunde mit Kommunalminister Herrmann

Vorstandswechsel an der Bayerischen Verwaltungsschule in Holzhausen am Ammersee: Im Rahmen eines Festakts wurde der bisherige Vorstand der BVS Dr. Josef Ziegler ebenso gebührend in den Ruhestand verabschiedet wie dessen Stellvertreter Karl Weißenbach. An ihre Stelle treten nunmehr Michael Werner und Roswitha Pfeiffer. Musikalisch umrahmt wurden die Feierlichkeiten vom Musikverein Güntersleben, der unterfränkischen Heimatgemeinde Dr. Zieglers.

In seiner Begrüßung dankte Jürgen Busse, Aufsichtsratsvorsitzender der BVS, dem scheidenden Vorsitzenden Dr. Josef Ziegler „für all die vielen Jahre exzellenter Arbeit an der Spitze unseres Hauses“. In den vergangenen zwölf Jahren - zunächst als Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates, dann ein Jahr als Abteilungsleiter und seit Juni 2003 als Vorstand - habe dieser die Verwaltungsschule maßgeblich mit geprägt. Stets habe Ziegler „klaren Kurs gehalten, war sturmerprobt und hat die Mannschaft an Bord stets motiviert“.

Anforderungsprofil

Sein unterfränkisches Naturell, seine juristische Ausbildung, seine beruflichen Erfahrungen in der inneren Verwaltung des Freistaats Bayern sowie insbesondere als Erster Bürgermeister der Gemeinde Güntersleben im Landkreis Würzburg seien beste Voraussetzungen gewesen, um das Anforderungsprofil eines Vorstandes der



Das Podium zum Thema „Stabilisierung der Kommunal Finanzen“ in Augsburg (v. l.): Bartholomäus Kalb, Manfred Hölzlein, Gerda Hasselfeldt, Hans Schaidinger, Hans-Bernhard Beus. □

Verbandes der bayerischen Bezirke, sowie der Vorsitzende des Bayerischen Städtetages, der Oberbürgermeister von Regensburg, Hans Schaidinger, und der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Bartholomäus Kalb diskutierten dieses Thema engagiert.

Strukturwandel

Die klare Botschaft der Podiums-Diskussion lautete: Die Einnahmen bei Gewerbe und Einkommensteuer sinken dramatisch, die Ausgaben vor allem

für Sozialleistungen dagegen steigen immer weiter an. Der Grund für viele Probleme liegt im raschen Wandel der Gesellschaft strukturell bedingt und ist damit konjunkturell gar nicht lösbar. So sei beispielsweise die Eingliederungshilfe für Behinderte eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Finanzierung aber bisher allein bei den Kommunen liege. „Hier muss eine Drittelung der Kosten her zwischen Bund, Freistaat und Kommunen“, sagte Manfred Hölzlein. Schaidinger machte

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die 15. Landesgartenschau in Rosenheim zieht eine erfolgreiche Bilanz. Vorläufiger Endstand: 1.035.000 Besucher. Während der Schlussveranstaltung feierten gemeinsam (v. l.): Rosenheims OB Gabriele Bauer, Bambergers OB Andreas Starke als nächster Gastgeber sowie Roland Albert, Vorsitzender der Gesellschaft zur Förderung der bayerischen Landesgartenschauen (vgl. Seite 20). □

5. Energiekongress in München:

Kritische Stadtwerke

Beim 5. Deutschen Energiekongress in München, veranstaltet von der managerakademie und dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU), diskutierte die Branche über ihre künftigen Aufgaben.

Wettbewerb auf den Energiemärkten und die Herausforderungen des Klimawandels standen in diesem Jahr im Zentrum der Tagung. Mit namhaften Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Unternehmen wurden die Fragen nach dem Energiemix der Zukunft und der Entwicklung der Energiepreise diskutiert. Des Weiteren standen folgende Fragen im Fokus: Wie kann Versorgungssicherheit und Klimaschutz im funktionierenden Wettbewerb im Energievertrieb gewährleistet bleiben und welche innovativen Ansätze und Geschäftsfelder gilt es hierbei zu verfolgen? Welche Herausforderungen vor allem aber auch Chancen bieten Konzessionswettbewerb und Rekommunalisierung?

Kritik an Atomkompromiss

Der Atomkompromiss der schwarz-gelben Bundesregierung sorgt bei Wettbewerbshütern und Stadtwerken in Deutschland für Enttäuschung und heftige Kritik. Wie der Präsident des Bundeskartellamtes, Andreas Mundt, darlegte, „drängt sich der Eindruck auf, dass das Geld den Beteiligten ein bisschen näher war, als die Wettbewerbsstruktur“. Aus seiner Sicht hätten die Energiekonzerne im Gegenzug für eine Verlängerung von Laufzeiten der Kernkraftwerke Kapazitäten bei fossilen Kraftwerken abgeben sollen. So aber habe die Bundesregierung die Verhandlungen nicht dazu genutzt, die Marktstrukturen zu verbessern.

Ungleichgewicht

Am Vorabend hatte sich Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihren Fachministern und den Spitzen der Koalition auf eine Verlängerung der Laufzeiten für die 17 deutschen Atommeiler um durchschnittlich 12 Jahre geeinigt. Im Gegenzug werden die Stromkonzerne mit Milliardenzahlungen auch für den Ausbau

von Ökostrom zu Kasse gebeten. Die Ergebnisse des „Atomgipfels“ werden von den deutschen Stadtwerken zwar akzeptiert, aber nicht begrüßt. Darauf machte Stephan Weil, Präsident des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) und Oberbürgermeister der Stadt Hannover, aufmerksam. Aus Sicht des VKU „haben die Stadtwerke bei dem Kompromiss das Nachsehen“.

Vormachtstellung

Die Bundesregierung habe sich einseitig auf die Seite der großen Energieunternehmen geschlagen. Die Verlängerung der AKW-Laufzeiten befreie die Konzerne vom Wettbewerbsdruck und ermögliche es ihnen, Gewinne zu erzielen, mit denen sie ihre Vormachtstellung im Erzeugungsmarkt ausbauen könnten. Die bereits angelaufene Energiewende in Deutschland werde dadurch gebremst. Wenn die Atomenergie als Brückentechnologie verstanden werde, werde

(Fortsetzung auf Seite 4)



Manchmal wird der Bürgermeister richtig wütend, zum Beispiel auch jetzt im Zuge der Feiern zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit. Seither dreht sich die mediale Diskussion häufig nicht um die grandiosen Leistungen in Ost und West, sondern meist nur negativ um eine angebliche „Mauer in den Köpfen“. Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

BayernLB und WestLB prüfen Fusion	Seite 2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Frauenförderung in aller Munde	3
Positionen zum Energiekonzept	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiethemen	5-10
Beleuchtung · Verkehr	11
Kommunale Baufragen	12-13
Kommunalfahrzeuge	14-15
Kommunaler Bau · GaLaBau	16
Aus den bayerischen Kommunen	17-20

Städtebauförderung:

Ein bedingtes Ja

Landtag einstimmig gegen drastische Kürzung der Bundesmittel

Die Appelle der kommunalen Spitzenverbände, die Bundesmittel für die Städtebauförderung nächstes Jahr nicht von 610 auf 305 Mio. Euro zu kürzen, sondern zumindest in gleicher Höhe weiter zu gewähren, haben im Landtag ein bedingtes positives Echo gefunden. Einstimmig lehnten die Abgeordneten in einem Dringlichkeitsantrag „drastische Kürzungen“ der Bundesmittel ab. Es gehe nicht nur um Städte, sondern um die Entwicklung des ländlichen Raumes, hieß es übereinstimmend bei Koalition und Opposition. Konkrete Forderungen von SPD, Grünen und Freien Wählern, zumindest die bisherigen Gelder weiter zu geben, von denen auch Landesmittel abhängen, wurden von CSU und FDP mit Blick auf die Haushaltsverhandlungen in Berlin und München abgelehnt.

Alle drei Oppositionsfraktionen hatten zur ersten Plenarsitzung nach der Sommerpause Dringlichkeitsanträge vorgelegt, nachdem entsprechende ältere Anträge in den Ausschusssitzungen vor der Sommerpause zuletzt am Tag vor dem Plenum im Bundesangelegenheiten Ausschuss abgelehnt worden waren. CSU und FDP blieben wie in den Herbstklausuren (s. GZ 18/23.09.2010) dabei, vor der Einigung über einen schuldenfreien Haushalt zunächst des kommenden Jahres nichts vorweg zu beschließen.

„Schaufensteranträge“

Alexander König (CSU) versicherte, „wir treten für die Fortführung der Städtebauförderung in maximaler Höhe ein, können aber den schwierigen Haushaltsverhandlungen nicht vorgreifen.“ Die Forderungen der Opposition seien reine Schaufensteranträge. Thomas Dechant (FDP) stimmte dem zu. Man sei dazu angehalten, „mit den uns von den Steuerzahlern gewährten Mitteln vernünftig umzugehen“. Bayern hat heuer 51 Mio. Euro für den Städtebau vom Bund erhalten und den gleichen Betrag aus eigenen Mitteln dazu gegeben.

Christine Kamm (Grüne) forderte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) auf, sei-

ne landauf landab laufenden „Bilderbuchveranstaltungen“ für die Förderung sofort einzustellen, wenn die Koalition letztlich Kürzungen zustimmen werde. Reinhold Perlak (SPD) bezog sich darauf, dass Herrmann sich im Bundesrat für die Fortführung des Programms eingesetzt hat. Jetzt komme es auch auf den zuständigen Bundesminister Dr. Peter Ramsauer (CSU) an. Adelheid Rupp (SPD) sagte, die Städtebauförderung sei mit ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft konjunkturell so wichtig wie nicht alles andere, für das Geld gebraucht werde.

Joachim Hanisch (Freie Wähler) bezog sich auf den einstimmigen Bundesratsbeschluss vom 24. September, die Städtebauförderung in bisheriger Höhe weiterzuführen. Entsprechend habe

sich auch die Bauministerkonferenz gerade erst in Stellung gebracht. Vor der Presse kündigte er an, seine Fraktion werde in diesem Zusammenhang auch dem Flächenverbrauch besondere Aufmerksamkeit widmen. Das sei bisher im Landtag kein Thema gewesen. In einem Fachgespräch mit Experten aus der Obersten Baubehörde, Wirtschaft, Landwirtschaft und mit Kommunalpolitikern wurde eine parlamentarische Initiative vorbereitet.

Eminente Bedeutung

Herrmann bestätigte im Plenum die eminente Bedeutung der Städtebauförderung für die Infrastruktur der Kommunen. In diesem Sinne sei er auch mit Ramsauer einig. Über 70% der Mittel aus diesem Programm flössen in den ländlichen Raum. Wenn der Bund die rund 600 Mio. Euro halbierte, wäre es dem Freistaat nicht möglich, das durch eigene Mittel auszugleichen.

Angesichts der festen Haltung der Koalition, sich jetzt noch nicht auf konkrete Forderungen oder Summen festzulegen, erklärte sich Hanisch für seine Fraktion bereit, ihren Dringlichkeitsantrag auf den lapidaren Satz zu beschränken: „Der Landtag lehnt die drastische Kürzung der Bundesmittel für die Städtebauförderung ab.“ Das fand einhellige Zustimmung. Die gleichfalls detaillierter formulierten Dringlichkeitsanträge von SPD und Grünen wurden mit CSU/FDP-Mehrheit abgelehnt. **rm**

Festakt in München:

30 Jahre SGK Bayern

Seit 30 Jahren gibt es die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) der SPD in Bayern. Anlass genug, um mit 350 Kommunalpolitikern aus ganz Bayern dieses Jubiläum unter dem Motto „Kommunale Kompetenz - 30 Jahre SGK Bayern“ in München zu feiern.

Memmings Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger, Vorsitzender der SGK Bayern, hob bei einem Festakt im Alten Rathaus die tiefe Verankerung der Sozialdemokraten in vielen Städten und Gemeinden Bayerns hervor. „In den dreißig Jahren waren die SGK und vor allem die von ihr vertretenen sozialdemokratischen Kommunalpolitiker in Bayern erfolgreich, wie Tausende von Mandatsträgern und zahlreiche Erste Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte beweisen. Sie werden in Bayern von jeher direkt vom Volk gewählt und sind das Markenzeichen einer guten Kommunalpolitik“, so Holzinger.

Kommunalpolitik sei nicht nur das feste Fundament, sondern auch seit Jahrzehnten Markenzeichen der bayerischen Sozialdemokratie. In vielen Städten und Gemeinden des Freistaats Bayern seien sozialdemokratische Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister bzw. Gemeinde-, Bezirks-, Kreis- und Stadträte, Garanten solider, bürgernaher und sozialer Politik.

Hauptredner des Festaktes war Berlins Regierender Bürgermeister und stellvertretender Parteivorsitzender Klaus Wowereit, der darauf verwies, dass nur handlungsfähige Kommunen sozialen Zusammenhalt schaffen. „Der soziale Zusammenhalt, die soziale Gesellschaft entscheidet sich vor Ort, in den Kommunen – dort wo das tagtägliche Zusammenleben der Menschen stattfindet“, so Wowereit.

Der Regierende Bürgermeister betonte die Bedeutung der SGK für die Arbeit vor Ort, aber auch für die Sozialdemokratie. „Es sind die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die ganz nah dran sind, an dem was die Menschen bewegt. Es sind die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die permanent mit den Auswirkungen ihrer

eigenen Entscheidungen vor Ort konfrontiert sind – die sehen, wenn etwas funktioniert aber eben auch, wenn etwas nicht funktioniert.“ Es seien aber auch die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die manch irrwitzige Entscheidungen von der Bundes- und Landesebene ausbaden müssten. Verlierer im schwarzgelben Spiel seien die Städte und Gemeinden.

Öffentliche Daseinsvorsorge

Die jetzige Bundesregierungbürde den Kommunen immer mehr Aufgaben auf. „So werden mehr und mehr Städte und Gemeinden an den Rand oder in den Ruin getrieben“, machte Wowereit deutlich. „Die Folge ist klar: Es sind die Bürgerinnen und Bürger vor Ort, die diesen Verschiebepunkt direkt zu spüren bekommen, weil Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge, weil Jugendeinrichtungen und Begegnungszentren, weil Schwimmbäder, Büchereien, Volkshochschulen, Musikschulen, Kultur- und Sporteinrichtungen geschlossen und Personal abgebaut werden muss. Vielerorts werden Eintrittspreise teurer und was die größte Fehlentwicklung ist: Die Kitgebühren werden erhöht. Hinzu kommt die geplante Halbierung der Städtebauförderung von 610 auf 305 Millionen Euro – das Aus für Quartiersmanagement und viele Sanierungsvorhaben, denn das erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“ wird aus diesen Mitteln finanziert.“

Markus Rinderspacher, SPD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, lobte in seinem Grußwort die Arbeit der sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die ganz nah dran sind, an dem was die Menschen bewegt. Er ist der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die permanent mit den Auswirkungen ihrer

HGAA-Untersuchungsausschuss:

Faltlhauser und Naser distanzieren sich vom Landesbankvorstand

Eklat um den Ex-Sparkassenchef - Stoiber soll Mitte Oktober aussagen

Im Untersuchungsausschuss des Landtags geht die Prüfung des 2007 vollzogenen Kaufs der Kärntner Hypo Group Alpe Adria (HGAA) durch die seinerzeit dem Freistaat und dem Bayerischen Sparkassenverband zu je 50% gehörende BayernLB zeit- und aufwendig weiter. Nachdem deren damals verantwortliche Vorstandsmitglieder mit Dr. Werner Schmidt an der Spitze wegen staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen die Aussage verweigert hatten, erwartete man jetzt von Exfinanzminister Prof. Kurt Faltlhauser und Exsparkassenpräsident Dr. Siegfried Naser Aufklärung darüber, wie es trotz Risiken und Warnungen zu dem Kauf kommen konnte, der Bayern bis heute rund 3,75 Mrd. Euro Verlust eingebracht hat.

Beide Zeugen, die dem BLB-Verwaltungsrat angehörten, versicherten in umfangreichen, schriftlich vorbereiteten Erklärungen, sie seien in Abwägung von Risiken und Vorteilen überzeugt gewesen, dass der Kauf angesichts der damals guten Lage am Welt- und Kapitalmarkt 2007 richtig sei.

Lehmann-Pleite war nicht vorhersehbar

Die ein Jahr später durch die Pleite der New Yorker Lehman-Bank ausgelöste weltweite Krise habe niemand voraussehen können. Aus heutiger Sicht sei der Kauf ein Fehler gewesen. Einen Druck von Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber habe es nicht gegeben, versicherte Faltlhauser. Er und Naser lobten zwar

die gute Zusammenarbeit mit dem Bankvorstand und dessen Chef Dr. Werner Schmidt, machten ihm aber den Vorwurf, den Verwaltungsrat über Kritik und Vorbehalte in mehreren Stellungnahmen und Gutachten nicht informiert zu haben.

Entscheidung unter Zeitdruck

Faltlhauser räumte ein, er hätte nach der Verwaltungsratsitzung am 20. April 2007 gerne noch eine Woche Zeit zur Überlegung gehabt, dann aber auf Drängen des Vorstands am 23. April im Umlaufverfahren seine Zustimmung zum Kauf der HGAA für 1,625 Mrd. Euro gegeben. Der Kauf wurde im Mai perfekt, ohne dass der Verwaltungsrat nochmals zusammen kam.

So ähnlich sieht die Aussagen Faltlhausers und Nasers sachlich aus, so spektakulär gestaltete sich die Vernehmung des ehemaligen Sparkassenpräsidenten. Zunächst hatte er auf einem Aussageverweigerungsrecht bestanden, weil gegen ihn eine Strafanzeige erstattet worden sei. Das ließ Ausschussvorsitzender Thomas Kreuzer nicht gelten; es gebe ja noch kein formelles Ermittlungsverfahren.

Verwirrung um Naser

Naser wurde zunächst mit einer Ordnungsstrafe von 1.000 Euro belegt. Als er stumm blieb, wurde ihm Beugehaft angedroht. Er verließ den Sitzungssaal. Wenige Stunden nach dem Eklat teilte Naser schriftlich mit er wolle aussagen. Seinen Sinneswandel erläuterte er auf Pressefragen nicht, sprach nur von „unliebsamen Vorfällen“.

Neu und überraschend war für die Ausschussmitglieder, dass

Naser während stundenlanger Befragung nach seiner vorbereiteten Aussage mitteilte, Anfang 2008 habe es von zwei US-Finanzinvestoren Interesse gegeben, Anteile an HGAA/BLB zu kaufen. Das sei ein Indiz, dass man auch dort an die positive Entwicklung geglaubt habe. Mit dem Lehmancrash sei das Interesse natürlich rasch erloschen. Die Sache soll in der BayernLB-Kontrollkommission des Parlaments erörtert werden, verlangte die SPD.

Kritische Gutachten

Während Kreuzer auf Pressefragen nur von interessanten Aussagen der Zeugen Faltlhauser und Naser sprach, deren Wertung dem Schlussbericht vorbehalten bleibe, äußerten die Ausschussmitglieder Harald Güller (SPD) als stellvertretender Vorsitzender, Sepp Dürr (Grüne) und Bernhard Pohl (FW) den Verdacht, sowohl Naser als auch Faltlhauser hätten fahrlässig gehandelt und kritische Gutachten übersehen. Dürr meinte, eine Schadensersatzklage gegen die Verwaltungsratsmitglieder bleibe wahrscheinlich.

Die Opposition bezog sich auf den im Juni angehörten Augsburger Rechtsprofessor Reiner Schmidt; der in einem für den Ausschuss gefertigten Gutachten von einer „Holschuld“ der Verwaltungsräte schrieb und sprach. Sie hätten sich nicht auf die Vorlagen und Versicherungen des Vorstands verlassen dürfen, sondern nachbohren müssen.

Millionengewinne für Thilo Berlin

Keine Aussage erhielt der Untersuchungsausschuss von dem Vermögensverwalter und Investor Dr. Thilo Berlin. Gegen ihn wird in Kärnten ermittelt. Er stand in enger Verbindung zur Geschäftsleitung der HGAA und soll im Wissen um die Verkaufsverhandlungen Anteile der Bank gekauft und dann wieder verkauft haben, was ihm Millionen-gewinne eingebracht haben soll. Die Zeugenbefragung geht weiter. Mitte Oktober soll Edmund Stoiber zu Wort kommen. **rm**

Ergebnisoffene Verhandlungen:

BayernLB und WestLB prüfen Fusion

Kontrollkommission zeigt sich vorsichtig positiv

Im Bemühen, die BayernLB aus der Misere herauszuführen, in die sie nach dem Kauf der Hypo Alpe Adria (HGAA) mit Milliardenverlusten, letztlich zu Lasten der Steuerzahler, geraten ist, stehen die Landtagsfraktionen vorsichtig positiv zu Fusionsgesprächen zwischen BayernLB und WestLB. In diesem Sinne äußerten sich die Mitglieder der Kontrollkommission, die parallel zum HGAA-Untersuchungsausschuss die Entwicklung dieser nun dem Freistaat gehörenden Bank begleiten sollen.

Finanzminister Georg Fahrenschon und BayernLB-Vorstandsvorsitzender Gerd Häusler berichteten der Kommission. Es werde „ergebnisoffen“ verhandelt, berichtete Fahrenschon.

Restrukturierung

Beide Banken stehen unter Druck. Die EU-Kommission dränge auf Restrukturierung der deutschen Landesbanken. Die WestLB soll demnach bis Ende 2011 verkauft werden. Trotz dieser Terminsetzung sieht Kommissionsvorsitzender Ernst Weidenbusch (CSU) keinen Hand-

lungen, wie er nach der nicht öffentlichen Sitzung sagte. Die Erholung der BayernLB im operativen Geschäft spreche für die Bank. Ähnlich äußerte sich die stellvertretende Kommissionsvorsitzende Inge Aures (SPD). „Wir sind für alles offen, wenn es sinnvoll ist“. Fehler wie bei der HGAA dürften nicht nochmal passieren.

Verluste

Die gerade gemeldeten Verluste der ungarischen BayernLB-Tochter MagyarKreditBank (MKB), in Höhe von rund 300 Mio. Euro wurden in der Kommission zur Kenntnis genommen, aber nicht diskutiert. Man geht davon aus, dass die BayernLB auf die Rückzahlung von der Tochter gewährten Krediten verzichtet und einen anderen Teil des Fehlbetrages selbst übernimmt. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Kling
86479 Aichen
am 14.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Herbert Opel
95362 Kupferberg
am 18.10.

Bürgermeister Michael Gansler
82497 Unterammergau
am 21.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Schneider
91807 Solnhofen
am 13.10.

Bürgermeister Michael Bauer
92712 Pirk
am 14.10.

Bürgermeister Ludwig Eder
84389 Postmünster
am 16.10.

Bürgermeister Alfons Weber
87733 Rettenbach
am 19.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Arno Nunn
82487 Oberammergau
am 17.10.

Bürgermeister Werner Weindl
83661 Lenggries
am 25.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Dr. Harald Fichtner
95015 Hof
am 18.10.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage. □

CSU-Arbeitskreis Umwelt:

Positionen zum Energiekonzept

Beschluss der Landesversammlung in Nürnberg

Der Arbeitskreis Umwelt der CSU unter Vorsitz von MdB Josef Göppel hat in der aktuellen Debatte um die Energiepolitik der Zukunft konkrete Vorschläge erarbeitet. Diese wurden bei der AK-Landesversammlung in Nürnberg einstimmig beschlossen. Zuvor hatten Staatsminister Markus Söder und Bundesminister Norbert Röttgen die Delegierten über die Positionen der Staats- und der Bundesregierung informiert.

Deutschlands Energieversorgung befindet sich mitten in einem Epochenwechsel. Der CSU-Arbeitskreis Umwelt strebt das Ziel an, bis 2050 eine überwiegende Versorgung mit Strom, Wärme und Treibstoffen aus Wind, Wasser, Sonne, Erdwärme und heimischer Biomasse zu erreichen, die dem Ziel einer umweltverträglichen, wirtschaftlichen und versorgungssicheren Energieversorgung entspricht. Das Energiekonzept der Bundesregierung müsse den Weg in diese Energiezukunft weisen. Neben dem Klimaschutz sei es vor allem wichtig, dass die erneuerbaren Energien zum ersten Mal eine breit gestreute Wertschöpfung und Eigentumsbildung ermöglichen.

Wirtschaftliche Anreize

Stichwort Energieeffizienz: Laut Arbeitskreis wird im Gebäudebereich die Energieeinsparverordnung nur unzureichend umgesetzt. Mangelnde Kontrollen führten dazu, dass nur 60 Prozent der angegebenen Einsparungen tatsächlich erreicht werden. Zur Steigerung der Sanierungsrate im Gebäudebestand bedürfe es zusätzlicher wirtschaftlicher Anreize.

In die künftige Struktur passen keine zentralen Großkraftwerke, die die eingesetzte Primärenergie nur zu rund 40 Prozent in Strom und zu 60 Prozent in nicht nutzbare Abwärme umwandeln. Auf dem Weg zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien würden vor allem flexible Kraftwerke, die Schwankungen der erneuerbaren Energien ausgleichen, gebraucht. Nach dem Stand der Technik seien dazu dezentrale, schnell regelbare Gaskraftwerke geeignet, deren Abwärme über Nah- und Fernwärmenetze genutzt werden kann. Die Größe der Anlagen müsse sich an der auskoppelbaren Wärmemenge orientieren. Für eine intensivere Nutzung der Kraft-Wärmekopplung werde vor allem eine höhere Förderung beim Ausbau der Wärmenetze benötigt.

Neubaustandards erhöhen

Zudem forderten die Delegierten, die Neubaustandards weiter zu erhöhen, um wirtschaftliche Anreize in Richtung Plusenergiehaus zu verstärken. Auch plädierten sie für die Wiedereinführung einer 10-prozentigen Abschreibungsmöglichkeit auf Energiesparinvestitionen und die Verpflichtung der Energieversorger auf eine jährliche Einsparung von 1 Prozent durch das Angebot von qualifizierter und unabhängiger Energieberatung sowie Zuschüssen zum Kauf von energiesparenden Geräten. Darüber hinaus müssten die öffentliche Hand zum Einsatz der energieeffizientesten Technologien verpflichtet und die Einführung intelligenter Steuer- und Regelungstechnik (Fernwirktechnik) beschleunigt werden.

Stichwort Wärme: Hier votierte der Arbeitskreis dafür, eine haushaltsunabhängige Finanzierung der Förderung erneuerbarer Energien im Wärmesektor durch einen Aufschlag auf die Importe

fossiler und atomarer Energie einzuführen. Vorhandene Kraftwerke in der Nähe von großen Städten sollten mit in die Fernwärmeversorgung einbezogen werden.

Netzausbau

Stichwort Stromerzeugung: Bei der Weiterentwicklung erneuerbarer Energien kommt dem Netzausbau eine Schlüsselrolle zu. Benötigt werde ein europaweites Gesamtkonzept für den Austausch von Energie zwischen Regionen. Wer den Begriff Brückentechnologie ernst nimmt, könne nicht für fest zementierte Kernkraftlaufzeiten eintreten.

Der Umweltausschuss plädierte unter anderem für eine Erhöhung des Ausbauziels für erneuerbaren Strom bis 2020 auf 40 Prozent, den Erhalt des bewährten Fördersystems für regenerativen Strom im Erneuerbare-Energien-Gesetz, die tatsächliche Durchsetzung des Einspeisevorrangs für erneuerbare Energien, die Forcierung der intelligenten Energienutzung und der Entwicklung neuer Energie- und Speichertechnologien, die Einführung eines Speicherbonus im Erneuerbare-Energien-Gesetz sowie bei Laufzeitverlängerung für die Aufnahme von regelmäßigen Zwischenbilanzen in das Atomgesetz, um die Reststrommengen mit einem schnelleren Aufwuchs der erneuerbaren Energien abzugleichen.

Zudem seien die Einführung einer unbefristeten Brennelementesteuer und die zusätzliche Abschöpfung von 50 Prozent der

Deutscher Städtetag:

Lösungen für wichtige Zukunftsfragen gesucht

Die Themen Bildung und Städtebauförderung standen im Mittelpunkt einer Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags in Sassenitz auf Rügen. Der kommunale Spitzenverband appellierte an Bund und Länder, die gesamtstaatliche Verantwortung für Bildung ernst zu nehmen und das Verbot einer Zusammenarbeit von Bund und Ländern durch eine Grundgesetzänderung aufzuheben. Außerdem forderte er Bundesregierung und Bundestag auf, die für 2011 geplante Halbierung der Städtebauförderungsmittel von 610 Millionen Euro auf 305 Millionen Euro zurückzunehmen.

Im Bereich Bildung müsse der Bund sich inhaltlich und finanziell wieder engagieren dürfen, so die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth. Es gehe um Lösungen für wichtige Zukunftsfragen, zum Beispiel darum, die Zahl der Schulabbrecher zu verringern und Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus besser zu integrieren. Deshalb werde ein kooperativer Föderalismus benötigt, in dem die Kräfte von Bund, Ländern und Kommunen gebündelt werden. Keine Ebene im Bundesstaat könne diese große Aufgabe alleine bewältigen, und Kompetenzerangel helfe nicht weiter.

Gesamtstaatliche Aufgabe

Bildung sei eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das grundsätzlich geltende Kooperationsverbot,

Erträge ab dem ersten Tag der Laufzeitverlängerung ebenso notwendig wie eine Beschleunigung des Konzepts für eine sichere Endlagerung radioaktiver Brennstoffe und der Ausgleich des Wettbewerbsvorteils von Betreibern abgeschriebener Atomkraftwerke gegenüber mittelständischen Energieerzeugern wie zum Beispiel Stadtwerken.

Stichwort Mobilität: „Durch die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien im Verkehr kann die Abhängigkeit von Erdöl Schritt für Schritt überwunden und der Preisanstieg von Benzin und Diesel gebremst werden“ heißt es in dem verabschiedeten Papier. Das Ziel müsse heißen: Stopp dem Ölpreis durch Aufbau einer Konkurrenzenergie aus dem eigenen Land!

10 Forderungen

Die Delegierten stellten folgende Forderungen auf:

1. Aufstockung der Bundesmittel für den Schienenpersonennahverkehr sowie für den Schienengüterverkehr. Eine dritte Nord-Süd-Strecke für Güterzüge ist erforderlich.
2. Herauslösung des Netzes aus dem DB Konzern in ein staatlich kontrolliertes Infrastrukturunternehmen mit dem Ziel, den Schienenverkehr durch mehr Wettbewerb konkurrenzfähiger zu machen und insbesondere mehr Güter auf die Schiene zu bringen.
3. Einführung eines Deutschland-Takts: bessere Vertaktung aller öffentlichen Verkehrsmittel und Einführung von bundesweiten verkehrsträgerübergreifenden Fahrkarten nach Schweizer Vorbild.
4. Erhaltung und gezielte Reaktivierung von Bahnstrecken in ländlichen Räumen
5. Keine reguläre Zulassung für Gegaliner

Deutscher Städtetag:

Lösungen für wichtige Zukunftsfragen gesucht

Die Themen Bildung und Städtebauförderung standen im Mittelpunkt einer Präsidiumssitzung des Deutschen Städtetags in Sassenitz auf Rügen. Der kommunale Spitzenverband appellierte an Bund und Länder, die gesamtstaatliche Verantwortung für Bildung ernst zu nehmen und das Verbot einer Zusammenarbeit von Bund und Ländern durch eine Grundgesetzänderung aufzuheben. Außerdem forderte er Bundesregierung und Bundestag auf, die für 2011 geplante Halbierung der Städtebauförderungsmittel von 610 Millionen Euro auf 305 Millionen Euro zurückzunehmen.

Im Bereich Bildung müsse der Bund sich inhaltlich und finanziell wieder engagieren dürfen, so die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth. Es gehe um Lösungen für wichtige Zukunftsfragen, zum Beispiel darum, die Zahl der Schulabbrecher zu verringern und Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Milieus besser zu integrieren. Deshalb werde ein kooperativer Föderalismus benötigt, in dem die Kräfte von Bund, Ländern und Kommunen gebündelt werden. Keine Ebene im Bundesstaat könne diese große Aufgabe alleine bewältigen, und Kompetenzerangel helfe nicht weiter.

Frühkindliche Bildung

Wie Präsidentin Roth konstatierte, engagierten sich die Städte bereits jetzt in großem Umfang und bauten das Angebot für die



Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, ist ein großes Diskussionsthema in der Bevölkerung, in Unternehmen und auch in der Politik. Die deutsche Wirtschaft beklagt, dass zu wenige Frauen in Führungsämtern sind. Studien werden zitiert, die nach einem höheren Frauenanteil in Spitzenpositionen verlangen. Nach den Grünen haben auch große Volksparteien Quotenregelungen für Frauen eingeführt. Zwei Drittel aller Bundesbürger sehen laut einer Umfrage der Bertelsmann Stiftung den Bedarf nach mehr beruflicher Chancengleichheit von Männern und Frauen.

Frauenförderung in aller Munde

Die Deutsche Telekom will dem als einziges DAX-Unternehmen mit einer Frauenquote für Chefposten entgegenwirken. Auch in der CSU wird heftig über Frauenförderung diskutiert: Die Frauen-Union fordert eine Frauenquote bzw. ein -quorum, die Junge Union argumentiert dagegen, die CSU zeigt sich gespalten. Aber die Diskussion ist in aller Munde und sehr emotional.

Während ein Teil der CSUler und CSUlerinnen des Rätsels Lösung in der festgeschriebenen 40-Prozent-Quote für parteiinterne Gremien, für

die Vorstände auf Landes-, Bezirks- und Kreisebene sowie für Delegiertenversammlungen sehen, gibt es eine Gegnerschaft - angeführt von Frauen in der Jungen Union - die mit einer Kampagne gegen eine Quotenlösung argumentiert und darin eine Diffamierung engagierter Frauen sehen. Die Einen sagen, die Quote fördere Frauen, die Anderen behaupten genau das Gegenteil, nämlich dass eine Quote eine Herabwürdigung von Frauen wäre und dem Leistungsprinzip als einem Grundsatz der CSU widerspreche. Die Entscheidung soll spätestens beim CSU-Parteitag am 29. Oktober fallen.

Aber im Ziel ist man sich einig. Nur 19 % der CSU-Mitglieder sind Frauen, in Führungsämtern und Mandaten, vor allem auch in kommunalen Mandaten, ist der Frauenanteil noch niedriger. Da dies zu wenig ist sind Gegenmaßnahmen nötig. Um das Gesellschaftsbild nachzuzeichnen, um Frauen zu stärken und nicht zuletzt, um für Frauen attraktiver zu werden, brauchen wir mehr Frauen als Mitglieder, als Vorbilder, als Verbandsvorsitzende, als Abgeordnete und auch als Landrätinnen, Bürgermeisterinnen, Kreis-, Stadt- und Gemeinderätinnen.

Doch reicht die Erkenntnis, dass mehr Frauen in Führungspositionen und auch in politische Verantwortung kommen sollen? Hilft allein die Diskussion? Reichen Bekenntnisse und Zielformulierungen? Oder brauchen wir letztlich doch ein Quorum oder eine Quote?

Ihr Stefan Rößle

Urteil des Bundesverfassungsgerichts:

Landkreistag begrüßt Rechtssicherheit

Der Deutsche Landkreistag hat die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit von Prüfungen des Bundes bei den Kommunen im Rahmen der Umsetzung des Konjunkturpakets II begrüßt. Dadurch werde Rechtssicherheit für unbedingt notwendige Investitionen vor Ort geschaffen, so Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke.

In seinem Urteil hat das Gericht die Prüfbefugnisse des Bundesrechnungshofes im Rahmen des Konjunkturpakets II für verfassungswidrig und nichtig erklärt. „Damit bleibt es beim Normalfall, nachdem die Länder über die korrekte Mittelverwendung wachen. Wie fühlen uns dadurch in unserer Auffassung bestätigt, die wir auch dem Gericht dargelegt haben“, so Henneke.

Auf diese Weise werde den Landkreisen und Gemeinden eine mehrfache Prüfung unterschiedlicher Institutionen erspart. „Dadurch wurden in der

werbe und Handwerk, aus. Deshalb ist es finanziell kontraproduktiv, wenn der Bund ein sich selbst tragendes und speziell dem Mittelstand zugute kommendes Erfolgsprogramm drastisch kürzt.“

Nachhaltige Projekte

Wenn es bei der reduzierten Städtebauförderung durch den Bund bleibe, müssten nachhaltige Projekte der Kommunen, die allen Bürgern zugute kommen, zurückstehen, fuhr der Vizepräsident fort. Neben dem Stadtbau gehe es um eine familien- und alterngerechte Stadterneuerung sowie um Lösungen für die wachsenden sozialen Probleme und Maßnahmen für den Klimaschutz. Diese könnten nur mit einer starken und stetigen Städtebauförderung bewältigt werden. Insbesondere der Stadtbau in den neuen Ländern sei noch lange nicht abgeschlossen und bedürfe weiter einer ausreichenden Förderung durch Bund und Länder. Auch in den Kommunen der alten Länder wüchsen die Herausforderungen. **DK**

Bayerischer Gemeindetag:

Bayerisches Ladenschlussgesetz

Der Bayerische Gemeindetag spricht sich für ein eigenständiges bayerisches Ladenschlussgesetz aus. „Damit könnte mehr Flexibilität bei den Ladenschlusszeiten und auch ein wenig Bürokratieabbau erreicht werden“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zum Gesetzentwurf der Freien Wähler im Bayerischen Landtag. Um den Gemeinden zukünftig die Genehmigung von sogenannten „Event-Shopping-Abenden“ zu erleichtern und den Antragstellern eine mühselige Begründung des öffentlichen Interesses zu ersparen, soll der Freistaat ein eigenes Ladenschlussgesetz schaffen.

An maximal zwei Werktagen pro Jahr könnten die Ladungsöffnungszeiten bis 24 Uhr ausgeweitet werden. Im Rahmen der Föderalismusreform wurde den Ländern ermöglicht, ein eigenes Ladenschlussgesetz zu erlassen. Bayern hat bislang davon nicht Gebrauch gemacht. Die Freien Wähler haben nunmehr einen Gesetzentwurf vorgelegt, der vorsieht, die Vorschriften des Bundesgesetzes fast inhaltsgleich direkt in bayerisches Landesrecht zu überführen. **□**

Ehrenamtsempfang in Veitshöchheim:

Bereicherung für die Gesellschaft

Staatsregierung fördert durch Bündel an Maßnahmen

Ministerpräsident Horst Seehofer hat beim Ehrenamtsempfang im unterfränkischen Veitshöchheim das Engagement aller Menschen in Bayern gewürdigt, die sich mit ihrem persönlichen freiwilligen Einsatz im Ehrenamt um andere verdient machen.

Horst Seehofer wörtlich: „Ehrenamtlich tätige Menschen gehören zu den stillen Helden des Alltags. Sie sind eine Bereicherung für unsere Gesellschaft und ein Segen für unser Land. Mit ihrem vielfältigen Einsatz von der Freiwilligen Feuerwehr und dem Sport- und Heimatverein bis hin zu Mutter- und Kind-Gruppe, kirchlichen Gruppen und Nachbarschaftshilfe prägen sie das Lebensgefühl der Menschen und machen Bayern zu lebens- und liebenswerten Heimat.“

Starke soziale Netze

Bayern ist nach den Worten des Ministerpräsidenten ein echtes Ehrenamtsland. Seehofer: „Wir haben in Bayern mit über 3,8 Millionen ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürgern starke soziale Netze. Alle diese Menschen investieren monatlich rund 75 Millionen Stunden für uns und unsere Gesellschaft. Damit leisten sie einen wertvollen und unbezahlbaren Beitrag für den Zusammenhalt und das Mit-

einander ganz im Sinn einer aktiven und solidarischen Bürgergesellschaft.“

Aufwandspauschale

Die Staatsregierung unterstützt und fördert das Ehrenamt durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Der Ministerpräsident wies darauf hin, dass neben der steuerfreien Aufwandspauschale für alle ehrenamtlich Tätigen, der Anhebung des Übungsleiterfreibetrags und der Landesversicherung für das Ehrenamt gemeinsam mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege der „Ehrenamtsnachweis Bayern, Engagiert im sozialen Bereich“ auf den Weg gebracht worden sei.

Visitenkarte

Seehofer: „Mit dieser Visitenkarte können ehrenamtlich Aktive ihr Engagement auch dem Arbeitgeber transparent machen. Viele Unternehmen schätzen die ehrenamtliche Tätigkeit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

als Pluspunkt für die Personalentwicklung. Diese Wertschätzung von Sozialkompetenzen müssen wir künftig noch mehr stärken.“

Anerkennungskultur

Ziel sei es außerdem, als Kon-

Dialog mit den...

Fortsetzung von Seite 1 deutlich, dass man nicht „zu Zuweisungsempfängern des Bundes“ werden wolle. „Der Bund soll kein ‚Würstlschnappen‘ mit uns veranstalten.“ Konkretes Beispiel für die Überbelastung der Kommunen durch den Bund seien etwa die Kosten, die den Kommunen bei der Einführung des neuen Personalausweises aufgebürdet würden. Man fühle sich gelackmeiert, so Schaidinger. Die zahlreichen Bürgermeister und Kommunalvertreter im Publikum konnten in ihren Wortbeiträgen insgesamt weitere, wichtige Beispiele aus der Tagespraxis beisteuern. Unisono wurde dabei eine Beibehaltung der Gewerbesteuer angemahnt.

Grenzen der Belastbarkeit kommunaler Haushalte

Forum 2 der Veranstaltung konzentrierte sich dann auf das Thema „Grenzen der Belastbarkeit kommunaler Haushalte“. Mit Alois Karl, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU Bundestagsfraktion, hatte man einen kenntnisreichen Moderator gefunden.

sequenz aus dem erfolgreichen Pilotprojekt in Cham im kommenden Jahr eine bayernweite und einheitliche Ehrenamtskarte einzuführen und damit die Anerkennungskultur für Freiwilligenarbeit weiter zu stärken und auszubauen. □

Deutschland sei seit den 70er Jahren immer weiter zum Wohlfahrtsstaat geworden, ohne die Kosten zu bedenken. Neben Karl saßen Stefan Müller, der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Jakob Kreidl, Präsident des bayerischen Landkreistages, sowie der Kreisverbandsvorsitzende des bayerischen Gemeindetags, Georg Klaußner und der Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung, Stefan Rößle auf dem Podium. Generell müsse geklärt werden, welche Aufgaben einer staatlichen und welche einer kommunalen Ebene zuzurechnen seien und damit auch, wer die Maßnahmen bezahlen muss, so Stefan Rößle, Landesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung, in seinem Impulsreferat.

Rößle sieht das Hauptübel der finanziellen Situation darin, dass in der Vergangenheit immense Schulden gemacht worden seien. „Wir brauchen einen Schuldenabbau auf allen Ebenen, angefangen beim Bund.“ Ausgenommen bleiben sollten aber Maßnahmen wie beim Städtebau oder bei der Dorferneuerung. Auch Friedrich wies auf die

Schuldenproblematik hin. „Wenn wir neben dem Sozialblock im Bundeshaushalt nur noch Zins und Tilgung haben, können wir keine Politik mehr für die Bürger machen.“ Mit Richtung Berlin forderte Stefan Rößle die CSU-Landesgruppe auf, bei den Sozialleistungen „auch mal Nein zu sagen“. Die hohen sozialen Standards seien völlig ausreichend.

Positives Fazit der Diskussionen

Dass die CSU-Landesgruppe mit dieser Veranstaltung ganz offensichtlich einen Nerv getroffen hatte, zeigte die rege Diskussion der Gäste sowohl mit den Podiumsteilnehmern als auch untereinander. Finanzstaatssekretär

Beus sagte, er habe viel von der Sichtweise der kommunalen Vertreter mitgenommen und versprach, „sich manches noch detaillierter anzuschauen.“ Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Augsburger Bundestagsabgeordnete Christian Ruck zog ein positives Fazit und nannte die Veranstaltung der Landesgruppe „überaus gelungen“. Er versprach, dass die „Kommunalvertreter der CSU am Schluss das entscheidende Wort haben werden“. Denn: Da sich die Gemeindefinanzkommission der Bundesregierung derzeit mit der Frage beschäftigt, wie die finanzielle Basis der Kommunen verbessert werden kann, würden die Ergebnisse der Augsburger Tagung in die Beratungen der CSU mit einfließen. □

Kritische Stadtwerke...

Fortsetzung von Seite 1 diese Brücke nun zu lang. Die Einführung innovativer Technologien wie etwa Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien verzögere sich, bemerkte Weil.

Klarheit benötigt

Der Verband vertritt rund 800 Stadtwerke in Deutschland. Sie müssten in die Diskussion einbezogen werden, forderte der Präsident. Bisher habe man nicht mit ihnen gesprochen. Die Branche brauche aber Klarheit über die Energiepolitik der Zukunft, mit dezentraler Erzeugung und intelligenten Netzen. Mit den Plänen der Bundesregierung werde dies nicht herbeigeführt. Zu erwarten sei ein gesellschaftlicher Großkonflikt und ein Verfassungskonflikt, so Weil.

Dagegen hält der Energiekonzern E.ON die Koalitionseinsicht für eine „intelligente Entscheidung“, die auch Standorte und Beschäftigung sichere. Damit könne die Kernkraft ihrer Rolle als Brückentechnologie auf dem Weg zu einem Energiewechsel gerecht werden, betonte E.ON-Energie-Vorstandsmitglied Hartmut Geldmacher. Die Ziele zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes seien so erreichbar. Den erneuerbaren Energien gehöre allerdings die Zukunft. Durch deren Förderung sei aber auf längere Sicht auch mit steigenden Strompreisen zu rechnen.

Mit Blick auf die Entwicklung neuer smarter Technologien wie Elektromobilität prognostizierte Geldmacher, dass sich die Elektroautos schneller durchsetzen werden als momentan erwartet. Der rasante Aufstieg der Elektromobilität sei umso wahrscheinlicher, betrachte man die Entwicklung im Elektronikmarkt. 2002 habe es die erste SMS gegeben, 1999 die erste digitale Kamera, von der jeder gesagt habe, sie sei zu teuer und zu schlecht. Heute seien beide Technologien nicht mehr aus dem Alltag wegzudenken.

Die Auswirkungen der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten sind noch nicht überwunden. Vor diesem Hinter-

grund stellte der neue EU-Kommissar Günther Oettinger einen Energieaktionsplan auf.

Da ein Stadtwerk niemals allein ein großer Player im europäischen Markt werden könne, müssten die Stadtwerke und die großen Energiekonzerne in Deutschland kooperieren, betonte Oettinger. Darüber hinaus plädierte er für eine gemeinsame Energieaußenpolitik. Nach Oettingers Meinung „kann es nicht sein, dass ein kleines Land fast drei Mal so viel für russisches Gas zahlt wie ein einflussreicheres Land, weil die großen Länder alleine mit Russland verhandeln“. Die Abhängigkeit von Energieimporten werde in der EU weiter steigen, weswegen man sich klarmachen müsse, welche Abhängigkeiten daraus entstehen. Entscheidend für den Umbau der Energielandschaft sei der Ausbau der Netze in Europa. Bei der Energie müsse man auf den Stand von Verkehr und Telekommunikation kommen.

Mindestgrenze für Beteiligungen

Der Chef der Münchner Stadtwerke Kurt Mühlhäuser wies darauf hin, dass sich sein Unternehmen für den Weg der Beteiligung an erneuerbaren Projekten entschieden habe. Der Münchner Stadtrat als Gesellschafter unterstütze dies vorbehaltlos. Im Rahmen der Kosten-Nutzen-Abwägung hätten die Stadtwerke auch eine Mindestgrenze für Projekte beschlossen. Im Solar- und Onshore-Wind-Bereich müsse die Beteiligung bei mindestens 50 MW liegen, bei einem Offshore-Park bei mindestens 100 MW.

Mit Beteiligungen will auch die Thüga weiter wachsen, wie Vorstandsvorsitzender Ewald Woste erläuterte. Die Thüga, seit Anfang 2010 mit 25,1 Prozent an dem Ökostromanbieter Wemag beteiligt, bündle beispielsweise den Handel für ihre Mitglieder. Als Erfolgsgeschichte bezeichnete Woste die Fusion der Erdgas Südsachsen mit den Stadtwerken Chemnitz. Hier entstehe ein großes Verbundunternehmen. DK

Sturmerprobter Vorstand geht...

Fortsetzung von Seite 1

Spitzenpositionen werden nunmehr besetzt von Michael Werner und Roswitha Pfeiffer. Nach der Zweiten Juristischen Staatsprüfung verdiente sich Werner zunächst als juristischer Sachbearbeiter und Leiter des Präsidialbüros beim Polizeipräsidium Oberbayern „die Sporen“. Es dauerte nicht lange, bis er zum Sachgebiets- und stellvertretenden Abteilungsleiter beim Präsidium der Bayerischen Bereitschaftspolizei aufstieg und dabei in der Laufbahn des höheren Polizeivollzugsdienstes übernommen wurde. Zuletzt bewährte er sich als stellvertretender Leiter des Fortbildungsinstituts der Bayerischen Polizei in Ainring. Seit Anfang dieses Jahres konnte sich Werner bereits als Leiter des Zentralbereichs der BVS mit der Organisation und dem Geschäftsgang der Verwaltungsschule bestens vertraut machen und so auf seine künftigen Aufgaben vorbereiten.

Gute Zukunft

Roswitha Pfeiffer wiederum gehört seit 2005 der Geschäftsleitung der Bayerischen Akademie für Verwaltungs-Management an und leitet seit dem vergangenen Jahr den Geschäftsbereich Fortbildung und Entwicklung in der BVS. Busse zeigte sich überzeugt davon, „dass wir mit Ihnen beiden ein Tandem gefunden haben, mit dem die Bayerische Verwaltungsschule in eine gute Zukunft geht“.

„Sie können stolz sein auf das, was Sie seit Ihrer Berufung zum Vorstand am 1. Juni 2003 auf die Beine gestellt haben“, würdigte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in seiner Festrede den langjährigen BVS-Vorstand Dr. Ziegler. Dabei sei der Anfang alles andere als leicht gewesen. Mit Sorge habe die Verwaltungsschule damals die rückläufigen Einstellungen und Ausbildungen im öffentlichen Dienst beobachtet. Gleichzeitig hatte sich die Nachfrage nach einem zunehmend spezialisierten Fortbildungsprogramm erhöht. Steigen-

de Unterhaltskosten hätten Gebührenerhöhungen nach sich gezogen, die es Dienstherren und Arbeitgebern zu vermitteln galt. Nicht zuletzt belasteten hohe Finanzierungskosten für Investitionen in den 90er Jahren nach wie vor die Bilanzen. „Umso wichtiger war der unter Josef Ziegler erarbeitete ‚Strategieplan zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität der BVS‘“, stellte Hermann fest. Damit sei es gelungen, sehr gezielt auf die großen Herausforderungen zu reagieren. Nicht zuletzt habe sich das Tochterunternehmen der BVS, die Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management, während Ziegler's Amtszeit rasch von einem „Sanierungsfall“ zu einer wirtschaftlich stabilen Organisation entwickelt.

Weit mehr als einen Achtungserfolg konnte Ziegler laut Herrmann 2007 bei den Verhandlungen über den kommunalen Finanzausgleich verbuchen. „Neben dem Engagement des Verwaltungsratsvorsitzenden Dr. Busse war es auch zu einem großen Teil Ihr Verdienst, dass die Verwaltungsschule gegen manche Widerstände in den Genuss eines einmaligen staatlichen Zuschusses in Höhe von 10 Millionen Euro kam“, hob der Minister hervor.

Zu ihrem 90-jährigen Bestehen in diesem Jahr kann die BVS Herrmann zufolge als zentrale Aus- und Fortbildungseinrichtung in Bayern auf über 3.500 Teilnehmer in der Ausbildung so wie fast 30.000 Teilnehmer an Fortbildungsveranstaltungen verweisen. Dieses beachtliche Volumen lasse sich nur durch die 130 fest angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die rund 1.300 nebenamtlichen Dozentinnen und Dozenten erreichen.

Interessante und lohnende Jahre

„Es bleiben die Erinnerungen an interessante und für mich persönlich lohnende Jahre bei der BVS“, sagte Dr. Ziegler in seiner Abschiedsrede. Enttäuscht müs-

se sein, „wer bei meinem Amtsantritt erwartet hatte, dass alles bleibt, wie es ist“. „Aber wenn nach Jahrzehnten die Funktion des Vorstands wieder einmal mit einem Quereinsteiger von außen besetzt wurde, wäre es schon ein Armutszeugnis, hätte der aus der Außensicht, die er mitbringt, nicht gesehen, was Insidern nicht mehr auffällt, und hätte er geheiligte Traditionen und langjährige Übungen nicht hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt.“

Entscheidungsgrundlagen

Seine Aufgabe habe er, Ziegler, darin gesehen, „mit inhaltlich fundierten und schlüssig begründeten Vorlagen Entscheidungsgrundlagen zu liefern“. Für ihn sei es wichtig gewesen, „dass die Mitglieder des Verwaltungsrats sich mit unseren Problemen wirklich befassen und – anders als oft in politischen Gremien – rational begründete und durchdachte Entscheidungen getroffen haben“. „Wir hatten damit eine verlässliche Arbeitsbasis, aber auch immer Spielraum für eigenen Gestalten.“ Für das Vertrauen, das darin zum Ausdruck gekommen sei, bedankte sich Ziegler auf das Herzlichste.

Für seinen Nachfolger Michael Werner „ist die BVS modern im positiven Sinn des Wortes, sie hat in 90 Jahren einen Wandel durchlaufen, der ihren Charme erhalten und sie gleichwohl gut aufgestellt hat“. Die Grundlagen der Finanzierung der BVS, verknüpft mit ihren gesetzlichen Aufträgen, einer durchaus heterogenen Trägerschaft und einem anspruchsvollen, aber auch treuen Kundenkreis „waren und sind für mich etwas sehr Spannendes“, machte Werner deutlich. Er wies aber auch darauf hin, „dass wir angesichts der Finanznöte der öffentlichen Haushalte in der Entwicklung der BVS mit der nötigen vorausschauenden Vorsicht zu Werke werden gehen müssen, um die wirtschaftliche Stabilität nicht zu gefährden“.

Bei allen Vorhaben, „insbesondere im Bereich der Verbesserung unserer Produkte, der

Qualität unserer Dienstleistungen und der dazu benötigten Instrumente und Ressourcen“ sei die Absicherung der Finanzierung in den Vordergrund zu stellen. Zehn Prinzipien seien hierbei vorrangig:

1. Ausrichtung aller Tätigkeiten auf den Kunden (Kundenorientierung)
 2. Konzentration auf die eigenen Stärken
 3. Optimierung von Geschäftsprozessen
 4. Ständige Verbesserung der Qualität (Kontinuierlicher Verbesserungsprozess)
 5. Interne Kundenorientierung als Unternehmensleitbild
 6. Eigenverantwortung und Teamarbeit
 7. Dezentrale, kundenorientierte Strukturen
 8. Führen ist Service am Mitarbeiter
 9. Offene Informations- und Feedback-Prozesse
 10. Einstellungs- und Kulturwandel im Unternehmen.
- „Folgen wir diesen Prinzipien, werden wir auch mit Phänomenen wie der demographischen Entwicklung, der Finanzsituation unserer Kunden und der Entwicklung am Bildungsmarkt umgehen lernen“, zeigte sich Werner überzeugt.

Handlungsbedarf bei Risikomanagements

Innerbetrieblich sieht er Handlungsbedarf für den Aufbau eines Risikomanagements, „das uns helfen wird, bestehende Risiken zu erkennen, zu bewerten, Handlungsbedarf zu formulieren und Verantwortlichkeiten für die Gegensteuerung festzulegen“.

Werner abschließend: „Wir wollen und müssen unserem Kunden vom ersten Kontakt bis zur Rechnungsstellung hochprofessionell gegenüberstehen.“ „Seine Geschäftsbeziehung zu uns soll für ihn zu einem Erlebnis werden, das ihn dazu bewegt, uns weiterzempfehlen bzw. wieder bei uns zu buchen, natürlich auch da, wo wir als Ausbildungseinrichtung ausschließliche Zuständigkeiten haben.“ DK



Von links: Der Verwaltungsratsvorsitzende der BVS Dr. Jürgen Busse, Kommunalminister Joachim Herrmann, der neue Vorstand der BVS Michael Werner und der bisherige Vorstand Dr. Josef Ziegler. □

Gewerbepark Gollhofen-Ippesheim:

Neues Bioerdgas-Projekt

E.ON Bayern Wärme investiert zusammen mit N-ERGIE 14 Millionen Euro

Zusammen mit Vertretern der Kommunen, der Liefergemeinschaft und des Investitionspartners N-ERGIE führte Werner Dehmel, Geschäftsführer der E.ON Bayern Wärme GmbH, den ersten Spatenstich für die neue Bioerdgasanlage im Gewerbepark Gollhofen-Ippesheim („Gollipp“) im Landkreis Neustadt a. d. Aisch durch.

„Mit unserem gemeinsamen Projekt setzen wir die 2006 von E.ON Bayern gestartete Biogasoffensive fort“, unterstrich Werner Dehmel, Geschäftsführer der E.ON Bayern Wärme GmbH.

Vernünftiger Energiemix

„Mit der Einspeisung des hier gewonnenen Bioerdgases ins Erdgasnetz können wir das Gas auf die Reise schicken und somit standortunabhängig einsetzen.“ Dieses Engagement sei ein langfristiger Beitrag für einen vernünftigen Energiemix und eine Stärkung der Standortregion im ökologischen und wirtschaftlichen Sektor.

Regionale Wertschöpfung wird gestärkt

Die E.ON Bayern Wärme GmbH verfügt über umfassende Erfahrung in der Errichtung und dem Betrieb von Bioerdgasanlagen sowie über umfangreiche Planungs- und Fachkompetenz. Die beiden Partner sind zu je 50 Prozent an der im September 2009 gegründeten Gollipp Bioerdgas GmbH & Co. KG als gemeinsamer Gesellschaft für die Umsetzung des Projekts betei-

ligt. „Durch die Kooperation mit der Landwirtschaft werden wir die Wertschöpfung in der Region stärken“, betont Herbert Dombrowsky, Vorstandsvorsitzender der N-ERGIE. „Mit der E.ON Bayern Wärme GmbH haben wir einen erfahrenen und zuverlässigen Partner für dieses Projekt gefunden.“

Ein Jahr Bauzeit

Der Baubeginn für die Bioerdgasanlage ist inzwischen erfolgt. Die derzeitigen Planungen gehen davon aus, dass die Bauzeit etwa ein Jahr beträgt. Der Betrieb der Anlage unter Volllast soll in 2011 erreicht werden. Die Anlage mit einer Gasleistung von



Spatenstich (v. r.): Herbert Dombrowsky (N-ERGIE), Walter Schneider (Landrat Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim), Dr. Doris Klose-Violette (Zweckverband Industrie- und Gewerbepark Gollhofen-Ippesheim), Dr. Jens Winkler (Gollipp Bioerdgas), Werner Dehmel (E.ON Bayern Wärme) und Dr. Fred Zeller (Liefergemeinschaft).

6,7 Megawatt wird pro Jahr mit maximal 50.000 Tonnen Substratmaterial aus nachwachsen-

den Rohstoffen gefüttert, zum Beispiel Maissilage, Grassilage und Zwischenfrüchte. Jährlich

werden rund 50 Millionen Kilowattstunden Bioerdgas produziert.

E.ON Bayern:

Schulgarten-Wettbewerb

„Mit diesem Projekt wollen wir dazu beitragen, dass sich junge Menschen mit den ökologischen Aspekten ihrer Umgebung befassen“, erklärte E.ON Bayern-Kommunalbetreuer Christian Ziegler. Er übergab, gemeinsam mit Ludwig Schiebler, Leiter Regionalleitung Oberfranken der E.ON Bayern AG, die sog. Schlaugärtner-Box im Beisein von Bürgermeister Henry Schramm und Landrat Klaus Peter Söllner an Oberstudienleiter Hans Werner Fischer, Schulleiter.

Schlaugärtner-Box

Mit ihm und den Schülern freuten sich auch Vertreter der Schülermitverwaltung, Vertreter des Elternbeirates sowie Vertreter des Personalrates der Schule. Die Schlaugärtner-Box ist mit einer finanziellen Unterstützung von 5.000 Euro verbunden. Sie enthält einen Klassensatz T-Shirts und steht symbolisch für ein „Paket Natur“, das die Schüler bei E.ON Bayern für ihre Schule gewinnen.

„Bei der Auswahl unserer Gewinner achten wir darauf, dass sich Schüler an der Konzeption und Umsetzung beteiligen“, weist Schiebler auf eine Voraussetzung für den Gewinn einer Schlaugärtner-Box hin. Dabei gehe es keineswegs nur um die Förderung großer Projekte, sondern insbesondere um die Förderung kleinerer, pfiffiger Ideen, wie die des Markgraf-Georg-Friedrich-Gymnasiums in Kulmbach.

Der „MGF-Weg“

Das Projekt „MGF-Weg“ wird in allen Jahrgangsstufen behandelt. Im Kunstunterricht liegt ein Schwerpunkt auf der künstlerischen Gestaltung des Projekts. Die Schüler haben gemeinsam mit ihren Lehrern Ideen entwickelt, erarbeiten in Facharbeiten wissenschaftliche Grundlagen, erforschen den biologischen Bestand des Schulgeländes und werden auch bei der Umsetzung einbezogen.

Christian Ziegler: „Wir wünschen allen Schülern und Lehrern am Markgraf-Georg-Friedrich-Gymnasium viel Spaß an ihrem neuen Stück Natur.“ □



Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

www.eon-bayern.com/sanierung



Wir informieren Sie gerne
T 0180 - 2 15 14 15*

* 6 ct pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Bei Anrufen aus den Mobilfunknetzen können abweichende Preise gelten.

e-on | Bayern

E.ON Bayern Kulturpreis 2010:

Viel Energie und attraktive Preise für die schönen Künste

Regensburg (obx) – Mit insgesamt 170.000 Euro zählt der von E.ON Bayern jährlich verliehene Kulturpreis Bayern zu den höchst dotierten Auszeichnungen für herausragendes künstlerisches Wirken und besondere wissenschaftliche Leistungen in Deutschland. Der Preis wird in diesem Jahr am 28. Oktober in Bamberg zum sechsten Mal verliehen.

Die Liste der bisherigen Preisträger liest sich wie das „Who is Who“ der Forscher-Elite und Kunstszene. Einer der bekanntesten war 2006 der Passauer Fotograf, Grafiker, Autor und Kabarettist Rudolf Klaffenböck. Er erhebt Relikte der verlorenen Zeit zu Kunstobjekten: Wie ein Archivar der Zeitgeschichte findet er seine Kunstobjekte dort, wo außer ihm niemand sucht – an der Schwelle des Verschwindens. „Wenn etwas weg ist“, so umreißt der multimediale Künstler sein großes Thema, „ist es nicht mehr da.“ Als „Grenzgänger“ der Kunst dokumentiert er seine Erlebnisse im bayerisch-tschechisch-österreichischen Grenzraum in Wort und Bild – vom verfallenen Buswartehäuschen bis hin zur verblassten Grenzmarkierung.

Sieben Preise

In der Sparte Kunst werden auch in diesem Jahr im Rahmen des Kulturpreises 2010 der E.ON Bayern AG wieder sieben Preise vergeben, die jeweils mit 10.000 Euro dotiert sind. „Mit dieser Auszeichnung wollen wir den Blick bewusst auf das kulturelle Schaffen in den bayerischen Regionen lenken. Sie stehen auch stellvertretend für die Viel-

zahl an Menschen, die mit ihrem Wirken die kulturelle Vielfalt Bayerns prägen und erhalten“, stellt Thomas Barth, der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern AG, fest. Entsprechend hoch waren auch in diesem Jahr die Anforderungen an die Kandidaten.

Publikumserfolg

Den Preis für Literatur erhielt Petra Morsbach aus Starnberg. Mit Ihrem Debütroman „Plötzlich ist es Abend“ landete sie einen herausragenden Publikumerfolg. Morsbach vermittelt in ihren Romanen dem Leser ein plastisches Bild der unterschiedlichsten Milieus. In ihrer Schreibwerkstatt können Schüler und Senioren die Kunst des kreativen Schreibens erlernen.

Rainer und Thomas Gruber aus Schlehdorf in Niederbayern wurden für ihr experimentelles Musikschaffen geehrt. Mit Hackbrett, Akkordeon und Gitarre spielen sich die beiden Musiker durch die Tangolandschaft Argentiniens, und gleiten mit ihren musikalischen Darbietungen durch die Musikgeschichte.

Der Künstler Franz Pröbster-Kunzel aus Freystadt in der Oberpfalz spiegelt in seinen Werken – Installationen, Malerei, Zeich-

nungen – das Zusammenspiel von Landschaft, in einer unvergleichlichen Art Himmel, Brauchtum und Tradition wider.

Für seine Leistungen um die Hofer Filmtage wird Heinz Badewitz ausgezeichnet. Badewitz gründete 1967 die Hofer Filmtage und ist bis heute Leiter des Festivals. „Die Geschichte der Hofer Filmtage ist eng verknüpft mit der Geschichte des neuen deutschen Films und seit Jahren

Energiekonzept:

Rückschlag für die Stadtwerke

Städte fordern von der Bundesregierung Kompensation und Korrekturen

Der Bayerische Städtetag sieht im neuen Energiekonzept der Bundesregierung einen Rückschlag für die Stadtwerke. Die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wird die Marktposition der vier großen Stromversorger in Deutschland festigen und die Marktchancen der dezentralen und regenerativen Energieversorgung durch Stadtwerke behindern. Die kommunalen Versorger rechnen mit einem Verlust von 4,5 Milliarden Euro. Hinzu kommt ein geschätzter Ausfall bei der Gewerbesteuer von 300 Millionen Euro. Für diese Wettbewerbsnachteile erwarten die Städte Kompensationsmaßnahmen.

Das Bundeskabinett hat den Entwurf von Eckpunkten zu einem „Energiekonzept 2010“ beschlossen und den Startschuss für die parlamentarische Beratung geben. Das Energiekonzept sieht eine Verlängerung der Laufzeit der 17 Kernkraftwerke

sind die Filmtage kulturelles Identitätsmerkmal Oberfrankens und Aushängeschild des Kulturstandorts Bayern, so die Jury zu den Verdiensten von Badewitz.

Authentizität

Zu den Preisträgern zählt auch der Kabarettist Michl Müller aus Bad Kissingen, der durch seine Auftritte bei der „Fastnacht in Franken“ bekannt wurde. Müller schaffe es aber vor allem, die kleinen und die großen menschlichen Schwächen auf den Punkt zu bringen. „Er ist authentisch und glaubwürdig und kehrt mit seinem Wirken zu den Wurzeln des Kabarett zurück“, begründet die Jury die Entscheidung für Müller. □

„Tag der Energie“:

Vielfalt in den Regionen

Wie sieht der Energiemix von Morgen aus? Wer trägt Verantwortung für die Energie der Zukunft? Das Wissenschaftsjahr 2010, ausgerufen durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, widmet sich all diesen Fragen. Höhepunkt war der erstmals bundesweit durchgeführte „Tag der Energie“. Ende September öffneten 500 Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Museen und Unternehmen in ganz Deutschland ihre Pforten.

Besonders Kinder und Jugendliche konnten viel über die heutige und künftige Nutzung der Energie erfahren - beim Experimentieren und beim Gespräch mit Experten, bei Museumsführungen, Kraftwerksbesichtigungen, Kinoabenden und der „langen Nacht der Wissenschaft“, bei Vorträgen, Bürgerforen, interaktiven Ausstellungen und Schülerlaboren.

„Der Tag der Energie soll dazu beitragen, die Debatte über neue Lösungen und Konzepte für die künftige Energieversorgung in die Mitte der Gesellschaft zu bringen. Mit einer „Energie-Bustour“ zu Energiestandorten von gestern, heute und morgen wollen wir konkret zeigen, welche Lösungen „Made in Energieregion Nürnberg“ hier entwickelt werden“, lud berufsmäßiger Stadtrat und Wirtschaftsreferent Dr. Roland Fleck in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender der Energieregion Nürnberg e.V. zum Nürnberger Tag der Energie ein.

ENERGIEregion Nürnberg

Ein kostenloser Sonderbus brachte die Besucher, begleitet von einem „Energie-Reiseführer“, vom Plärrer zum Museum Industriekultur, zum Wasserkraftwerk Hammer und zum Haustechnologischen Zentrum der Handwerkskammer für Mittelfranken. Dort erwartete die Besucher ein vielfältiges Programm, zusammengestellt von der Kompetenzinitiative ENERGIeregion Nürnberg, dem Wirtschaftsreferat der Stadt Nürnberg sowie den Kooperationspartnern VAG, N-ERGIE Aktiengesellschaft und der Handwerkskammer für Mittelfranken.

Im Wasserkraftwerk Hammer, das extra zum Tag der Energie seine Pforten öffnete, erfuhren Besucher, wie aus der Kraft der Pegnitz CO₂-freier Strom erzeugt wird. „Das Wasserkraftwerk Hammer ist ein Paradebeispiel für umweltfreundliche Energieversorgung. Wir freuen uns, dass bei dieser Gelegenheit Forscher der Georg-Simon-Ohm-Hochschule auch den von ihnen entwickelten Prototyp eines Stromrichters

vorstellen, der den Wirkungsgrad von Kleinstwasserkraftwerken deutlich erhöht“, erläuterte Rita Kamm-Schuberth, Pressesprecherin der N-ERGIE.

In Würzburg öffnete das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung e.V. (ZAE Bayern) seine Labore für die Öffentlichkeit. Viele innovative energieeffiziente Baukomponenten sind in der Fassade des Institutsgebäudes integriert und konnten so praxisnah erlebt werden. Insbesondere für Kinder und Jugendliche wurden spannende Versuche zu Wärme und Kälte demonstriert: So wurden beispielsweise mit einer Wärmebildkamera Portraits zum Mitnehmen gemacht und eine leckere Eiscreme mit ultrakaltem Flüssiggas hergestellt.

Unterhaching

Die Vorreiterrolle der Gemeinde Unterhaching bekräftigte Landrätin Johanna Rumschöttel beim „Tag der Energie“, der im Landkreis München bereits zum sechsten Mal stattfand. Führungen durch die Kalina-Anlage quasi im Minutentakt, Geothermie-Filme am laufenden Band, Fachvorträge zu Heizung, Biomasse, Wärmepumpen und Solaranlagen - dazu über 40 Aussteller, die ihre Produkte und Dienstleistungen präsentierten: Der „Tag der Energie“ lockte rund 1100 Besucher an. Für Gemeindeglieder Simon Hötzel ein untrügliches Zeichen, dass es höchste Zeit war, Unterhaching als Standort für das Ereignis auszuwählen: Hier wurde im Mai 2008 erstmals in Deutschland Heißwasser aus dem Erdinneren an die Oberfläche befördert und mittels der Kalina-Technologie in Strom verwandelt.

Bürgermeister Wolfgang Panzer hob neben den Umweltaspekten die wirtschaftlichen Vorteile, die die Geothermie der Gemeinde gebracht hat, hervor: „Für viele Unternehmen sind wir ein Standortvorteil, weil wir Energie ohne Kohlendioxid ausstoß produzieren und die Gebäude über Fernwärme versorgt werden.“ □

Biokraftstoffe:

Bayern startet Bundesratsinitiative

Mit einer Bundesratsinitiative will Bayern die Rahmenbedingungen für den Einsatz von Biokraftstoffen verbessern und damit Umwelt und heimische Landwirtschaft zusätzlich unterstützen. Das hat das Kabinett beschlossen. Laut Landwirtschaftsminister Helmut Brunner reichen die bisherigen nationalen Vorgaben nicht aus, um die ab 2020 geltenden EU-weiten Mindestquoten für erneuerbare Energien im Verkehrssektor tatsächlich erfüllen zu können. Der bayerische Antrag zielt deshalb darauf ab, durch gezielte steuerliche Anreize den Absatz von Biokraftstoffen in Reinform wie Biodiesel, Pflanzenölkraftstoff, E85 (Benzin mit 85 Prozent Ethanolanteil), Biomethan und künftig auch sog. BtL (Biokraftstoffe aus Pflanzen-Reststoffen und Ganzpflanzen) und Ethanol aus Cellulose anzukurbeln.

Brunner: „Die Förderung von Biokraftstoffen muss so ausgestaltet werden, dass bis 2020 der von der EU geforderte energetische Anteil von zehn Prozent Biokraftstoff auch tatsächlich erreicht werden kann. Dafür brauchen wir bessere steuerliche Rahmenbedingungen. Mit der derzeitigen Ausrichtung allein auf die Beimischung von Biokraftstoffen ist das 10-Prozent-Ziel nicht zu schaffen.“

Die hierfür in Deutschland ab

2015 geltenden Mindestanteile sind laut Brunner nämlich ausschließlich auf die Vermeidung von Treibhausgasen abgestellt – und hierfür sind wegen der ständigen Effizienzverbesserung der Biokraftstoffe energetisch gesehen immer geringere Biokraftstoffmengen notwendig, was zu einem Verfehlen des EU-Ziels führt.

Bayern fordert deshalb, neben der Beimischung auch stärker auf die Biokraftstoffe in Reinform zu setzen. □

Partner der Kommunen



Seit vielen Jahren sorgen wir für eine zuverlässige Stromversorgung in den Kommunen. Mit dem Abschluss einer neuen Rahmenvereinbarung ist diese auch weiterhin gesichert. Zusätzlich unterstützen wir sie künftig noch intensiver dabei, energieeffizienter zu werden und einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Unter www.n-ergie.de erfahren Sie mehr über die N-ERGIE. Telefonisch erreichen Sie uns unter 0180 2 111444 (6 Cent pro Anruf aus dem Festnetz, Mobilfunk höchstens 42 Cent pro Minute.)

N-ERGIE
Spürbar näher.

Bayerngas UK kauft Anteile an zwei Gasfunden

Britische Tochter der Bayerngas Norge übernimmt Anteile an Clipper South und Cygnus in der südlichen britischen Nordsee

Bayerngas UK Ltd, Westerham/London, erwirbt Beteiligungen an den zwei Gasfunden Clipper South und Cygnus auf dem britischen Kontinentalschelf. Damit stärkt das Unternehmen das Gesamtportfolio an Explorations- und Produktionslizenzen der gesamten Bayerngas Norge-Gruppe. Bayerngas UK ist eine 100-Prozent-Tochter der Bayerngas Norge AS in Oslo.

Marc Hall, Geschäftsführer der Bayerngas GmbH, München, und Chairman of the Board von Bayerngas Norge: „In Norwegen und Dänemark verfügen wir über aussichtsreiche Beteiligungen an Gasfunden. Der Produktionsstart steht in Norwegen mit der Inbetriebnahme der Gasfelder Vega South und Trym Ende 2010 unmittelbar bevor. In Dänemark haben wir mit unseren Beteiligungen an Hejre und Svane zwei zukunftssträchtige Assets.

Hier kann der Produktionsstart 2015 mit Hejre erfolgen. Aus Risikogründen, aus Gründen der arbeitstechnischen und steuerlichen Optimierung bedarf es einer kritischen Größe bei der Anzahl von Assets. Diese war bisher in Großbritannien nicht gegeben. Mit dem Erwerb haben wir in allen drei Ländern die notwendige kritische Größe erreicht.“ Insgesamt hält die Bayerngas Norge-Gruppe Beteiligungen an rund 40 Lizenzen.

Gerry Harrison, Managing Director der Bayerngas UK, ergänzt: „Die zwei Transaktionen sind für die gesamte Bayerngas Norge-Gruppe und somit für unsere Anteilseigner wichtig. Wir gehen davon aus, dass mit beiden Projekten zusammen eine maximale Produktionsleistung von 500 Millionen Kubikmeter Gasäquivalent p.a. für Bayerngas UK erzielt wird. Die Zukäufe passen zu unseren kurz- und mittelfristigen strategischen Zielen in Großbritannien. Darüber hinaus sind sie eine exzellente Basis für zusätzliches Wachstum durch Explorations- und Entwicklungsprojekte.“

Bayerngas UK hat sich über ihre Tochter Bayerngas North Sea Ltd mit 25 Prozent an der Feldesentwicklung Clipper South in den Blöcken 48/19 A, 48/20 A und 48/19 C beteiligt. Verkäufer ist Fairfield Energy.

Fairfield Energy behält einen 25-Prozent-Anteil an Clipper South. Die verbleibenden 50 Prozent hält der Betriebsführer RWE Dea. Der Gasfund liegt in der Rotliegend-Gesteinsschicht in 2470 m Tiefe in der südlichen britischen Nordsee ca. 100 km von der Küste entfernt. Die Wassertiefe beträgt 23 m. Der Feldesentwicklungsplan liegt den Behörden zur Genehmigung vor. Bayerngas UK geht von einem Produktionsstart in 2012 aus.

Positives Ergebnis der neuen Bohrungen

Der zweite Gasfund ist Cygnus in den Blöcken 44/11 A, 44/11 B, 44/12 A und 44/12B. An Cygnus hat sich die Bayerngas UK-Tochter Bayerngas E&P Ltd mit 12,5 Prozent beteiligt. Verkäufer ist Endeavour Energy. Die weiteren Partner sind GDF Suez (38,75 Prozent, Betriebsführer) und Venture North Sea (48,75 Prozent). Die Partner bewerten gegenwärtig das positive Ergebnis der neuen, bereits durchgeführten Bestätigungsbohrungen dahingehend, ob der bisherige Betriebsplan geändert werden muss.

Der Betriebsplan wurde 2009 bei den Behörden eingereicht. Bayerngas UK geht von einem Produktionsstart in 2013 aus. Cygnus liegt ebenfalls in der Rotliegend-Gesteinsschicht in ca. 3500 m Tiefe. Der Gasfund liegt nördlich Clipper South ca. 180 km von der britischen Küste entfernt. Die Wassertiefe beträgt 21 m.

Sowohl der Kauf der Anteile an Clipper South als auch der Erwerb der Anteile an Cygnus stehen unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Behörden und Partner.

Biogasanlagenbetreiber. Ziel dieses umfangreichen Schulungsangebotes ist eine kontinuierliche Sensibilisierung der Anlagenbetreiber und ständige Optimierung der Biogasanlagen. Die Organisation und Durchführung der Schulungen geschieht in Absprache mit regionalen Bildungspartnern.

Der Fachverband Biogas e.V. ist mit über 3.900 Mitgliedern Europas größte Interessenvertretung der Biogas-Branche. Er vertritt bundesweit Hersteller, Anlagenbauer und landwirtschaftliche wie industrielle Biogasanlagenbetreiber. Die Biogasbranche hat in den letzten Jahren über 16.000 Arbeitsplätze zumeist in ländlichen Regionen geschaffen.

ESB benennt sich in „Energie Südbayern“ um

Seit dem 1. Oktober 2010 steht ESB für Energie Südbayern GmbH. Neu ist nicht nur der Name, sondern auch das erweiterte Angebot: Geschäfts- und Firmenkunden können erstmals Strom von ESB beziehen.

Erdgas, Bio-Erdgas, Geothermie, Hackschnitzel, Wärme, Wasser oder moderne Anlagentechnik – ESB ist längst mehr als ein Erdgasversorger. Seit Oktober wird das Portfolio wieder ein Stück erweitert: Geschäfts- und Firmenkunden können nun auch Ökostrom beziehen.

Hintergrund

„Seit wir 1959 die erste öffentliche Erdgasversorgung der Bundesrepublik eröffnet haben, hat sich viel getan. Immer mehr Energiedienstleistungen sind zu unserem Kerngeschäft Erdgas hinzugekommen. Aus unserem bisherigen Namen sind wir quasi herausgewachsen“, erklärt ESB-Geschäftsführer Werner Bähre den Hintergrund der Umfirmierung.

Mit dem Handelsregistereintrag zum 1. Oktober 2010 stehen die drei Buchstaben ESB nicht mehr für Erdgas Südbayern GmbH, sondern für Energie Südbayern GmbH. „Das Wort Südbayern haben wir bewusst belassen, auch wenn wir inzwischen deutschlandweit tätig sind. Schließlich sind hier unsere Wurzeln“, stellt Bähre fest

Keine Änderungen für ESB-Kunden

ESB-Kunden erhalten auch nach der Umfirmierung weiterhin die bewährten Serviceleistungen. Auswirkungen auf Verträge oder Tarife gibt es nicht. Werner Bähre: „Und an unseren neuen Namen auf Briefen, in E-Mails oder am Telefon werden sich alle schnell gewöhnen.“

Neues Erscheinungsbild

Fast zeitgleich mit der Umbenennung hat sich die ESB ein neues Erscheinungsbild gegeben. Das frische Grün im Internet, auf Anzeigen oder in Broschüren unterstreicht die Klimastrategie des Unternehmens: Die ESB engagiert sich für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und die Einsparung von CO₂. Dazu setzt sich das Unternehmen zum Beispiel für die Weiterentwicklung von effizienten Technologien wie Mini- oder Mikro-BHKW ein und nimmt als einer der ersten Energieversorger CO₂-neutrales Erdgas in sein Portfolio auf. Der neue ESB-Strom wird ökologisch in Wasserkraftwerken erzeugt.

Neues Merkblatt Brandschutz erhältlich

Fachverband Biogas e.V. schreibt Thema Sicherheit ganz groß

Freising. Der Arbeitskreis Sicherheit und die Unterarbeitsgruppe „Brandschutz“ des Fachverbandes Biogas e.V. haben ein aktuelles Merkblatt zum Thema „Brandschutz bei Biogasanlagen“ veröffentlicht. Das 15-seitige Merkblatt versteht sich als Ergänzung der bereits seit Oktober 2008 herausgegebenen Sicherheitsregeln für Biogasanlagen (Technische Information 4) des Bundesverbandes der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Neben einer Beschreibung der Eigenschaften von Biogas, geht das Merkblatt intensiv auf den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz bei Biogasanlagen ein. Es gibt somit Plannern und Anlagenbetreibern praktische Hinweise zur Vorbeugung von Brandfällen an Biogasanlagen. Außerdem sensibilisiert das Merkblatt Feuerwehren, Rettungskräfte und Betreiber für den Notfall.

Der Präsident des Fachverbandes Biogas e.V., Josef Pellmeyer, appelliert in diesem Zusammenhang, die bereits hohen

Sicherheitsanforderungen bei Biogasanlagen vernünftig in die Praxis umzusetzen und kontinuierlich weiterzuentwickeln. „Nur eine sichere und verlässliche Biogaserzeugung kann langfristig die energiepolitischen Ziele erreichen“, so Pellmeyer.

Begleitende Sicherheitsschulungen

Begleitend zu diesem Merkblatt organisiert der Fachverband Biogas e.V. flächendeckende Sicherheitsschulungen für



Weiter als Sie denken!

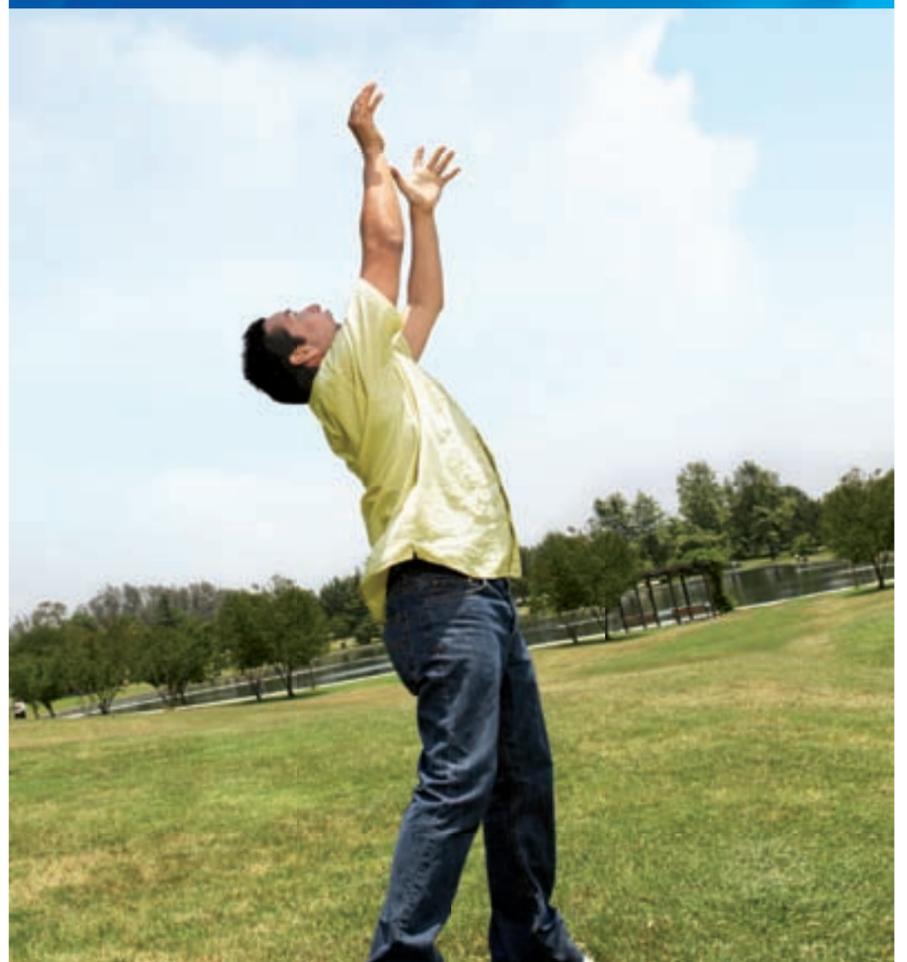
Wir bringen Sie näher an die Gasquelle.

Bayerngas kauft Gas über alle Beschaffungsebenen und ist im Explorations- und Produktionsgeschäft aktiv. Für Sie.



bayerngas
Energiepartnerschaft mit Zukunft

www.bayerngas.de





Eine runde Sache: die Kombination BHKW und Bio-Erdgas, macht sie doch die CO₂-Bilanz der Heizung sogar negativ. □

Energiesparen – mit effizienter Erdgastechnik

Um den Energieverbrauch nachhaltig zu senken, hilft richtiges Dämmen, doch das größte Einsparpotenzial bietet innovative Erdgas-Anwendungstechnik. Mehr Energieeffizienz kann dann erreicht werden, wenn eine veraltete Heizungsanlage durch moderne Erdgas-Brennwerttechnik ersetzt wird. Das rechnet sich bereits nach knapp fünf Jahren, was auch eine aktuelle Studie der IEU (initiative erdgas pro umwelt) belegt. Man verbraucht bis zu 40 % weniger Energie und senkt den CO₂-Ausstoß um bis zu 51 %.

In den letzten Jahren wurden Blockheizkraftwerke (BHKWs) immer kleiner und kompakter. Keine andere Erdgastechnik arbeitet wirtschaftlicher. BHKWs lohnen sich längst auch für Privathaushalte. Inzwischen gibt es sogar das Mikro-BHKW für das Einfamilienhaus. Es ist kleiner als eine Waschmaschine und spart bis zu 40 % Primärenergie, bei bis zu 60 % geringerem CO₂-Ausstoß.

Funktionsprinzip

Ein BHKW funktioniert nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung. Es produziert gleichzeitig Wärme für Heizung und Warmwasser und Strom. Diesen können Sie entweder selbst nutzen oder gegen Vergütung, in das öffentliche Netz einspeisen.

Wer noch einen Schritt weitergehen will, betreibt sein BHKW mit regional produziertem CO₂-neutralem Bio-Erdgas. Die Kombination BHKW und Bio-Erdgas ist eine richtig runde Sache, denn sie macht die CO₂-Bilanz der Heizung sogar negativ.

Absolut umweltschonend

Bio-Erdgas ist Energie aus nachwachsenden Rohstoffen oder organischen Reststoffen, stammt direkt aus der Heimat und ist 100 % umweltschonend. Bei der Verbrennung wird nur soviel CO₂ freigesetzt, wie bei der Entstehung seiner organischen Ausgangsstoffe aus der Umgebung aufgenommen wurde. Jede Erdgas-Technik ist mit Bio-Erdgas kombinierbar – ganz ohne Umrüsten.

erdgas schwaben investiert jährlich über 10 Millionen Euro im Bereich erneuerbarer Energien und bietet Bio-Erdgas aus drei Anlagen an, eine vierte Bio-Erdgasanlage entsteht gerade.

Mehr Informationen gibt es bei www.erdgas-schwaben.de. erdgas schwaben ist auch mit einem Stand auf der Augsburger Renexpo, der Fachmesse für regenerative Energie und energieeffizientes Bauen, vertreten. Für Fachpublikum ist am 7. und 8. Oktober geöffnet, Publikumstage sind am 9. und 10. Oktober. □

Schnellsuche für eilige Leser:

Energie von A bis Z

Aufwändige Energieseminare zu besuchen bleibt in aller Regel Energieberatern vorbehalten. Bei Kommunalverantwortlichen wird allseits „Allrounderwissen“ unterstellt. Kleine, schnelle Arbeitshilfen sind deshalb gerade am Beginn eines angeblich „neuen Energie-Zeitalters“ mehr denn je gefragt.

Griffige Taschenlexika wie Energie + Umwelt, Erneuerbare Energie oder das Standardwerk „Lexikon der Energiewirtschaft“ (Hauptthemen liberalisierte Strom- und Gasmärkte) helfen zweifellos sicher und fundiert weiter. Die Empfehlung „KISS“ (engl. für keep it short and simple) ist schon missverständlich. Nicht jede Bürgermeisterin oder jeder Bürgermeister kennt Begriffe wie EA (Energy Allrounder oder zu deutsch: sattelfeste Kenner im Energiebereich), Smart grid, Kombogas, E-mobility oder das Wirkungsgradprinzip, Unterschiede zwischen Nutz- und Endenergie usw.

BayWa r.e GmbH:

Mehrheit an Schradenbiogas

Einstieg in die energetische Verwertung von organischem Abfall zur Stromerzeugung

Die BayWa AG gab bekannt, dass ihre Tochter BayWa r.e GmbH, vorbehaltlich der Zustimmung durch das Bundeskartellamt, einen 94,5-prozentigen Anteil an der Schradenbiogas GmbH & Co. KG von Hideal Partners für einen Kaufpreis von rund 6 Mio. Euro rückwirkend zum 1. Januar 2010 übernimmt. Der Zukauf ist für die BayWa von strategischer Relevanz, da er den Einstieg in die energetische Verwertung von organischem Abfall zur Stromerzeugung auf Biogasbasis bedeutet. Dies wertet die BayWa als eine weitere deutliche Stärkung ihres Geschäftsfelds der erneuerbaren Energien.

Kurzporträts

Die BayWa AG (Bayerische Warenvermittlung) ist ein Groß- und Einzelhandelsunternehmen mit Stammsitz in München. Die Geschäftsaktivitäten teilen sich auf in die Segmente Agrar, Baustoffe, Technik, Bau- und Gartenmarkt, Energie und Obst. Weitere Konzerngesellschaften befassen sich mit Konsumgüterproduktion und Autohandel. Die Schradenbiogas GmbH & Co. KG ist ein führendes Unternehmen in der Biogasbranche und betreibt Biogasanlagen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt mit einer elektrischen Gesamtleistung von rund 3,6 Me-

gawatt. In den insgesamt drei Anlagen der Schradenbiogas werden jährlich bis zu 100.000 Tonnen unverpackte und verpackte organische Abfälle und die gleiche Menge an Gülle verarbeitet.

Durch das dort eingesetzte Verfahren werden flüssige und feste organische Abfälle vermischt und zu Strom sowie einem landwirtschaftlich einsetzbaren Dünger verarbeitet, womit eine 100-prozentige Verwertung erzielt wird. Das Unternehmen beschäftigt an die 50 Mitarbeiter und erwirtschaftete im vergangenen Geschäftsjahr einen Umsatz von rund 519.406 Mio. Euro. Es ist geplant, dass die Schradenbiogas GmbH & Co. KG die Verwertungsschiene mit organischen Abfällen durch die Entwicklung und den Betrieb weiterer Anlagen ausbaut.

Ökonomischer Gesichtspunkt

Ein wichtiger ökonomischer Gesichtspunkt sind die heutigen und zukünftigen Energiepreise. Sollten sich diese durch die Einführung einer CO₂-Steuer erhöhen, steigt die Rentabilität von Biogasanlagen erheblich, da Biogasanlagen als Einrichtungen zur Erzeugung von regenerativer und CO₂-neutraler Energie von derartigen Steuern nicht betroffen sein sollten. □



Übergabe der Skulptur „Historische Leitung“: Uwe Sommer, Leiter Kommunalkundenmanagement erdgas schwaben, Georg Radlinger, Prokurist erdgas schwaben, Markus Kittl, technischer Geschäftsführer erdgas schwaben, Schwabmünchens Bürgermeister Lorenz Müller und Bernhard Jauchmann, Stadtkämmerer Schwabmünchen (von links). □

„Historische Leitung“ für Schwabmünchen

Kunstwerk erinnert an die Anfänge der Ferngasversorgung

Die 67,1 Kilometer lange historische Ferngasleitung Augsburg-Kaufbeuren wird abschnittsweise außer Betrieb genommen. Diesen Mai stoppelte eine Spezialfirma für Hochdruckleitungen den Abschnitt zwischen Großaitingen und Schwabmünchen ab und trennte ihn damit vom modernen Erdgas-Netz. Jetzt überreichte Markus Kittl, technischer Geschäftsführer erdgas schwaben, mit dem Kunstwerk „Historische Leitung“ Schwabmünchens Bürgermeister Lorenz Müller ein Stück Entwicklungsgeschichte der Singoldstadt.

Sichtlich erfreut bedankte sich das Gemeindeoberhaupt: „Das ist Kunst – aus einem Stück Rohr ein Exponat mit ideellem und bleibendem Wert für die Stadtgeschichte zu schaffen.“ Das Kunstwerk wird künftig seinen festen Ausstellungsplatz im ‚Museum und Galerie‘ der Stadt Schwabmünchen finden.

Alles in Handarbeit

Die von dem renommierten, in Rehling bei Augsburg lebenden Künstler Georg Kleber geschaffene Skulptur interpretiert die „Hi-

storische Leitung“ und gibt damit der Geschichte der Energieversorgung in Schwaben ein gelungenes Bild. Der Sockelbereich informiert über die technischen Daten der „Historischen Leitung“, wie Gesamtlänge, Durchmesser, Wanddicke und Druckstufe. Auf dem Sockel erhebt sich der 58 Jahre alte Schwabmünchner Stahlabgang der ersten Ferngasleitung Bayerns. Der Abgang ist auch nach fast sechs Jahrzehnten im besten Materialzustand. Doch die historische Leitung wird schrittweise stillgelegt, weil selbst für den besten Stahl verbindliche Richtwerte bei der Lebensdauer gelten. Die neue Leitung, die Schwabmünchen mit Erdgas versorgt, verläuft östlich von Buchloe.

BIOGAS-Jahrestagung:

Jubiläum in Nürnberg

Die Biogas-Branche hat Grund zu feiern: Im Januar 2011 jährt sich die Jahrestagung des Fachverbandes Biogas e.V. zum 20. Mal. Schirmherr der Veranstaltung, die vom 11. bis 13. Januar in Nürnberg stattfindet, ist Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen. Dieses Engagement unterstreicht einmal mehr die Bedeutung von Biogas für die Energieversorgung der Zukunft. Die BIOGAS-Jahrestagung wird begleitet von Europas größter reinen BIOGAS-Fachmesse. □

Hans Eichhorn

An die Spitze mit Bio-Erdgas

Anton Asam, Vertriebsdirektor der Stadtwerke Augsburg

erdgas schwaben ist Bio-Erdgas-Lieferant der Stadtwerke Augsburg. Die impuls arena – das erste CO₂-neutral betriebene Fußballstadion der Welt. Spitzenleistung aus der Region, auch dank:

- klimaschonendem Bio-Erdgas
- und modernster Erdgastechnik

Was die können, können Sie auch! Wir beraten Sie gerne

Telefon 0821 9002-111
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Meillon Design

Markus Kittl: „Und mit 67,5 bar Betriebsdruck ist die Transportkapazität viermal höher als die der historischen Leitung“. Rückblickend erinnerte der Geschäftsführer an die damaligen Mühen: In aufwändiger Hand-schachtung wurde 1952 von der neugegründeten Ferngasversorgung Schwaben GmbH die erste Ferngasleitung von Augsburg-Göggingen über Schwabmünchen nach Kaufbeuren und Neugablonz gebaut. Am 26. Januar 1953 kam das erste Erdgas aus dem Augsburg-Gaswerk in Oberhausen über die neue Leitung nach Schwabmünchen. Ab 1963 wurde die gesamte Singoldstadt mit Erdgas beliefert. Im gleichen Jahr wurde eine eigene Betriebsstelle in der Frauenstraße eingerichtet, 2001 zog erdgas schwaben in die Siemensstraße um.

5.500-Kilometer-Erdgasnetz

Im Laufe der Jahre haben sich viele Gewerbe- und Industriebetriebe entlang der Erdgas-Leitung im Bereich Schwabmünchen angesiedelt: die Firma Osram, die Firma Schöffel, die Ziegelei Schmid und die Firma J.N. Eberle Federnfabrik, die zur Firmengruppe Kern-Liebers gehört (und 5.000 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen weltweit beschäftigt). Das Erdgas-Leitungsnetz um jene erste Schlagader zwischen Augsburg und Kaufbeuren wuchs beständig: Heute unterhält erdgas Schwaben ein dichtes Leitungsnetz mit einer Länge von 5.500 Kilometern in Schwaben und in Teilen Oberbayerns. □

Strom und Wärme aus Biomüll

Gesellschaft für Bioabfall in Landkreis und Stadt Aschaffenburg GmbH (GBAB) errichtet Vergärungsanlage

Seit Sommerbeginn errichtet die Gesellschaft für Bioabfall in Landkreis und Stadt Aschaffenburg GmbH (GBAB) eine Vergärungsanlage, mit der bald 3 Millionen KWh Strom pro Jahr produziert werden können. Ab April 2011 soll aus Biomüll Strom und Wärme entstehen.

Die GBAB hat sich in den vergangenen Jahren zu einer festen Größe in der Abfallentsorgung am bayerischen Untermain entwickelt. Als Gesellschafter der GBAB sind zu jeweils 50 Prozent die Stadtwerke Aschaffenburg und der Landkreis Aschaffenburg beteiligt. Die beiden Geschäftsführer der GBAB sind Dieter Gerlach von den Stadtwerken Aschaffenburg und Dr. Norbert Schupp, Verwaltungsdirektor im Landratsamt Aschaffenburg.

Das 1993 für die Bioabfälle aus der Stadt Aschaffenburg gebaute Kompostwerk wird seit der flächendeckenden Einführung der Biotonne im Landkreis 1996 durch die GBAB gemeinsam betrieben. Im Jahr 2001 wurde am Standort auch eine Umladestation für Restmüll aus Stadt und Landkreis Aschaffenburg in Betrieb genommen.

Im Zuge der immer größer werdenden Nutzung von erneuerbaren Energien wird unter Einbeziehung der vorhandenen Ge-

bäude, Infrastruktur und Geräte eine Vergärungsanlage gebaut, in der künftig alle angelieferten Bioabfälle verarbeitet werden können. Das Hauptziel liegt in der Erzeugung von Biogas aus den Bioabfällen, das zur Erzeugung von elektrischer Energie und Wärme genutzt werden kann.

Trockenvergärung

Die Vergärungsanlage bei der GBAB wird in Form einer Trockenvergärung mit fünf baugleichen sog. Fermentationsbehältern errichtet. Diese Fermenter gleichen einer überdimensionalen Garage, in die der Bioabfall mittels Radlader eingetragen wird und die anschließend verschlossen werden. Durch biologische Prozesse entsteht während der Rottedauer von ca. drei Wochen Methangas, das mit Hilfe von sog. Blockheizkraftwerken (BHKW) über einen Gasmotor in elektrische Energie und thermisch nutzbare

Abwärme umgewandelt wird. Die Anlage kann so jährlich 15.000 Tonnen an Abfällen aus der Biotonne und Grünabfälle, hauptsächlich Grasschnitt, verarbeiten.

Die produzierte Gasmenge beträgt ca. 1,4 Mio. m³; daraus entstehen in zwei Blockheizkraftwerken etwa 3 Mio. KWh Strom aus erneuerbarer Quelle, die in das Netz der AVG eingespeist werden.

Bewährte Zusammenarbeit

Parallel zum Betrieb der Vergärungsanlage wird bei der GBAB in Zukunft ein Teil der angelieferten Grünabfälle in einer Grünabfallkompostierung zu Kompost verarbeitet. Die Holzigen Bestandteile werden nach erfolgter Aufbereitung als Hackschnitt zur Energieerzeugung im nahe gelegenen Biomasse-

kraftwerk der Bioenergie Aschaffenburg GmbH eingesetzt.

Die seit 15 Jahren bewährte Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis bei der Abfallverwertung und Beseitigung wird damit durch eine weitere, zukunftsweisende Investition in Höhe von etwa 5 Mio. Euro fortgesetzt. Gegenüber der bisherigen reinen Kompostierung wird nicht nur deutlich weniger Energie verbraucht, sondern auch erneuerbare Energie aus Strom, Wärme und Holzhackschnitzeln hergestellt.

Weiterer Schritt in der Erfolgsgeschichte

Wie Oberbürgermeister Klaus Herzog betonte, „ist es innovativ, aus Müll richtig Wert zu schöpfen“. Der Spatenstich sei „ein weiterer Schritt in der gemeinsamen Erfolgsgeschichte von Stadt und Kreis, Müll umweltfreundlich zu entsorgen“. Landrat Prof. Ulrich Reuter hieß in dieselbe Kerbe und lobte: „Es ist positiv, wenn die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und dem Landkreis gärt.“ **DK**

E.ON-Garantie:

Stabile Gaspreise für den gesamten Winter

Gute Nachrichten für Kunden von E.ON Bayern Vertrieb: Das Unternehmen garantiert Privatkunden stabile Erdgaspreise bis Ende März 2011. „Bereits im letzten Jahr hat E.ON die Gaspreise dreimal um insgesamt rund 23 Prozent gesenkt. Hiervon profitieren unsere Kunden auch in der kommenden Heizperiode“, so der Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb GmbH, Otmar Zisler.

„Wir garantieren unseren Kunden auch stabile Preise für Haushaltsstrom über den Jahreswechsel hinaus“, sagte Otmar Zisler. Eine verlässliche Prognose über einen weiterreichenden Zeitraum sei derzeit noch nicht möglich.

Zahlreiche Wettbewerber haben in den vergangenen Wochen stei-

gende Strom- und Gaspreise angekündigt. Erdgas- und Haushaltsstromkunden der E.ON Bayern Vertrieb sind davon nicht betroffen. Dazu Zisler: „Wir freuen uns, unseren Kunden konstante Preise und damit schon heute Planungssicherheit über den Jahreswechsel hinaus bieten zu können.“ **□**

Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München:

Fachtagung Energie und Kommune II

Zum zweiten Mal veranstaltete der Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München eine Tagung zum Thema „Energie und Kommune“. Hans Seidl, Bürgermeister der gastgebenden Gemeinde Maisach, eröffnete die Fachtagung und ermöglichte Testfahrten mit Elektroautos und Pedelecs auf dem Flugplatz Fürstentfeldbruck. Landrat Thomas Karmasin stellte die Aktivitäten im Landkreis Fürstentfeldbruck vor. Fürstentfeldbruck will Deutschlands erster Landkreis sein, der sich komplett aus regenerativen Energiequellen versorgt.

Alle Vorträge der Veranstaltung auf der PV-Website unter: <http://www.pv-muenchen.de/aktuell/energie2.htm> **□**

Neues Projekt:

LauerZEK für Metropolregion Nürnberg

Das Lauer Zentrum für Energieeffizienz und Klimaschutz (LauerZEK) ist mit großer Beteiligung aus der Laufer Wirtschaft, der Hochschule Amberg-Weiden und der Stadt Lauf jetzt gegründet. Mit der notariellen Eintragung und dem Bezug der Geschäftsräume in der Bahnhofstraße startet die Gesellschaft bereits mit ersten Aufträgen für umweltfreundliche Energiekonzepte.

„Eine solche und breite Existenzgründung gemeinsam mit Laufer Unternehmen ist etwas ungewöhnliches und sehr erfreuliches“, so Bürgermeister Benedikt Bisping über das neue Projekt: „Nach dem renommierten Zentrum für Werkstoffanalytik (ZWL) wollen wir uns nun in enger Zusammenarbeit mit Hochschule und Laufer Unternehmer als moderner Standort für diese bedeutsamen Zukunftsthemen weiterentwickeln sowie Märkte und Arbeitsplätze in der Metropolregion ausbauen.“

Zukunftssicherung

Schon heute ist der Umweltschutz für Laufer Betriebe ein sehr wichtiger Markt, der künftig mit neuen Produkten und Dienstleistungen noch weiter deutlich wachsen werde, sagte das Stadtoberhaupt: „Auf regenerativen Energien und Klimaschutz im Netzwerk zu setzen, ist eine vielversprechende Idee und sichert Zukunft.“

Als LauerZEK-Geschäftsführer konnte Gerhard Rösch (45) als langjähriger Vertriebsfachmann bei Siemens für Energieeffizienzlösungen und Energieeffizienz-Contracting gewonnen werden. Das LauerZEK hat seinen Sitz in der Laufer Bahnhofstraße 6.

Gesellschafter sind neben der Kommune und seiner Städtischen Werke auch die Laufer Unternehmen EMUGE Verwaltungs-GmbH, Sembach Verwaltungs-GmbH, Dirlwanger Verwaltungs-GmbH, Zeitlauf Vermögensverwaltung GmbH, die Raiffeisen Spar+Kreditbank Lauf sowie das Institut für Energietechnik IFE mit Professor Markus Brautsch an der Hochschule Amberg-Weiden. Das LauerZEK startet mit 130.000 Euro Gesellschafterkapital.

An ersten Aufträgen wird bereits gearbeitet

Schon zur Startphase liegen erste Aufträge für das Lauer-

ZEK vor. So wird derzeit der vom Bundesumweltministerium zu 80 Prozent geförderte Laufer Klimaschutzmasterplan erarbeitet, die Geschäftsführung von Bund Naturschutz-Bürgersolaranlagen übernommen, eine Analyse für Energieeinsparmöglichkeiten eines Bankgebäudes erstellt oder Prozesswärme eines Laufer Industriebetriebes für externe Nutzung untersucht.

Hohes Einsparpotential

Geschäftsführer Gerhard Rösch: „Die Einsparpotentiale sind riesig und es ergeben sich zahlreiche Vorteile.“ Es sei Aufgabe umweltfreundliche und somit klimafreundliche Energiekonzepte zu analysieren und zur konkreten Umsetzung auszuwerten. Gewinnen würden dann alle. Längst sind viele Energiespartechiken soweit entwickelt, dass sie sich auch wirtschaftlich rechnen. Oft fehlt es dazu nur an der Vernetzung oder der konstruktiven Zusammenarbeit verschiedener Stellen.

Enge Zusammenarbeit mit Hochschule Amberg-Weiden

Enge fachliche Zusammenarbeit, so das LauerZEK-Konzept, gebe es mit der Hochschule in Amberg-Weiden. Die wissenschaftlichen Erfahrungen und Forschungsergebnisse nutzen uns für die tägliche Arbeit, so der Geschäftsführer. Professor Markus Brautsch vom Amberger Institut für Energietechnik und Laufs Bürgermeister Benedikt Bisping vereinbarten diese Kooperation im Rahmen der Metropolregion Nürnberg.

Die städtische Beteiligung an der neuen Gesellschaft erfolgte einstimmig im Umweltausschuss und Stadtrat. Mit einem Notartermin im Raiffeisensaal der Raiffeisen Spar und Kreditbank erfolgte nun die formelle Gesellschaftsgründung.

Weitere Informationen unter www.zukunft-energy.de **□**

Trotz reduzierter Förderung:

Lohnende Investition in Photovoltaikanlage

Hohe Rendite dank Einspeisevergütung und günstiger Finanzierung

Trotz der Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom lohnt sich die Installation einer Photovoltaikanlage. Die Investition ist unverändert rentabel, da neben den nach wie vor interessanten Fördersätzen die Finanzierungsangebote günstig und die Herstellungspreise gesunken sind. Zudem profitieren besonders bayerische Anlagenbesitzer von den vielen Sonnenstunden im Freistaat. Darauf macht die LBS Bayern aufmerksam.

Wer jetzt eine Solarstromanlage auf seinem Dach installiert, erhält 34,05 Cent pro Kilowattstunde. Ab Oktober müssen neue Betreiber von Solaranlagen bei der Einspeisung des von ihnen produzierten Stroms eine Einbuße von 3 Prozent hinnehmen. Immerhin wird die Vergütung für fast 21 Jahre festgeschrieben. Im nächsten Jahr ist mit einer weiteren Absenkung der Vergütungssätze um 9 bis 13 Prozent zu rechnen.

Schon 14 Prozent der Wohneigentümer in Deutschland besitzen eine Solaranlage zur Strom- oder Wärmeenergiegewinnung. Bayern ist mit 25 Prozent Spitzenreiter. Der Trend zeigt weiter nach oben, vor allem bei den Betreibern von Photovoltaikanlagen. So meldete die Bundesnetzagentur für das erste Halbjahr 2010 einen voraussichtlichen Zubau von über drei Gigawatt an installierter Gesamtleistung. Das entspricht fast dem Wert für das gesamte Jahr 2009, der bei rund 3,8 Gigawatt lag.

Ein Gigawatt versorgt etwa 285.000 Haushalte mit Strom. Von Januar bis Mai 2010 meldeten 24.167 bayerische Solarstrombetreiber ihre neue Anlage der Bundesnetzagentur. Bayerns Anteil an den bundesweiten Neuanmeldungen betrug 32 Prozent. Damit liegt der Freistaat als Solarstromstandort in Deutschland an der Spitze.

Jeder Hauseigentümer, der in die Sonne investieren möchte, sollte die momentan günstigen Rahmenbedingungen nutzen, rät die LBS Bayern. Mit einer Bausparfinanzierung sichern sich Eigenheimbesitzer langfristig die aktuell besonders attraktiven Zinsen. Hinzu kommt, dass die Anschaffungskosten für Photovoltaikanlagen so niedrig sind wie

noch nie. Die Systempreise sanken 2009 um durchschnittlich 30 Prozent. Inzwischen kann man mit ungefähr 3.000 Euro pro Kilowatt rechnen. Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Forsa planen in den nächsten zwei Jahren 14 Prozent der Befragten in Bayern eine Solaranlage zur Strom- oder Wärmeenergiegewinnung. Die Einspeisevergütung und das gute Wetter in Bayern geben ihnen Recht. Mit 1.700 bis 1.900 Sonnenstunden pro Jahr zählt der Freistaat zu den sonnenreichsten Bundesländern. Stimmt die Ausrichtung der Photovoltaikmodule, so kann ein Hausbesitzer mit etwa 1.000 Kilowattstunden pro Kilowatt Anlagenleistung rechnen. Dies entspricht dem Energiegehalt von ca. 100 Litern Heizöl.

In den letzten fünf Jahren sind die Preise für Strom bei den Wohnnebenkosten um gut ein Viertel gestiegen. Wenn Hausbesitzer jetzt ein Sonnenkraftwerk auf ihrem Dach installieren, können sie trotz der reduzierten Fördersätze im Vergleich zu 2009 laut Berechnungen der Zeitschrift „Finanztest“ mit fünf bis neun Prozent Rendite rechnen. In sonnenreichen Gegenden könnten sich Anlagenbetreiber sogar über zweistellige Renditen freuen. Besonders lohnend sei es, möglichst viel des eigenen Solarstroms selbst zu verbrauchen. Denn seit dem 1. Juli 2010 hat sich die Vergütung für den Eigenverbrauch von Strom aus Photovoltaikanlagen erhöht. Privathaushalte, die ihren Solarstrom zu über 30 Prozent selbst verbrauchen, gewinnen künftig acht statt drei Cent pro Kilowattstunde, wenn man von einem durchschnittlichen Haushaltsstrompreis von netto 20 Cent pro Kilowattstunde ausgeht. **□**

LEW
Lechwerke



Lechmuseum Langweid

REGIONAL. ENGAGIERT. LEW.

Voller Energie sind die Lechwerke seit mehr als 100 Jahren der zuverlässige und sichere Partner für Bürger, Unternehmen und Kommunen in Bayern und Teilen Baden-Württembergs. Als Arbeitgeber, Ausbildungsbetrieb und einer der großen Auftraggeber für Unternehmen aus der Region trägt LEW zur wirtschaftlichen Entwicklung bei.

Weitere Informationen unter www.lew.de

VORWEG GEHEN

Energiegespräche 2010:

N-ERGIE: Investition in die Zukunft

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft lud zum ersten von drei Energiegesprächen nach Neudettelsau ein. Das traditionelle Diskussionsforum behandelte in diesem Jahr insbesondere aktuelle Fragen zu Erneuerbaren Energien und der Erzeugungsstrategie der N-ERGIE. Auch zu den kommunalen Energiegesprächen in Marktbreit und Burgthann werden in den nächsten zwei Wochen an die 300 kommunalen Entscheidungsträger kommen.

Vor dem Hintergrund des Kostendrucks auf den Energiemärkten und der durch die Regulierung stark gesunkenen Erlöse aus dem Netzbetrieb ist die Erzeugung für die N-ERGIE eine attraktive Wertschöpfungsstufe. Der regionale Energieversorger plant deshalb den Ausbau der eigenen Stromerzeugung auf mittelfristig 1.000 Megawatt (MW) Leistung.

Die N-ERGIE investiert deshalb in umweltfreundliche Technologien zur Strom-, Gas- und

kraftwerk in Irsching, an dem die N-ERGIE beteiligt ist und das in diesem Jahr in Betrieb genommen wurde. Das Gas- und Dampfturbinenkraftwerk zählt derzeit zu den effizientesten und leistungsstärksten Kraftwerken der Welt.

In diesem Jahr begannen die Bauarbeiten für ein Biomasse-Heizkraftwerk auf dem Betriebsgelände der N-ERGIE in Nürnberg-Sandreuth. Die neue Anlage wird auf Basis von Holzhackschnitzeln arbeiten und im Ver-

Im Gewerbegebiet Gollhofen-Ippesheim erfolgten die ersten Bauarbeiten für eine Bioerdgasanlage mit einer Gasleistung von 6,7 MW. An dem Neubau ist die N-ERGIE mit 50 Prozent beteiligt. Die Anlage wird Biogas so erzeugen und aufarbeiten, dass es in das bestehende Erdgasnetz eingespeist werden kann. Die nachwachsenden Rohstoffe werden von Landwirten aus dem näheren Umfeld geliefert. Als Nebenprodukt fällt bei der Vergärung in der Biogasanlage hochwertiger Dünger an, den die Vertragslandwirte für ihre Anbauflächen nutzen können.

In Schnelldorf beteiligt sich die N-ERGIE an der Erweiterung der Biogasanlage. Sie wird in Zukunft Strom mit einer Leistung von 500 Kilowatt (kW) statt bisher 250 kW in das Stromnetz der N-ERGIE einspeisen.

Ungebremste Antragsflut bei EEG-Anlagen

Die regenerativen Energien sind auf dem Vormarsch. Besonders bei der Fotovoltaik ist eine dynamische Entwicklung zu beobachten: Durch die zweistufige Absenkung der Einspeisevergütung für neu installierte Fotovoltaikanlagen zum 1. Juli und 1. Oktober 2010 (EEG-PV-Novelle) gingen bei der N-ERGIE Netz GmbH bis Ende Juni pro Woche über 200 Anträge für EEG-Anlagen ein. Dies entspricht einer Antragszahl von 5.485 im ersten Halbjahr 2010. Zum Vergleich: im gesamten Jahr 2009 wurden fast 8.000 Fotovoltaikanlagen beantragt, 2008 waren es unter 4.000. Dies bedeutet eine Steigerung von über 100 Prozent.

Die Anfragen von Großanlagen mit mehr als 1 MW Nennleistung nehmen ebenfalls zu. Ab Ende 2010 wird das Netzgebiet der N-ERGIE Netz GmbH mehr EEG-Leistung aufnehmen, als die Kunden maximal benötigen. Deshalb muss bereits 2010 in die Höchstspannungsebene rückgespeist werden. Generelles Problem an den EEG-Anlagen ist die Fluktuation der Einspeiseleistung aus den Fotovoltaik- und Windkraftanlagen.

Netzverstärkung

Allerdings sind höhere Einspeisemengen auch mit steigenden Belastungen verbunden. Denn der Netzbetreiber trägt die Kosten für die Verstärkung der Netze und für die Regelleistung, die der Energieversorger bereit halten muss. Im Jahr 2009 investierte die N-ERGIE deshalb rund 7 Mio. Euro für Netzverstärkungsmaßnahmen. Für das Jahr 2010 werden entsprechende Investitionen im Umfang von über 10 Mio. Euro erwartet. Der Strompreis setzt sich zu 40 Prozent aus Kosten zusammen, die die N-ERGIE nicht be-

als regional führendes Energieversorgungsunternehmen das Zukunftsthema E-Mobility gemeinsam mit unseren Partnern, den Kommunen und Landkreisen, vorantreiben und das Leistungsangebot für Kunden, Bürger und Touristen attraktiver machen“, erklärte Litpher.

Klimaschutzkonzept

„Ich bin überzeugt, dass wir mit einer Kooperation in Sachen E-Mobility auch die Ziele unseres Klimaschutzkonzeptes schneller erreichen werden“, so Zeller. Bereits bei der Erstellung des Klimaschutzkonzept-

einflussen kann: Neben Steuern und Abgaben zählt dazu auch die Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG-Umlage). Sie ist bundesweit einheitlich und wird seit 2010 jährlich neu ermittelt. Durch den überproportionalen Anstieg der EEG-Anlagen im Jahr 2010 wird die EEG-Umlage für das Jahr 2011 deutlich ansteigen.

N-ERGIE: Partner in der Region

Die N-ERGIE ist im Rahmen von Konzessionsverträgen verlässlicher Partner von rund 250 Kommunen. Seit Mitte 2007 wurden 175 Konzessionsverträge mit der N-ERGIE neu abgeschlossen, davon 126 Verträge (72 Prozent) über 10 Jahre und 46 (26 Prozent) über 20 Jahre.

Die N-ERGIE ist zudem auch mit Veranstaltungen und Sponsoring in der Region aktiv. So konnten in diesem Jahr durch die N-ERGIE Open-Air KINOTOUR an die teilnehmenden 15 Kommunen gut 9.000 Euro für den guten Zweck verteilt werden. In sechs Jahren wurden in der Region bereits 64.000 Euro überreicht.

Seit 2008 verzichtet die N-ERGIE auf Weihnachtsgeschenke für ihre Kunden und Partner und unterstützt stattdessen im Rahmen einer Weihnachtsaktion ehrenamtliche Projekte. In diesem Jahr können sich Projekte für Familien in Nürnberg und der Region noch bis 31. Dezember 2010 unter www.n-ergie.de/weihnachtsaktion bewerben.

LED-Straßenbeleuchtung

Christoph Schiller von der TU Darmstadt hielt bei den Energiegesprächen einen Fachvortrag über den Einsatz von LEDs in der Straßenbeleuchtung. Der Vortrag zeigt die Herausforderungen und Potentiale dieser Lichtquellen. Den Schwerpunkt bilden Erfahrungswerte aus zwei LED-Teststraßen in Darmstadt.

Die N-ERGIE Aktiengesellschaft bietet ab sofort ihren Firmenkunden und kommunalen Partnern die Gelegenheit, Ladesäulen, verschiedene Elektrofahrzeuge wie Elektrofahrzeug, -roller, -kleinwagen oder auch -kleinlaster kostengünstig für einen Zeitraum von fünf Jahren zu mieten. Mit diesem Angebot setzt die N-ERGIE das Fahren mit Strom auf lokaler Ebene bedarfsgerecht um und sorgt dafür, dass Elektromobilität spürbar ist.

Gastredner der diesjährigen Energiegespräche ist Prof. Dr. Jens A. Förster. Der Professor für Sozialpsychologie ist Autor zahlreicher Bücher und wissenschaftlicher Veröffentlichungen zu Stereotypen und Schubladen denken. Er arbeitet an der Universität van Amsterdam und forscht in den Bereichen soziale Wahrnehmung, menschliches Gedächtnis, Entscheidungsfindung und Motivation.

In seinem Vortrag „Nutzen und Nachteile von Vorurteilen“ geht Förster Vorurteilen im Alltag auf die Spur. Erst vor wenigen Tagen wurde er für sein Lebenswerk mit dem Bühlerpreis der Deutschen Gesellschaft für Psychologie ausgezeichnet. □

tes arbeitet der Landkreis mit den Lechwerken zusammen.

Die Lechwerke treiben die Einführung der Elektromobilität seit diesem Frühjahr im eigenen Netzgebiet voran. Das regionale LEW-Engagement erstreckt sich von Bayerisch-Schwaben über Teile Oberbayerns bis ins Allgäu. Neben den E-Bike Projekten mit Kommunen und Tourismusvereinigungen installieren die Lechwerke Ladesäulen für Elektrofahrzeuge im öffentlichen Raum sowie bei Unternehmen. Darüber hinaus betreiben sie selber Elektrofahrzeuge im unternehmenseigenen Fuhrpark. □



Sind überzeugt von den E-Bikes: Roland Berlet, LEW-Vertreter E-Mobility, Rettenbachs zweiter Bürgermeister Reiner Friedl, Erster Bürgermeister Wilhelm Fischer, Fahrradexperte Alexander Durz und Josef Nersinger, LEW-Kommunalbetreuer (v. l.). □

Vermietung von Elektrofahrern:

LEW starten Kooperation mit Rettenbach am Auerberg

Die Lechwerke (LEW) haben in Rettenbach am Auerberg ein Projekt zur Vermietung von Elektrofahrzeugen gestartet. Das Vorhaben in Rettenbach ist Teil einer Initiative, mit der die Lechwerke durch Kooperationsvereinbarungen mit Kommunen und Tourismusverbänden die Elektromobilität in der Region stärker vorantreiben und mit E-Bikes das Leistungsangebot für Kunden, Bürger und Touristen attraktiver machen wollen.

Bei einem Pressetermin unterzeichneten dazu Bürgermeister Wilhelm Fischer und Roland Berlet, LEW-Vertreter für E-Mobility, den Kooperationsvertrag. Die Vereinbarung sieht vor, dass LEW der Gemeinde Rettenbach am Auerberg insgesamt vier Elektrofahrzeuge überlässt und diese die E-Bikes verleiht. Bei den Elektrofahrzeugen handelt es sich um je zwei Modelle der Ausführung „LEW City E-Bike“ und „Bergziege easy living E-Bike“.

Zukunftsthema

Für die Durchführung von Wartungsarbeiten und Reparaturen haben die Lechwerke eine Fahrradwerkstatt beauftragt. Die Werkstatt wird von der in Neusäß bei Augsburg ansässigen Firma Fahrrad Durz durchgeführt. „Wir freuen uns, dass unsere Gemeinde an dieser Kooperation teilnimmt. Elektromobilität ist für unsere Region ein bedeutendes Zukunftsthema, das uns vor allem aus ökologischer Sicht interessiert. Schließlich hat sich Rettenbach in Sachen Umweltschutz schon besonders hervorgetan.“

Mehrere große private Sonnenkraftwerke und viele kleinere stehen dafür, dass unsere Gemeinde das Solardorf in Bayern ist. Außerdem waren wir schon mehrmals Sieger der bundesweiten Solarmeisterschaft. Aber wir sind natürlich auch eine Tourismusregion und ich bin davon

überzeugt, dass die Gäste, die bei uns Urlaub machen, in hohem Maße von den E-Bikes profitieren werden“, sagte Rettenbachs Bürgermeister Wilhelm Fischer.

Krumbach und Günzburg

Neben Rettenbach am Auerberg sind schon zwei weitere Kommunen Mitglied im LEW E-Bike-Projekt: Die Stadt Krumbach sowie die Stadt Günzburg. Die Lechwerke treiben die Einführung der Elektromobilität seit diesem Frühjahr im eigenen Netzgebiet voran. Das regionale LEW-Engagement erstreckt sich von Bayerisch-Schwaben über Teile Oberbayerns bis ins Allgäu.

Road-Show

Neben dem E-Bike Projekt mit Kommunen und Tourismusvereinigungen installieren die Lechwerke Ladesäulen für Elektrofahrzeuge im öffentlichen Raum sowie bei Unternehmen. Darüber hinaus betreiben sie selber Elektrofahrzeuge im unternehmenseigenen Fuhrpark. Die erste Ladesäule haben die Lechwerke Anfang August am Westertorplatz in Memmingen in Betrieb genommen. LEW-Teams sind zum Thema E-Mobility mit einer Road-Show in der Region unterwegs.

Direkt vor Ort können Interessierte die Fahrzeuge testen und das Erlebnis klimafreundlicher Mobilität selbst erfahren. □



Herbert Dombrowsky, Vorsitzender des Vorstands der N-ERGIE, bei den Energiegesprächen 2010. □

Wärmeerzeugung. Insgesamt 25 Prozent der Eigenproduktion sollen aus erneuerbaren Energien stammen.

Aber auch konventionelle Stromerzeugung kann umweltfreundlich sein: Ein Beispiel ist das 860 MW-Gemeinschafts-

fahren der umweltschonenden Kraft-Wärme-Kopplung sowohl 6 MW Strom als auch 14 MW Fernwärme erzeugen. Die Integration des Biomasse-Heizkraftwerks in das Nürnberger System ist das erste System dieser Art in der Bundesrepublik.



LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher, Regionalmanagerin Elisabeth Gutmann, Landrat Dr. Friedrich Zeller, Manuela Vanni, Bürgermeisterin von Markt Peißenberg, und Karl-Heinz Gerbl, Bürgermeister der Stadt Schongau (v. l.) bei der E-Mobility-Roadshow in Schongau. □

Strom tanken? Die mobile Zukunft beginnt

Roadshow der Lechwerke gastierte in Schongau

Bei der Roadshow zur Elektromobilität in Schongau konnten sich Bürgerinnen und Bürger zur Elektromobilität und den Angeboten der Lechwerke informieren. Zusätzlich wurden Testfahrten mit verschiedenen Elektrofahrzeugen angeboten.

Landrat Dr. Friedrich Zeller begrüßte beim Besuch der Roadshow das Engagement der Lechwerke und freute sich, dass heute mit einer umfassenden Schau in Schongau, die Elektromobilität den Bürgern präsentiert wird. „Neben der wichtigen Öffentlichkeitsarbeit zu diesem Zukunftsthema muss aber auch die Politik eine klimafreundliche Mobilität unterstützen. Dies wollen wir im Landkreis Weilheim-Schongau zukünftig aktiv und gemeinsam mit LEW tun“, so Zeller.

Bei den Informationsgesprä-

chen haben die Lechwerke (LEW), vertreten durch LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher, eine Kooperation zur Elektromobilität mit dem Landkreis Weilheim-Schongau in Aussicht gestellt.

Attraktiveres Angebot

In den nächsten Wochen werden Details der Zusammenarbeit festgelegt. Möglich sind die Errichtung einer Stromladesäule, der Betrieb von Elektroautos und der Verleih von E-Bikes. „Wir wollen

1. Bayerische Elektromobilitätstage in Würzburg

Am 14. und 15. November finden in Würzburg unter der Schirmherrschaft des Bayerischen Staatsministers für Umwelt und Gesundheit, Dr. Markus Söder, die Ersten Bayerischen Elektromobilitätstage statt. Veranstalter und Ausrichter sind die Firma JC Neckermann und die Firma a+f, ein Mitglied der Gildemeistergruppe.

Um möglichst viel Aufmerksamkeit für das wichtige Umweltthema zu bekommen, gliedern sich die Elektromobilitätstage, die ab 2011 im Sommer stattfinden werden, in eine öffentliche Veranstaltung mitten in der Stadt für alle Interessierten und einen Fachkongress für 200 geladene Teilnehmer im Vogel Convention Center. Der Kongress am 15. November 2010 wendet sich vor allem an Vertreter von Kommunen, regionale Versorger, Vertreter aus Wirtschaft und Verbänden. Eine Messe mit Infoständen rund um das Thema Elektromobilität und unterschiedlichen eMobilen rundet den Kongresstag ab.

Die öffentliche Veranstaltung auf dem Residenzplatz in Würzburg am 14. November bietet einen Überblick über verschiedene Elektromobilitätsfahrzeuge unterschiedlicher Hersteller, die man an diesem Tage testfahren kann. Instrukturen weisen die interessierten Gäste ein und begleiten sie auf ihrer Fahrt.

Weitere Informationen: JC Neckermann GmbH & Co.KG, Nürnberger Str. 6, 97348 Markt Einersheim, Telefon: 0049/9326 979 95 0, Zentrale: 0049/9326 979 95 0, Fax: 0049/9326 979 95 18, Stichwort: Bayerische Elektromobilitätstage 2010. □

Kommunale Energieeinsparung:

Leuchtende Beispiele

LED-Strassenleuchte Archilede von iGuzzini

Durch die intensiv geführten Diskussionen über Klimawandel, CO₂-Ausstoß und Energieeinsparung geraten Städte, Kommunen und Gemeinden zunehmend unter Druck, denn die klimapolitischen Ziele der EU schreiben vor, bis zum Jahr 2020 den gesamten Energieverbrauch um 20% zu reduzieren. Eine Gesetzesinitiative, die EuP Richtlinie 2005/32/EG, beschäftigt sich dabei mit dem Energieverbrauch durch elektrisches Licht, das in der EU rd. 14% der Elektrizität verbraucht und einen CO₂-Ausstoß von jährlich etwa 180 Millionen Tonnen produziert. Den Kommunen bieten sich viele Ansatzpunkte, den Stromverbrauch für elektrisches Licht zu reduzieren. Das größte Einsparpotential dabei bietet die öffentliche Straßenbeleuchtung, die allein 36% des Stromverbrauches auf sich zieht und durch einen Anstieg der Strompreise in den vergangenen Jahren den wirtschaftlichen Druck auf die Kommunen zunehmend verschärft hat.

Die Ansatzpunkte für eine energetische Verbesserung der Straßenbeleuchtung sind bekannt. Stromverbrauch und Kosten der über 9 Millionen Lichtpunkte in den Kommunen werden vorrangig bestimmt durch die Ausstattung mit Leuchten und Lampen sowie die Einschaltdauer. Mehr als 1/3 der Beleuchtungsanlagen sind älter als 20 Jahre, viele stammen noch aus den 60er Jahren und sind mit ihren Quecksilberdampfampfen und fehlenden Lichtsteuerungssystemen nicht mehr zeitgemäß. Modernere Leuchtmittel wie Natriumdampf-Hochdrucklampen, Halogenmetallampfen oder Hochdruckentladungslampen haben zwar im Austausch schon einiges an Energieeinsparung gebracht, sie erreichen aber bei weitem nicht das Einsparpotential von

LEDs, die in Verbindung mit neuester Leuchtentechnik eine Gesamteinsparung von bis zu 80% gegenüber der alten Technologie mit Quecksilberdampfampfen ermöglichen.

Effizientes System

Die Städte Ebersbach und Landsberg am Lech haben sich den zunehmend restriktiven energie- und umweltpolitischen Anforderungen erfolgreich gestellt und alte, unwirtschaftliche Straßenbeleuchtungsanlagen gegen eines der derzeit weltweit effizientesten Straßenbeleuchtungssysteme ausgetauscht – Archilede von iGuzzini. „Die Einsparung ist gewaltig“, so Manfred Pfeiffer, Mitarbeiter im Bau- und Umweltamt im Ebersbacher Rathaus. „Die Stadt geht mit

leuchtendem Beispiel voran.“ Die innovative LED Straßenleuchte ist mit über 15.000 installierten Lichtpunkten bereits europaweit erfolgreich im Einsatz und bietet dank modernster LED-Technologie und innovativer Elektronik ein sehr hohes Einsparpotential bei Energie, Kosten und CO₂.

Fünf Jahre Garantie

Ein hohes Maß an Sicherheit bietet iGuzzini dem Betreiber



Weniger Leuchten, besseres Licht: Hier beleuchten 50 Archilede-Leuchten mit je 39 LEDs (57 W) die Straße. Sie wurden dank des Universalreduzierstücks für Mastaufsatz zur Vermeidung kostspieliger Erdarbeiten direkt auf die bestehenden Peitschenmasten montiert. Einsparung/Jahr: 5.000 kWh Energieverbrauch, 3,06 Tonnen CO₂, 750 Euro Stromkosten. □



Probebeleuchtung der Brücke im Februar. Bild: Carsten Tietze

gedachte Beleuchtungskonzept erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Die Gesamtkosten für die Brückenbeleuchtung betragen 65.000 €.

Die Finanzierung stellt sich wie folgt dar:

- ▶ Autobahndirektion Nordbayern (1/3 der Baukosten): rund 18.000 €.
- ▶ Stiftung der Sparkasse Coburg - Lichtenfels: 10.000 €.
- ▶ Oberfranken Stiftung: 20.000 €
- ▶ Der Landkreis Lichtenfels



Archilede von iGuzzini. □

zudem durch die fünfjährige Garantie, „die wir unseren Kunden einräumen können, nachdem wir bei allen bisher weltweit installierten LED-Strassenleuchten eine Ausfallquote der LED von Null haben“, so Günter Enhuber, Niederlassungsleiter von iGuzzini Deutschland in Planegg bei München. □

Öffentlicher Personennahverkehr:

Über 50 Millionen Euro Förderung

Attraktivität soll weiter gesteigert werden

Der Freistaat Bayern fördert den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Bayern auch im Jahr 2010 wieder mit über 50 Millionen Euro. Dies hat der Ministerrat jüngst beschlossen. Empfänger der Mittel sind die Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern als Aufgabenträger des ÖPNV.

Bayerns Verkehrsstaatssekretärin Katja Hessel: „Sowohl für die Lebens- als auch die Standortqualität in Bayern ist ein attraktiver ÖPNV von grundlegender Bedeutung. Er ist ein wichtiger Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg in den einzelnen Regionen.“

Wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz

Zudem leistet der ÖPNV durch die Verringerung des motorisierten Individualverkehrs einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Mit den heute bewilligten Mitteln wollen wir auch in Zukunft das Engagement der Aufgabenträger vor Ort unterstützen und die Attraktivität

des ÖPNV insgesamt steigern.“

Mit rund 33 Millionen Euro werden zwei Drittel der Mittel für den allgemeinen ÖPNV im ländlichen Raum zur Verfügung gestellt. Hessel: „Damit wollen wir bewusst die Fläche stärken.“ Die bayerischen Ballungsräume München, Regensburg, Augsburg, Würzburg sowie die Städteachse Nürnberg – Fürth – Erlangen erhalten zusammen rund 17 Millionen Euro. Die ÖPNV-Zuweisungen sind eine wichtige Finanzierungsquelle für die Angebote im Nahverkehr des Freistaats. Sie werden in erster Linie für den Linienbetrieb mit Omnibussen eingesetzt. Die Bezirksregierungen übernehmen die Verteilung der Mittel an die regionalen Aufgabenträger. □

Spessarttrampe dringend benötigt

Die jüngsten Informationen aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium, für 2011 gebe es noch keine Finanzierungszusage für den Ausbau der Bayerischen Spessartbahnstrecke, veranlassten den Aschaffener Landrat Dr. Ulrich Reuter, sich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg, Klaus Herzog, und dem Landrat des Kreises Miltenberg, Roland Schwing, an den Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer und den Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer zu wenden.

„Der Ausbau der Spessarttrampe als Ersatz für den maroden Schwarzkopftunnel ist dringend notwendig, um den Anschluss der gesamten Region Bayerischer Untermain mit rund 380.000 Einwohnern an das ICE Netz sicherstellen zu können. Nur durch eine ausreichend schnelle Trasse für den Verkehr vom Rhein Richtung Süden kann der Güterverkehr anstatt auf der bereits hochbelasteten A3, umweltfreundlich über die Schienen laufen,“ fasste Landrat Dr. Reuter die gegenüber dem Bundesverkehrsminister dargestellten Argumente zusammen.

In ihrem Schreiben an Dr. Ramsauer fordern die Landräte und der Oberbürgermeister einen zeitnahen Ausbau der Spessarttrampe. Auch der Bayerische Ministerpräsident wurde gebeten, sich dafür einzusetzen.

Der marode Schwarzkopftunnel müsse seit Jahren durch kostspielige Maßnahmen verkehrssi-

cher gehalten werden, obwohl nach über 150 Jahren Betrieb längst das Ende einer wirtschaftlich sinnvollen Nutzbarkeit erreicht ist. Mit der Spessarttrampe könnte auf weitere Sanierungsmaßnahmen des Tunnels verzichtet werden.

Wichtige Bahnstrecke

Außerdem könne nur eine Spessarttrampe auf der DB-Strecke Aschaffenburg Würzburg die für Nordbayern außerordentlich wichtige Bahnstrecke leistungsfähiger machen.

Der vorgesehene Ausbau entspricht zudem einem Konsens aller beteiligten Kommunen, Wirtschafts- und Umweltverbände mit der Deutschen Bahn AG. Die Deutsche Bahn AG habe ihrerseits wiederholt signalisiert, dass auch sie an einer schnellen Planumsetzung interessiert ist und die notwendigen eigenen Mittel sofort zur Verfügung stellen wird. □

Neubau einer Autobahnbrücke in Lichtenfels:

Einzigartiges Beleuchtungsprojekt

Im Zuge des Neubaus der Bundesautobahn BAB 73 Lichtenfels – Suhl war es notwendig, zur Querung der Kreisstraße LIF 2 bei Kösten, eine Straßenbrücke neu zu bauen. Zur Querung der Autobahn entwarf ein Fachplanungsbüro Deutschlands erste integrale, voll verschweißte Bogenfachwerkbrücke mit großformatigen Rohren. Darüber hinaus wurde ein einzigartiges Beleuchtungsprojekt entworfen.

Mit ihrer innovativen Konstruktion und der eleganten, sich dem Betrachter öffnenden Architektur belegt die Brücke die hervorragenden Gestaltungsmöglichkeiten von Stahlbrücken im oberen Spannweitensegment.

In Szene gesetzt

Unter Vermittlung des Präsidenten der Hochschule Coburg, Herrn Prof. Dr. Pötzl, wurde durch Studenten der Hochschule Coburg unter Federführung von Herrn Prof. Belzner untersucht, wie die Autobahnbrücke bei Kösten „in Szene“ gesetzt werden

kann. Diese in Deutschland einzigartige, beleuchtete Brücke würde neben Kloster Banz und der Basilika Vierzehnheiligen ein weiteres Highlight im Obermain bilden.

Highlight

Die Autobahndirektion Nordbayern, vertreten durch ihren Präsidenten, Herrn Helmut Schütz, unterstützt ebenfalls die Idee der Beleuchtung der Autobahnbrücke und beteiligt sich mit einem Drittel der Baukosten. Im Rahmen einer Beleuchtungsprobe im Februar wurde das an-

Sechs-Punkte-Programm zum Verkehrslärmschutz

Der Ministerrat hat jüngst ein 6-Punkte-Programm zum Verkehrslärmschutz beschlossen. Das gemeinsam von Innenministerium, Verkehrsministerium und Umweltministerium erarbeitete Konzept beinhaltet Maßnahmen zur Verringerung von Lärmbelastung durch Straßen-, Schienen- und Flugverkehr.

Innenminister Joachim Herrmann, Verkehrsminister Martin Zeil und Umweltminister Dr. Markus Söder: „Eines der drängendsten Umweltprobleme ist der vom Verkehr verursachte Lärm. Unsere klare Priorität heißt daher: Aktiver Lärmschutz vor passivem. Dieses Grundprinzip muss stärker als bisher Ansatzpunkt für einen besseren Schutz vor Verkehrslärm in Bayern sein.“

Maßnahmen

Das 6-Punkte-Programm beinhaltet folgende Maßnahmen:

1. Konsequente Verbesserung des Lärmschutzes im bestehenden Verkehrsnetz. Anwohner von be-

reits bestehenden Strecken müssen besser vor Lärm geschützt werden. Auch für die Anwohner von bestehenden Eisenbahnstrecken soll in Sachen Lärmschutz einiges getan werden.

2. Baulastträger müssen für Lärmschutz zahlen. Bei Neubau und Ausbauten gehören Lärmschutzmaßnahmen nach dem jeweils aktuellen Stand zu den Genehmigungsvoraussetzungen und werden im Rahmen des Bauprojektes deshalb mitfinanziert.

3. Lärmsanierung in Kommunen dauerhaft finanziell unterstützen. Die deutschen Kommunen benötigen in den kommenden zehn Jahren für die Lärmsanierung an kommunalen Straßen

nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebundes rund zwei Milliarden Euro.

4. Lärm mindernde Fahrbahnbeläge verstärkt einsetzen. Durch den Einsatz von Lärm mindernden Belägen im Straßenverkehr wird Lärm schon an der Quelle bekämpft.

5. Effizienten Lärmschutz an der Quelle vortreiben, vor allem durch strengere Richtwerte.

6. Mit nachhaltigen Verkehrskonzepten die Lärmbelastung verringern. Durch den Einsatz innovativer Verkehrssteuerung mit Streckenbeeinflussungsanlagen sollen in besonders ungünstigen Bereichen Beschränkungen für den Verkehr so geregelt werden, dass vorgegebene oder festzulegende Lärmrichtwerte nicht überschritten werden. Zusätzlich muss der öffentliche Personennahverkehr weiter gestärkt werden. □

Archilede LED
eine der effizientesten
Straßenleuchten
der Welt.

**Schlaue Kommunen sparen nicht am Licht,
sondern an den Kosten.**

www.iguzzini.de

**Bis zu 60 % weniger Energieverbrauch
und CO₂ Ausstoß.**

iGuzzini

Förderinitiative für Kommunen

Die BayernLabo, Förderbank des Freistaats Bayern, unterstützt Kommunen bei der Finanzierung ihrer Investitionsvorhaben. Und dies zu günstigen Konditionen. Die Bayerische Gemeindezeitung sprach darüber mit dem Sprecher der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt (BayernLabo), Gerhard Flaig.

GZ: Herr Flaig, die BayernLabo ist im Freistaat Bayern vor allem als Förderinstitut im Bereich der Wohnraumfinanzierung bekannt. Inwiefern können auch Kommunen in den Genuss der Leistungen Ihres Hauses kommen?

Flaig: Zum einen natürlich über die klassische Mietwohnraumförderung. Wir stehen traditionell mit vielen Wohnungsbaunehmern mit kommunaler Beteiligung in reger Geschäftsbeziehung. Hier unterscheiden wir uns von der anderen bayerischen Förderbank, der LfA, die gewerbliche Projekte und mittelständische Unternehmen fördert.

Darüber hinaus ist unsere satzungsgemäße Aufgabe aber auch ganz allgemein die Finanzierung von bayerischen Gebietskörperschaften und öffentlich-rechtlichen Zweckverbänden sowie deren Eigenbetrieben und bayerischen Schulverbänden nach dem BaySchFG.

Seit 2006 betreiben wir im Rahmen dieser Aufgabe als Kommunalbank auch das Kommunalkreditgeschäft.

GZ: Welche Finanzierungsformen bietet die BayernLabo denn in diesem Zusammenhang an?

Flaig: Insbesondere sind dies Kommunalkredite und kommu-

nale Förderkredite zu attraktiven Konditionen.

Die Finanzierungen können wir individuell auf die jeweiligen Projekte zuschneiden durch

► Festkredite mit Laufzeiten bis zu 30 Jahren (im Einzelfall auch darüber hinaus),

► variable Kredite auf Euribor-Basis,

► Forward-Konditionen

► Förderkredite mit Laufzeiten von 20 oder 30 Jahren.

GZ: Worum handelt es sich bei den von Ihnen zuletzt genannten Förderkrediten konkret?

Flaig: Die Möglichkeit der Förderung besteht seit April 2009. Damit möglichst viele kommunale Infrastrukturprojekte realisiert werden können, gerade auch diejenigen, die nicht im Konjunkturpaket II untergebracht werden konnten, haben wir mit dem „Investkredit Kommunal Bayern“ in Zusammenarbeit mit der KfW Förderbank eine Förderinitiative für unsere kommunale Klientel im Freistaat Bayern gestartet.

Dabei wird der bereits zinsgünstige „KfW-Investitionskredit Kommunen“ (Programm 208 der KfW-Förderbank) von der BayernLabo nochmals um 10 Basispunkte vergünstigt.

Bei den Kreditlaufzeiten kann die Kommune zwischen

zwei Kreditlaufzeiten wählen, ► 20 Jahre Kreditlaufzeit mit ein bis drei Tilgungsfreijahren oder ► 30 Jahre Kreditlaufzeit mit ein bis fünf Tilgungsfreijahren.

Die Zinsbindungsfrist beträgt unabhängig von der Laufzeit immer 10 Jahre.

Bis zu einem Kreditbetrag von zwei Millionen Euro werden bis zu 100 Prozent der Darlehenssumme zinsverbilligt, bei einem größeren Kreditvolumen 50 Prozent der Investitionssumme des Vorhabens.

Eine Kombination mit anderen Förderprogrammen ist grundsätzlich möglich. Projekte die mit Mittel aus dem Konjunkturpaket II des Bundes gefördert werden, können leider nicht einbezogen werden.

GZ: Für welche Art von Investitionen kann dieses Programm der BayernLabo in Anspruch genommen werden?

Flaig: Der Schwerpunkt der Mittelvergabe lag bislang im Bereich der kommunalen und sozialen Infrastruktur, wie z.B. Neubau bzw. Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten, gefolgt von den Bereichen Stadt- und Dorfentwicklung, sowie allgemeine Verwaltung.

Der für die BayernLabo typische Bereich der Förderung von wohnwirtschaftlichen Investitionen wurde bisher nur gering nachgefragt. Dabei könnten Zweckverbände, die eigene Wohnungsbestände unterhalten, anstehende Maßnahmen mit dem „Investkredit Kommunal Bayern“ ebenfalls zu günstigen

Konditionen in Angriff nehmen.

Daneben werden Infrastrukturvorhaben aus den Bereichen, öffentliche Sicherheit und Ordnung (z.B. Maßnahmen des Katastrophenschutzes, Feuerwehr) aber auch der Informationstechnologie (z.B. Versorgung mit Breitband-Netzen) gefördert. Investitionen wie z.B. Maßnahmen aus dem Bereich der Verkehrsinfrastruktur, incl. ÖPNV werden durch die LfA abgedeckt.

Es lohnt sich immer bei unseren Spezialisten nachzufragen, ob ein Projekt in die Förderung passt.

Insgesamt konnte die BayernLabo über den „Investkredit Kommunal Bayern“ bisher Kredite in Höhe von rund 90 Mio. Euro an die bayerischen Kommunen vergeben.

GZ: Und wie steht es mit dem Antragsverfahren? Oft sind Förderanträge ja mit einem nicht unerheblichen Aufwand verbunden.

Bayerischer Bauindustrieverband zur Städtebauförderung:

Investitionen kürzen ist kein Sparen!

Die ab 2011 geplante Halbierung der Städtebauförderung des Bundes sieht Gerhard Hess, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Bauindustrieverbandes, als verfehlt an. Hess: „Das ist kein „Sparen“ – sondern letztlich das Gegenteil davon: Es werden Chancen nicht genutzt, es drohen Folgeschäden und vor allem leidet darunter der Ländliche Raum“.

Als Teil ihres Sparpakets plant die Bundesregierung, die Mittel für Städtebauförderung von derzeit 605 Mio. Euro ab 2011 auf 305 Mio. Euro zu kürzen.

Verkehrsinfrastruktur

„Besonders schlecht ist das für den Ländlichen Raum“, so Gerhard Hess. „Denn neben einer hochleistungsfähigen Verkehrsinfrastruktur braucht gerade der Ländliche Raum attraktive Innenstädte“. Dazu gehören für Hess



GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel im Gespräch mit Gerhard Flaig, dem Sprecher der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt.

Flaig: Das Förderverfahren ist einfach und schnell. Der Antrag wird direkt bei der BayernLabo gestellt. Innerhalb von zwei Bankarbeitstagen kann die Kreditzusage in der Kommune

vorliegen. Die Konditionen finden Sie täglich aktuell auf unserer Internetseite www.bayernlabo.de.

GZ: Vielen Dank für das Gespräch!

neben dem Erhalt und der Sanierung attraktiver Altbauten auch innovative Baumethoden wie sie die bayerische Bauindustrie anbieten kann. „Wenn wir den fließenden und den fahrenden Verkehr vermehrt in den Untergrund bringen durch den Bau von Tiefgaragen und Tunnels, können wir oben - in bester Innenstadtlage - attraktive urbane Räume schaffen“ so Hess. „Die Bundesregierung muss Investitionen Vorrang geben. Richtig sparen soll sie dagegen beim Konsum.“

Dass jetzt bayerische Oppositionspolitiker sich ebenfalls über die drohende Absenkung der Städtebaumittel beklagen, versteht Hess überhaupt nicht: „Wer zuvor für mehr Konsumausgaben gestimmt hat, ist für mich nicht glaubwürdig, wenn er jetzt sinkende Investitionsausgaben beklagt.“

Hightech-Lösungen

Hess abschließend: „Die bayerische Bauindustrie kann mit Hightech-Lösungen mit dazu beitragen, unsere Innenstädte und die ländlichen Räume Bayerns attraktiver zu machen. Dieses Potential darf nicht ungenutzt bleiben.“

CO2-Gebäudesanierung:

CSU gegen Zwangssanierung

Die CSU erteilt Plänen des Bundesumweltministeriums zur CO2-Gebäudesanierung, nach denen Hausbesitzer zur Sanierung ihres Eigentums gezwungen sein könnten, eine klare Absage. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt: „Mit der CSU ist eine Zwangssanierung nicht zu machen. Energetische Sanierung von Privateigentum geht nur mit den Menschen durch Förderung und nicht gegen die Menschen mit Zwang. Freiheitliche Politik muss mit Anreizen arbeiten.“

Die Pläne zur Gebäudesanierung lauten wie folgt:

► Null-Emissions-Standard: Die Pläne des Bundesumweltministeriums zur Gebäudesanierung sehen vor, bis 2050 alle Häuser in Deutschland so weit zu sanieren, dass sie nahezu keine Energie mehr verbrauchen. In einem ersten Schritt wird bis 2020 eine Reduzierung des Wärmebedarfs um 20 Prozent und bis 2050 in der Größenordnung von 80 Prozent angestrebt.

► Modernisierungskosten: Bei der Umsetzung des Null-Emissions-Standards kämen auf die Hausbesitzer enorme Kosten zu. Der Verband Haus & Grund rechnet mit Kosten für Eigentümer von durchschnittlich 1000 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche für die Modernisierung. Mieter müssten pro Monat mindestens 5 Euro pro Quadratmeter mehr zahlen.

Kalte Enteignung durch Umweltministerium

Dazu Generalsekretär Dobrindt: „Die Pläne des Bundesumweltministeriums wären eine kalte Enteignung von Millionen Hausbesitzern, denen nur die Wahl bliebe zwischen Abriss oder Kosten von mehreren zehntausend Euro. Es kann nicht sein, dass ein Häuslebauer jahrzehntelang sein Haus abbezahlt und dann die Kosten für eine Zwangssanierung oben drauf bekommt.“

Forderungen der CSU

Maßnahmen zur CO2-Gebäudesanierung müssen sich an realistischen Zielen ausrichten. Was nicht erreicht werden kann, wird auch nicht durch Zwang erreicht.

Genossenschaftsverband:

Bayern investieren in eigene Immobilie

Die Bayern investieren offenkundig verstärkt in die eigene Immobilie. Darauf deutet die Entwicklung bei den Immobilienkrediten sowie im Bauspargeschäft der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken hin.

Die für den Wohnungsbau vergebenen Kredite sind bei den bayerischen Genossenschaftsbanken im ersten Halbjahr 2010 um 1,1 Milliarden Euro höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Das entspricht einem Anstieg von 3,6 Prozent. Ebenfalls stark zugenommen hat das Volumen neu abgeschlossener Bausparverträge. Zum Halbjahr 2010 war die neu abgeschlossene Bausparsumme mit 2,9 Milliarden Euro um 16,9 Prozent höher als zur Jahresmitte 2009. Das entspricht einer Zunahme um 412 Millionen Euro.

Anlageobjekt

Für Stephan Götzl, Präsident

des Genossenschaftsverbands Bayern, wird damit deutlich, „dass die Bayern zunehmend die eigene Wohnimmobilie als Anlageobjekt sowie für die Altersvorsorge wiederentdecken und dabei das aktuell günstige Zinsniveau nutzen.“

Baugenehmigungen zeigen: Trend zum Eigenheim hält weiterhin an

Zudem ist sich Götzl sicher: „Der Trend zum Eigenheim wird anhalten, darauf weisen auch die Baugenehmigungen hin. Nachdem sie jahrelang rückläufig waren, haben sie im Juni den höchsten Stand seit fast vier Jahren erreicht.“

Wer viel stemmen möchte, braucht gute Konditionen.

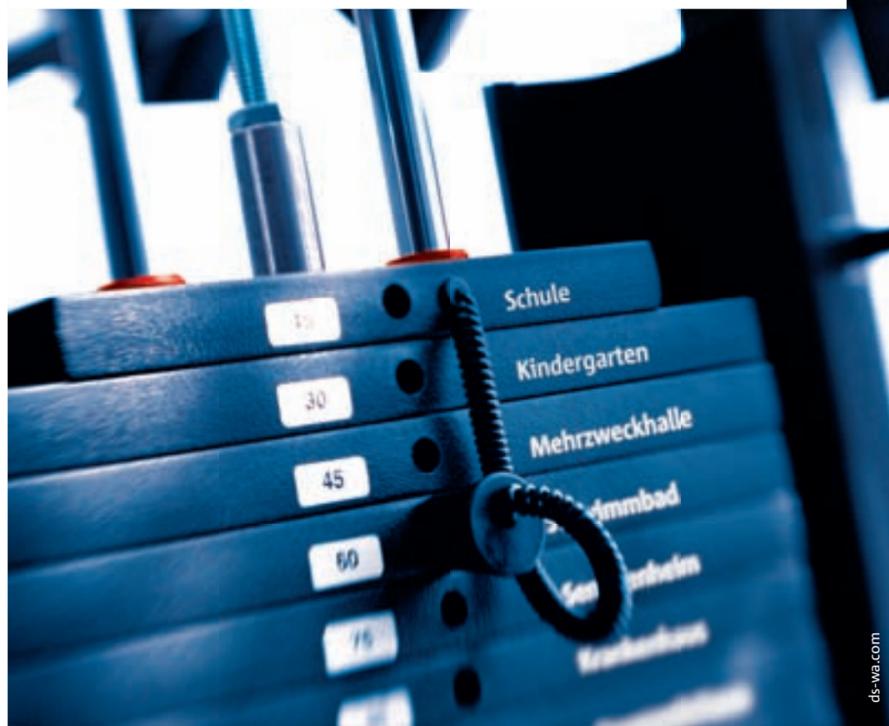
Attraktive Kredite für Gebietskörperschaften und Zweckverbände

Wir machen Sie stark für Investitionen im kommunalen Bereich. Wir beraten Sie hinsichtlich möglicher Optimierungen Ihres Kreditportfolios. Und wir helfen Ihnen, die passende Kombination aus Kommunalkredit und kommunalem Förderkredit zu finden. Was auch immer Sie vorhaben: Gemeinsam werden wir es stemmen.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

BayernLabo





Am höchsten Punkt der Klinik: Zentrale Lüftungsanlage mit hocheffizienter Wärmerückgewinnung für Heiz- und Kühlfunktionen über den Dächern der Stadt.

Aktuelles Projektbeispiel:

Mehr Lebensqualität für Schwerstkranke

Energierückgewinnungsanlage und neue Palliativstation in der Kreisklinik Bad Neustadt

Die neu errichtete Palliativstation der Kreisklinik Bad Neustadt konnte Ende August ihrer Bestimmung übergeben und eingeweiht werden. Die Station mit sechs Einzelzimmern nimmt Patienten mit unheilbaren Erkrankungen und begrenzter Lebenserwartung auf, lindert ihre Beschwerden und betreut sie ganzheitlich.

Geschwungene Gänge, warme Farben, bodentiefe Fenster und ein schöner Ausblick auf die Dächer von Bad Neustadt und das Saaletal: So präsentiert sich die neue Station auf dem Dach der Kreisklinik Bad Neustadt.

Gas in besonders unauffälligen Medienversorgungseinheiten untergebracht. Statt „Nasszellen“ normaler Krankenhauszimmer wurden schicke, behindertengerechte Bäder mit Du-

Geplante Behaglichkeit

Behagliches Raumklima und wohnliches Ambiente soll Patienten und Angehörigen das Leben dort so angenehm wie möglich machen. Die verantwortlichen Planer von Helfrich Ingenieure Main-Rhön - HMR - planten deswegen im exponierten Dachgeschoss eine Kühllage sowie eine Lüftungsanlage mit Teilklimatisierung.

In den wohnlichen Einzelzimmern sind Schwesternruf und Anschlüsse für medizinische

sche, Waschtisch und WC eingerichtet. Außerdem gibt es ein entsprechendes Wohlfühl-Pflegebad sowie einen großzügigen, freundlichen Aufenthaltsraum mit Balkon. Ein weiteres Herzstück der Station ist der Besinnungsraum, der Patienten und Angehörigen aller Religionen Rückzugsmöglichkeiten bietet.

Riester-Sparen:

Verschenkte Zulagen

Riester-Sparen wird, auch dank der Eigenheimrente, immer attraktiver. Bereits 13,85 Millionen Deutsche besitzen einen Riester-Vertrag. Allerdings versäumt rund ein Drittel von ihnen, rechtzeitig ihre Zulagen zu beantragen, wie die Zentrale Zulagenstelle für Altersvermögen (ZfA) ermittelt hat.

Seit Einführung der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge im Jahr 2002 haben Riester-Sparer Zulagen in Höhe von mehr als 500 Millionen Euro nicht beantragt und damit verschenkt. Das gilt allein für die Grundzulage – die höheren Kinderzulagen sind dabei nicht einkalkuliert.

jahres Zeit. Wer es sich leichter machen möchte, kann den Anbieter des Riester-Vertrags be-

Buch zur Bayerischen Bauordnung im Beck-Verlag:

100. Ergänzungslieferung

Bauvorhaben bedeutet viel Verantwortung. Was bei den Bauaufsichtsbehörden eingereicht wird, muss in jedem Detail sauber durchgearbeitet sein, sonst drohen Verzögerungen, Umplanungen, Zusatzkosten etc. Deshalb ist es wichtig sich auf ein Werk zu verlassen, das auch auf Seiten der Bauämter höchstes Renommée genießt. Architekten und Bauingenieure sind maßgeblich als Autoren für dieses Werk tätig.

Die Autoren haben zahlreiche Änderungen vorgenommen, wie z. B. im Bereich „Brandschutz“ etwa (Art. 24 bis 36 BayBO) steht jetzt vor jedem Artikel eine tabellarische Zusammenfassung, die die Anforderungen für alle in der Praxis vorkommenden Fälle sowie Einstufungen nach Gebäudeklassen und Anzahl von Dachgeschossen sauber auflistet.

Überarbeitung

Die 100. Ergänzungslieferung mit Stand Mai 2010 enthält aus Anlass des Änderungsgesetzes von 2009 im Band I (Kommentar) die Überarbeitungen folgender Artikel der Bayerischen Bauordnung:

► Art. 6 (Abstandsflächen, Abstände), ► Art. 51 (Entwurfsvorfasser), ► Art. 56 (Vorrang an-

Farben und Licht

Farben und Licht spielen eine zentrale Rolle bei der Gestaltung und Einrichtung der gesamten Station. Thomas Gunkel von HMR legte besonderen Wert darauf, zwischen funktioneller Krankenhausbeleuchtung und angenehmer Akzentbeleuchtung optimale Lösungen zu finden. Zusammen mit dem technischen Leiter der Klinik, Albrecht Walther, und dem Architekt Michael Hörteiter setzten die Planer für Technische Gebäudeausrüstung wohnliche Lösungen um.

Energetische Optimierung

Die Energierückgewinnungsanlage ist bereits seit Dezember 2009 in Betrieb. Das besondere an dieser Anlage: Im Winter wird kalte Frischluft erwärmt und im Sommer warme Luft gekühlt. Der Energiebedarf für die Luftwärmung wird reduziert und ein Rückgewinnungsgrad von bis zu 50 % erreicht. Wärmetauscher sorgen dafür, dass die Hygiene in der Zuluft gewahrt wird.

Seit der Inbetriebnahme im Dezember 2009 konnten durch die Anlage in einem Zeitraum von 9 Monaten über 60.000 € eingespart werden. Aber nicht nur in puncto Kosteneinsparungen, sondern auch beim Umweltschutz setzt die Anlage neue Maßstäbe. Mehr als 1.000 MWh können innerhalb eines Jahres zurückgewonnen werden. Das

www.der-flexible-Raum.de
Container · Raummodule · Hallensysteme

entspricht einer CO₂-Einsparung von über 300 t.

„Auch wenn die Ergebnisse der Weltklimagipfel eher bescheiden ausfallen: Energiesparen steht für HMR nicht nur im Krankenhaus ganz vorn auf der Agenda 2010“, erklärte Christian Gareis aus dem Ingenieurbüro Helfrich.

vollmächtigen, die Zulagen für ihn zu beantragen. Dafür füllt der Kunde einmal einen Dauerzulagenantrag aus.

„Die LBS stellt dann Jahr für Jahr den Zulagenantrag für den Bausparer. Der Kunde muss seinen Berater lediglich bei vertragsrelevanten Änderungen informieren, beispielsweise bei einer Gehaltserhöhung oder der Geburt eines Kindes“, erklärte Klein.

Helfrich Ingenieure Main-Rhön:

Mit Fachleuten zur Energiespar-Klinik

Ein rasantes Wachstum haben ‚Helfrich Ingenieure Main-Rhön‘ (HMR) hingelegt, seit Wilfried Helfrich, Diplom-Ingenieur (FH) der Fachrichtung Energietechnik, im Jahr 1996 sein Ingenieurbüro für Technische Gebäudeausrüstung der Sparte HLS im unterfränkischen Riedenberg gründete. 2000 stand am zwischenzeitlichen Standort Bad Kissingen die erste Erweiterung an.

„Wir haben damals unser gebäudetechnisches Projektierungsangebot durch ein zusätzliches Büro für Elektro-, EDV- und Kommunikationstechnik komplettiert“, erzählt Wilfried Helfrich. „Seit 2001 bieten wir auch die Fachplanung für Technische Brandschutzanlagen an.“

Breite Palette und Spezialitäten

44 Mitarbeiter beschäftigt das Büro heute an den drei Standorten Bad Kissingen, Schweinfurt und Bad Neustadt. Sie bearbeiten den gesamten Bereich der Technischen Gebäudeausrüstung und liefern Leistungen von der Heizungs-, Lüftungs-, Klima- und Sanitärtechnik über die Antriebs- und Fördertechnik bis hin zur EDV- und Elektrotechnik sowie im Technischen Brandschutz.

Regenerative Energieversorgung

„Neben der konventionellen Gebäudetechnik“, erklärt Helfrich, „bearbeiten wir zwei Spezialgebiete. Wir beschäftigen uns intensiv mit der Nutzung von regenerativen Energien.“ Das Büro plant Solar-, Photovoltaik- und Biomasseverbrennungsanlagen wie z. B. Hackschnitzel-Heizkraftwerke, Blockheizkraftwerke (BHKWs), Wärmepumpen und Anlagen zur Wärmerückge-

winnung aus der Heizungs- Kälte- und Lüftungstechnik.

„Schon im Studium hat mich das Thema „Alternative Energiesysteme“ beschäftigt – und so sind wir auf diesem Gebiet durchaus Vorreiter in der Region. Meine persönliche Devise lautet: Fossile Energieträger wie Gas und Öl sind für die Beheizung von Immobilien und in großen Teilen auch für die Wärmeversorgung von Produktionsprozessen zu wertvoll. Der ordinäre Einsatz dieser endlichen Energieträger in stationären Heizungsanlagen ist ein Vergehen gegenüber nachfolgenden Generationen. Hier muss der Menschheit der Umstieg auf die erneuerbaren Energieformen konsequent und weltweit gelingen. Dafür setze ich mich persönlich ein.“

Niederspannungshauptverteilungen und Netzersatzanlagen

Das zweite Spezialgebiet sind knifflige Aufgaben im Stromversorgungsbereich. Hier koordiniert HMR den Austausch von Niederspannungshauptverteilungen und Netzersatzanlagen im laufenden Betrieb. Absolute Priorität hat, die Betriebsstörungen auf ein Minimum zu reduzieren. Insbesondere im Bereich von Krankenhäusern bedarf dies einer engen Abstimmung, da hier die Strom- und Notstromversorgung jederzeit gewährleistet sein muss. „Es ist für uns selbstverständlich, ein individuell auf das jeweilige Bauvorhaben abgestimmtes Konzept zu erarbeiten und dies in enger Abstimmung mit dem Bauherrn umzusetzen. Eine heikle Angelegenheit und ein sehr anspruchsvolles Aufgabenfeld, in dem Erfahrung eine große Rolle spielt,“ erläuterte Helfrich.

Arbeitskreis Immobilienwirtschaft:

Gerechtere Kostenverteilung

Wirtschaftsbeirat Bayern begrüßt Vorstoß Merkels, das Mietrecht zugunsten energetischer Sanierungsmaßnahmen attraktiver zu gestalten

Der Arbeitskreis Immobilienwirtschaft des Wirtschaftsbeirates Bayern begrüßt den Vorstoß von Bundeskanzlerin Merkel, die bestehenden Regelungen des Mietrechts zugunsten energetischer Sanierungsmaßnahmen attraktiver zu gestalten. In diesem Rahmen sollten insbesondere bessere Regelungen für die Kostenverteilung von Maßnahmen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien geschaffen werden. Eine gerechtere Kostenverteilung hierbei sei notwendig und möglich: Unter Berücksichtigung der reduzierten Bewirtschaftungskosten würden die Mieter im Ergebnis nicht zusätzlich belastet. Gleichzeitig liege hierin das größte Potential, die Umwelt schnell und nachhaltig zu entlasten und nebenbei noch Arbeitsplätze zu schaffen.

„Nach der bisherigen Regelung kann der Vermieter die Kosten von Sanierungsmaßnahmen, die im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien stehen (Sonnenkollektoren, Wärmepumpen, etc.), in der Regel nicht anteilig auf den Mieter (z.B. durch Mieterhöhungen) umlegen. Kosteneinsparungen, die sich daraus ergeben, genießt ausschließlich der Mieter. Dies ist nicht nur ungerecht.

Kein Anreiz

Unter diesen Bedingungen besteht trotz Fördermitteln vor allem auch kein Anreiz, Geld für

solche Sanierungen auszugeben“, so Dr. Dirk Brückner, Vorsitzender des Arbeitskreises.

Transparente Abrechnung

„Da die reduzierten Betriebskosten Wohnungsmietern zu 100% transparent berechnet werden, profitieren nur diese von Einsparungen durch den Einsatz von erneuerbaren Energien. Die Investitionskosten trägt alleine der Vermieter, der darüber hinaus während der Bauarbeiten auch noch mit Mietminderungen und ähnlichem Ärger rechnen muss – das kann nicht funktionieren“, ergänzte Hans Hammer,

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises.

Um die Mieter nicht höher zu belasten als bisher, schlägt der Arbeitskreis des Wirtschaftsbeirates vor, die durch die Sanierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien (Sonnenkollektoren, Wärmepumpen, etc.) entstehenden Kosten entsprechend den Regelungen für sonstige Modernisierungsmaßnahmen auf die Mieter aufzuschlagen. Die Mieterhöhung könne auf die zu erwartenden Einsparungen begrenzt werden. „So entstehen für den Mieter insgesamt keine höheren Wohnkosten. Dieser Spielraum kann und muss genutzt werden“ erklärte Dr. Brückner.

Fördermittel

Durch die Mischung aus Fördermitteln und höheren Einnahmen entsteht für den Vermieter und Eigentümer einer Immobilie ein echter Anreiz schnell Sanierungsmaßnahmen zur Energieeinsparung vorzunehmen. □



Bayerische Landessiedlung®

Alles aus einer Hand

Kompetenz für Städte, Kommunen und Bauherren



Standortentwicklung und Städtebau



Energie und Kommunale Entwicklung



Wohnungs- und Eigenheimbau

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bbs-bayern.de
www.bbs-bayern.de

Informationen:
www.bbs-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Holder auf der GaLaBau:

Die neue Generation von Geräteträgern

Auf der GaLaBau 2010 in Nürnberg hat die Max Holder GmbH eine neue Generation von Multifunktions-Geräteträgern präsentiert, die die Nachfolge der erfolgreichen Multipark-Reihe antreten. Gezeigt wurden die Typen C 250 und C 270 – zwei einseitige, multifunktionale Arbeitsmaschinen, die über das bewährte System Holder hinaus mit zahlreichen Weiterentwicklungen und Neuheiten ausgestattet sind. Mitte 2011 wird Holder mit den Typen C 350 und C 370 auch eine zweiseitige Variante dieses Typs vorstellen. „Mit diesen Maschinen im Leistungsbereich von 50 - 70 PS hat Holder den modernsten und effektivsten Fahrzeugtyp seiner Klasse geschaffen“, erklärte Andreas Vorig, Geschäftsführer der Max Holder GmbH in Metzingen.

Die neue Maschine hat eine in der gehwegtauglichen Fahrzeugklasse einzigartige Gesamtaußenbreite von lediglich 110 cm. Mit den gefederten Achsen bietet diese Geräteträger-Generation einen völlig neuen Fahrkomfort bis zur Höchstgeschwindigkeit von 40 km/h, wie er bisher nur von größeren Fahrzeugen bekannt war. Durch die Absorption von Schwingungen und Stößen wird das Fahrzeug geschont. Darüber hinaus profitiert der Fahrer von der komfortablen, auf Silent-Blöcken gelagerten Kabine.

Flexibles Montagesystem von Holder

Die Gesamthöhe des Multifunktions-Geräteträgers kann auf Kundenwunsch dank des flexiblen Holder-Montagesystems variiert werden. Mit kleinen Rädern und Flachdach wird die Fahrzeughöhe von zwei Metern nicht überschritten, so dass das Fahrzeug auch durch Unterführungen fahren und in Tiefgaragen für Reinigungs-Aufgaben eingesetzt werden kann. Bei einer höheren Positionierung des Kabinenaufbaus ist auch die Montage von Rädern mit größerem Durchmesser möglich, was sich positiv auf Traktion, Bodenfreiheit und Steigfähigkeit auswirkt.

Zusätzlich zum Heckkraftheber bietet das Fahrzeug einen dreidimensional beweglichen Frontkraftheber. Dieser kann Anbaugeräte nicht nur heben und senken, sondern durch die Querneigung auch ausgezeichnet an die jeweiligen topografischen Gegebenheiten anpassen. Sogar ein seitliches Verschieben der Anbaugeräte ist möglich. Beide Heber haben eine Hubkraft von 1.100 kg.

Der für diese Klasse außeror-

dentlich große Kraftstofftank mit seinem Fassungsvermögen von 65 Litern gewährt den neuen Holder-Geräteträgern ungewöhnlich lange und damit wirtschaftlichere Einsatzzeiten.

Servicefreundlich und praktisch

Der Gerätewechsel kann an allen Anbauräumen ohne Werkzeug von nur einer Person vorgenommen werden. Die Kabine des neuen Kommunalfahrzeugs ist hydraulisch kippbar, die Hydraulik- und Kraftstofftanks sind werkzeuglos schwenkbar. Außerdem ist die rechte Kabinentür als Serviceöffnung und Notausstieg konstruiert. Das ermöglicht einen direkten Zugriff auf Wischwasserbehälter, Filter und elektrische Anlagen. Alle täglichen Servicearbeiten sind sogar mit aufgebau-

tem Zubehör möglich.

Die mechanische Frontzapfwelle ist kombiniert mit einer 80 Liter-Leistungshydraulik bei 260 bar (unabhängig von der Motordrehzahl). Somit sind unterschiedlichste Geräteantriebe und Kombinationen jederzeit möglich. Der Motor ist für die Abgasstufen III b bzw. Tier 4 gerüstet.

Auch die neuen Maschinen verfügen über die Vorzüge des bewährten System Holder, welches den Produkten aus Metzingen bereits eine technologische Spitzenposition gesichert hat. Da-



Der Holder C270 im Einsatz.

Fliegl Abschiebewagen ASW und ASS:

Hohe Einsparungen durch Ladungsverdichtung

Professionelle GaLaBau-Unternehmen als auch Kommunen setzen die robusten Abschiebewagen „ASW Tandem und Tridem“ sowie die Abschiebe-Sattelaufleger „ASS Zweiachs und Dreiachs“ der Fliegl Bau- und Kommunaltechnik GmbH, Töging, vielseitig das ganze Jahr über ein. Die Anhänger und Sattelaufleger sammeln und transportieren die unterschiedlichsten Güter wie Mähgut, Schnee, Hackschnitzel, Biogas-Substrat, Müll, Unrat oder ähnliches und laden es problemlos an gewünschter Ort und Stelle ab.

Vorteilhaft ist dabei die originale, verschleißarme, rasch arbeitende Fliegl Abschiebetechnik: Sie sorgt für eine bis zu 80 Prozent höhere Zuladung durch Pressung des Ladeguts. Gegenüber anderen Abladesystemen bedeutet dies beim Transport und Entladen hohe Einspareffekte.

Hinzu kommen das geringere Eigengewicht durch selbsttragenden Aufbau und der geringere Öl- und Kraftbedarf durch Verzicht auf Öl- und kraftzehrende Teleskopzylinder. Nach Praxisberechnungen sind daher Abschiebewagen im Vergleich zu anderen Abladesystemen wesentlich wirtschaftlicher.

Besondere Eigenschaften

Oft müssen auf hängigem Gelände Güter geladen, transportiert und abgeladen werden. Der ASW und ASS glänzen hierbei durch Kippsicherheit. Der niedrige Schwerpunkt macht's. Wo Kipper beim Entladen kippen, steht der ASW noch sicher auf den Reifen. Während Kipper beim Abladen in niedrigen Gebäuden ein Problem haben, hat der ASW keines. Im Gegenteil: Er schiebt das Ladegut einfach auf Ladehöhe ab. Außerdem zeichnen den ASW und ASS gegenüber Anhängern mit Schubboden (System Walking-Floor) sowie Kratz- und Kettenboden aus: Die Robustheit des Abschiebesystems, es eignet sich auch für Schwergüter; die höhere Abladegeschwindigkeit; die höhere Ladekapazität bei optimaler Verdichtung und geringerem Kraftbedarf; zusätzliche Ladekapazität durch niedrigere Plattform; Zuverlässigkeit durch weniger Verschleißteile; sicherer Transport von Paletten; die kürzere Rüstzeiten für Streu-, Verteil- und Abladeaggregate; Umrüstmöglichkeit mittels Anbau-Überladeschnecke zu einem leistungsfähigen Überladesystem

zu zählen die Knicklenkung, hydrostatische Antriebe, permanenter Allradantrieb auf vier gleich großen Rädern, Differentialsperre auf beiden Achsen, ausgewogene Gewichtsverteilung, Radlastausgleich, Zuverlässigkeit und lange Lebensdauer.

Vielseitigkeit

Die Vielseitigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geräteträger aus Metzingen macht sich ganzjährig bezahlt: beim Kehren und Reinigen ebenso wie beim Mähen und Pflegen sowie im Winterdienst. Darüber hinaus eignen sich die Maschinen noch für verschiedenste Spezialanwendungen, wie z.B. auf Flughäfen, in der 2-Wegetechnik auf Schienen und Straßen sowie auf Ski-Loipen in den Bergen.

Weitere Informationen unter: www.max-holder.com

Mercedes-Benz Servicevertrag:

400. Fahrzeug von SITA

SITA, einer der größten Entsorger in Deutschland mit über 100 Standorten im gesamten Bundesgebiet, vertraut bei der Zusammensetzung des Fuhrparks und beim Service auf Kompetenz von Mercedes-Benz. Nahezu 70 Prozent der mehr als 1.300 im Einsatz befindlichen Lkws basiert auf einem Fahrgestell von Mercedes-Benz.

Das Unternehmen SITA setzt auf Serviceverträge von Mercedes-Benz. Auf der IAA in Hannover konnten Claus Bender, Geschäftsführer der SITA Fleet Management GmbH, und Hans-Bahne Hansen, Mitglied der Geschäftsführung des Mercedes-Benz Vertrieb Deutschland und verantwortlich für Service, den Abschluss des 400. Servicevertrags feiern.

Wartung über den ganzen Lebenszyklus

„Mit den Serviceverträgen von Mercedes-Benz können wir die Wartung unserer Fahrzeuge über den gesamten Lebenszyklus planen. Die Kontinuität mit der die Lkws gewartet werden, senkt zudem die Reparaturanfälligkeit und kann den Lebenszyklus der bei uns eingesetzten Fahrzeuge verlängern“, so Claus Bender.

Maßgeschneidertes Konzept

Mercedes-Benz hat für SITA ein maßgeschneidertes Servicekonzept entwickelt, das auf die spezifischen Anforderungen an Entsorgungsfahrzeuge zugeschnitten ist. Seit Juli letzten Jah-

res wird das Servicekonzept, das eine Betreuung der Fahrzeuge vom ersten Tag der Inbetriebnahme über den gesamten Lebenszyklus sicherstellt, bei SITA umgesetzt. Mercedes-Benz kümmert sich um die Fahrzeuge, so dass sich SITA während der gesamten Laufzeit der Lkws voll auf das Kerngeschäft der Abfallentsorgung konzentrieren kann.

Bedarfsgerechte Kostenfälligkeit

Da erfahrungsgemäß die Reparaturanfälligkeit mit den Jahren steigt, zahlt SITA bei dem individuell zugeschnittenen Servicekonzept keinen Pauschalbetrag mehr sondern bedarfsgerecht die tatsächlich anfallenden Kosten. Das Servicekonzept umfasst ebenfalls, dass die regelmäßige Einhaltung der Wartungsintervalle von Mercedes-Benz übernommen wird und dass die Entsorgungsfahrzeuge direkt vor Ort in den Standorten von SITA durch einen Servicewagen von Mercedes-Benz gewartet werden bzw. dass ein Mitarbeiter von Mercedes-Benz die Fahrzeuge abholt und nach der Wartung und Reparatur zurückbringt.

auf schmierigen seitlich hängigen nicht befestigten Wegen;

- ▶ Lenkstabilität und stabiler Geradeausfahr auf der Straße ohne Aufschaukeln;
- ▶ ruhigem Nachlauf auch bei hoher Fahrgeschwindigkeit, dadurch geringere Achsenbelastungen;
- ▶ geringerem Reifenverschleiß auch bei engsten Kurvenfahrten;
- ▶ Sicherheit bei Fahrten am Hang;
- ▶ besserer Verteilung des Reifendrucks auf der Bodenoberfläche;
- ▶ reibungsloser Vor- und Rückwärtsfahrt in jedem Gelände auch bei Fahrten über Kuppen oder Rinnen.

Für Sicherheit sorgt eine Zweikreis-Druckluftbremse mit ALB, die, falls gewünscht, mit einer hydraulischen Bremse kombiniert werden kann. Höchste Sicherheit ist damit gewährleistet, auch bei leichteren Zugfahrzeugen. Um das Fahrverhalten und die Standfestigkeit noch weiter zu optimieren, können die Tandem- und Tridem-Abschiebewagen mit Luft- oder auch mit hydraulischer Federung ausgestattet werden. Die ASS-Sattelaufleger mit zwei oder drei Achsen sind von Haus aus luftgefedert.

Je nach Einsatzbedingungen und Kundenansprüchen können die Schwergut-Abschiebe-Wagen mit vielfältigem Zubehör ausgestattet werden, zum Beispiel mit hydraulisch zu betätigenden Rückwänden nach oben öffnend oder abklappbar zweifach mit stabilen Verriegelun-

Vielfältiges Zubehör

gen, erhöhte Gitterfrontwand, Rückfahrkamera, Überwachungskamera, vom Boden aus bedienbarer Schiebepfanne, Stützfuß mit Getriebe, Liftachse usw. Auch Sonderlackierungen in den gewünschten Firmenfarben sind möglich.

Unter anderem bietet Fliegl für den professionellen Mäheinsatz und für das rationelle Unratsammeln am Straßenrand eine geschlossene Ausführung des Abschiebewagens an. Bei diesem Typ sind Rück- und Seitenwände statt 1,50 generell 2,00 m hoch. In die Abschiebewand vorne ist die standardisierte Einblasstutzen eingelassen, über den mit einem Gebläseschlauch der Abschiebewagen während der Mahd und beim Sammeln befüllt wird. Eine Lochblech-Abdeckung verhindert das Verwehen des Sammelguts.

Die Fliegl Abschiebe-Sattelaufleger können neben Sattelschleppern auch von üblichen allerdings PS-starken Traktoren gezogen werden. Voraussetzung dafür ist der Einsatz eines so genannten Dolly. Dieser ist ausgestattet mit einer Tandemachse und wird mit vier Reifen in der Größenordnung des Sattelauflegers bestückt. Auch ein Einachs-Dolly ist lieferbar.

Je nach Einsatzbedingungen können GaLaBau-Unternehmen eine Parabel-, Luft- oder hydraulische Federung der Achsen wählen. Ein hydraulischer Stützfuß trägt bei abgehängter Zugmaschine den drehbar gelagerten Zugholm. Je nach Anhängung kann damit der Dolly sowohl in Untenanhängung per Kugelkopf als auch oben mit einem Zugmaul gekoppelt und gefahren werden.



Ein Fliegl Abschiebewagen im Kommunaleinsatz.

FEUERWEHR

RETTUNGSDIENST

KOMMUNALFAHRZEUGE

SELECTA „SUN“ Lichtbalken



LED „SUN“ Technik (1-reihig)
LED „TWIN SUN“ Technik (2-reihig)
Höhe 100 mm – lieferbare Längen:
712/1.087/1.257/1.483/1.660/1.840 oder 2.140 mm

PICCOLINO Magnetlichtbalken in 2 Ebenen „LED-SUN-Technik“

Standfestigkeit: 200 km/h
auf Wunsch mit Tasche

RUNDUMKENNLEUCHTEN – LICHTBALKEN



Oststraße 28 – D-48301 Nottuln
Telefon (00 49) 0 25 02/2 28 91-0
Telefax (00 49) 0 25 02/2 28 91-20
Internet www.techno-design.de

Henne-Unimog Heimstetten auf der IFAT:

Trilety feierte Weltpremiere

Kehrmaschinen-Aufbau vom Typ TK20 passend zum Unimog U 20

Schauplatz war die IFAT ENTSORGA München. Auf dem Standplatz 321 in Halle C4 präsentierte die Daimler AG Kommunalfahrzeuge von Mercedes-Benz und Mitsubishi Fuso, die ganz Deutschland sauber halten. Denn sie beseitigen nicht nur zuverlässig Abfall, Schnee und Dreck, sondern tragen mit ihren sparsamen und schadstoffarmen Technologien auch aktiv zum Umweltschutz bei.

Ein Exponat, nämlich der Unimog U 20, fiel dabei besonders auf. Er zeigte mit dem Kehrmaschinen-Aufbau Typ TK20 den Messebesuchern die Weltneuheit der Firma Trilety.

Trilety hat sich mit der Produktion von Wechselkehrmaschinen international einen Namen gemacht. Mittlerweile werden seit über 50 Jahren in Hal-

lein Kehrmaschinen gefertigt. Die Kehrmaschinen zeichnen sich durch eine besonders klare, übersichtliche und wartungsarme Konstruktion aus.

Schnellwechsleraufbau

Der Kehrmaschinen-Aufbau Typ TK20 ist als Schnellwechsleraufbau konzipiert und besteht

aus einem auf die Aufnahmekugeln aufgesetzten Schmutzbehälter und einem Kehr- und Saugaggregat, welches zwischen den Achsen des Fahrgestelles montiert wird. Der Aufbau ist mit einem eigenen Kippzylinder ausgestattet. Das verkürzt die Dauer der Demontage. Die Demontagezeit beträgt ca. 15 - 30 Minuten. Der Schmutzbehälter mit einem Rauminhalt von ca. 3,0 m³ ist aus V2A gefertigt. Unter ihm, in den Aufbau integriert, befindet sich ein Frischwassertank mit ca. 700 l Inhalt.



Auf der IFAT (v. l.): Frieder Fülleemann, Verkaufsberater der Henne-Unimog GmbH, Heimstetten und Martin Trimmel, Geschäftsleiter der Gebr. Trilety GmbH.



Geotrac Supercup 2010 - Sieger kommt aus Südtirol
Das Große Europafinale stieg auf der Agraria in Wels – Paul Pföstl aus dem Südtiroler Algund (Mitte) setzte sich gegen 30 Konkurrenten durch und gewann einen Geotrac 94 im Wert von 65.000 Euro. Bereits zum 14. Mal wurden im Rahmen des Geotrac Supercups die besten Traktorfahrer der Alpenregion gekürt.

Das Abscheidegitter im Behälter ist aus feuerverzinktem Stahl gefertigt und wird zur Reinigung einfach heruntergeklappt.

Vielfältige Sonderausstattungen

Im vorderen Teil des Aufbaues befindet sich ein mit schallschluckenden Materialien ausgekleideter Maschinenraum, in dem ein hydraulisch angetriebenes Hochleistungs-Sauggebläse, eine Wasserpumpe und diverse Steuerventile untergebracht wurden.

Einfache Reinigung

Die Abluft der Maschine wird nach unten geleitet und über den Fahrzeugrahmen hinter der Saughaube ins Freie abgeführt.

vom Fahrerhaus aus gesteuert. Um genügend Hydraulikleistung für das Sauggebläse zu sichern, wird an der Frontzapfwelle eine dafür eigens gebaute Hydraulikanlage montiert. Die Anlage verfügt über einen eigenen Hydrauliköltank, sowie über die notwendigen Kühler- und Sicherheitssysteme.

Mögliche Sonderausstattungen:
 ▶ Laubsaugschlauch inkl. Wassersprühdüse zur Staubbindung
 ▶ Auflagedruckregelung vom Fahrersitz
 ▶ TV-Überwachungssysteme mit einer oder zwei Kameras
 ▶ Schwenkbarer Fronttellerbesen für den Arbeitseinsatz auf der linken oder rechten Fahrzeugseite.

Neue Belastungen und Chancen:

Beschaffung kommunaler Fahrzeuge

Von RA Christian A. Mayer und RA Dr. Jan-Oliver Schrotz, LL.M., Noerr LLP

Es ist keine Neuigkeit, dass die kommunalen Handlungsspielräume – sicherlich zum Leidwesen einiger Gemeinden – zunehmend auf europäischer Ebene abgesteckt werden. In die lange Kette entsprechender Beispiele lässt sich auch die EG-Richtlinie 2009/33 vom 23. April 2009 über die Förderung sauberer und energieeffizienter Straßenfahrzeuge einreihen. Die Richtlinie, die noch in diesem Jahr in das deutsche Vergaberecht umzusetzen ist, hat unmittelbare Folgen für die kommunale Fahrzeugbeschaffung. Jede in diesem Wirtschaftsbereich tätige Vergabestelle ist daher gut beraten, sich schon heute auf den geänderten Rechtsrahmen einzustellen.

Mit dieser Richtlinie hat sich der europäische Gesetzgeber speziell des Bereichs der öffentlichen Kfz-Beschaffung angenommen. Erklärtes Ziel der Richtlinie ist es, den Markt für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge zu beleben und den Beitrag des Verkehrssektors zur Umwelt-, Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union zu verbessern. Um dies zu erreichen, wird die öffentliche Hand künftig verpflichtet sein, bei der öffentlichen Ausschreibung von Straßenfahrzeugen deren Energie- und Umweltauswirkungen auf Grundlage einer Lebenszyklusbetrachtung bei ihrer Einkaufsentscheidung zu berücksichtigen.

Sektorenauftraggeber

Die Richtlinie gilt für alle Auftraggeber, die dem Europäischen Vergaberecht unterliegen, einschließlich der sogenannten Sektorenauftraggeber. Ausdrücklich bezieht die Richtlinie die Betreiber öffentlicher Personenverkehrsdienste in ihren Anwendungsbereich ein. Maßgeblicher Beschaffungsgegenstand sind Straßenverkehrsfahrzeuge. Hierunter fallen neben Pkw auch Nutzfahrzeuge und Busse. Keine Rolle spielt dabei die Antriebsart. Insofern verhält sich die Richtlinie technologie-neutral. Nur die Beschaffungsform des Kaufs wird durch die Richtlinie erfasst. Diese Entscheidung des Richtliniengebers ist beachtlich, denn die im Normgebungsverfahren kursierenden Texte sprachen stets allgemein von Fahrzeugbeschaffungen.

Umweltbezogene Aspekte

Auch bislang war es öffentlichen Auftraggebern gestattet, umweltbezogenen Aspekten im Rahmen von öffentlichen Ausschreibungen Rechnung zu tragen. Zukünftig aber werden die Vergabestellen verpflichtet sein, die in der Richtlinie genannten

Energie- und Umweltauswirkungen bezogen auf den Kfz-Lebenszyklus zu berücksichtigen. Den Auftraggebern wird es darüber hinaus freigestellt, auch andere Umweltauswirkungen bei der Vergabeentscheidung zu berücksichtigen, wie z.B. Lärmemissionen.

Umsetzung bis Dezember

Die Frist zur Umsetzung der Richtlinie läuft am 04. Dezember dieses Jahres ab. Einen offiziellen Regierungsentwurf zur Anpassung des nationalen Vergaberechts gibt es noch nicht. Wie man hört, befinden sich die Arbeiten an der Umsetzung der Richtlinie aber im vollen Gange. Aller Voraussicht nach wird eine Anpassung der Vergabe- und Sektorenverordnung erfolgen. So enthält § 4 der Vergabeverordnung bereits – ebenfalls im Zuge der Umsetzung einer EG-Richtlinie eingeführt – spezielle Vorgaben für die Beschaffung technischer Geräte. Es wird damit gerechnet, dass dieser Vorschrift eine Parallelregelung für die Beschaffung von Straßenfahrzeugen vorangestellt wird. In der Sektorenverordnung bietet es sich an, die Richtlinienvorgaben unmittelbar in den Regelungen zur Leistungsbeschreibung bzw. zu den Zuschlagskriterien zu integrieren.

Technische Spezifikationen

Ihren Verpflichtungen können Auftraggeber auf zweierlei Weise nachkommen, wobei wenigstens eine Methode zur Anwendung kommen muss. Entweder können die Vergabestellen technische Spezifikationen für die Energie- und Umweltauswirkungen in den Vergabeunterlagen festlegen oder – alternativ, aber auch darüber hinaus – den Energie- und Umweltauswirkungen der zu beschaffenden Fahrzeuge in Form von Zuschlagskriterien Relevanz für die Kaufentscheidung zu kommen lassen. Wenn die betreffenden Effekte im Rahmen

der Zuschlagsentscheidung finanziell bewertet werden sollen, gibt die Richtlinie den Vergabestellen eine konkrete Berechnungsmethode vor, die sowohl den voraussichtlichen Energieverbrauch eines Kfz während seiner Gesamtlebensdauer als auch die jeweiligen Emissionskosten nach Maßgabe vorgegebener Werte berücksichtigt.

„Ökologisierung“

Die „Ökologisierung des Straßenverkehrs“ lässt weiterhin in technischer, sozialer, gerade aber auch in rechtlicher Hinsicht viele Fragen offen. Etwa werden in den kommenden Jahren tiefgreifende, insbesondere auch infrastrukturelle Maßnahmen erforderlich sein, um den Bereich der E-Mobilität signifikant zu stärken.

Ambitioniertes Ziel der Bundesregierung

Die Bundesregierung selbst hat ein ambitioniertes Ziel ausgegeben: Bis zum Jahr 2020 sollen in Deutschland eine Million Elektrofahrzeuge zugelassen sein. Das nationale Recht dürfte jedoch weit mehr als einen bloßen „Feinschliff“ benötigen, um der sich daraus ergebenden Herausforderungen Herr zu werden. Eine Vielzahl elementarer Fragen namentlich des Bauordnungs-, Bauplanungs- und Straßenrechts harren der Klärung. Entschieden ist bislang lediglich, dass auch eine Stromtankstelle eine „Tankstelle“ im Sinne des Ladenschlusses sein kann.

Strategieentscheidungen

Für die Kommunen, die den öffentlichen Straßenraum zur Verfügung stellen, dürfte von besonderem Interesse sein, wie auch sie von der neuen Infrastruktur und den damit verbundenen wirtschaftlichen Vorgängen profitieren können. Hier bestehen viele Möglichkeiten – von einem intelligenten neuen Parkraummanagement bis hin zum eigenen Betrieb von Ladeinfrastruktur durch kommunale Energieversorger. Frühzeitig sollte die öffentliche Hand auch in Bayern die erforderlichen strategischen Grundentscheidungen treffen, um die Chancen, die die „Ökologisierung des Straßenverkehrs“ bietet, zu nutzen.

Der Bodyguard.

Der Unimog. Serienmäßig mit dem Sicherheitskonzept von Mercedes-Benz.

Im Unimog sind Sie in den besten Händen. Mit seinem einzigartigen Fahrzeugkonzept setzt er schon seit 60 Jahren Maßstäbe – auch bei der aktiven und passiven Sicherheit. Speziell als Geräteträger entwickelt, ist er die ideale Lösung für den kommunalen Einsatz. Mehr Informationen erhalten Sie bei Ihrem Unimog Partner oder unter www.mercedes-benz.de/unimog.

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06, E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de, Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Str. 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV Kommunal- und Baumaschinenvertrieb GmbH Robert-Bosch-Str. 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

NürnbergMesse:

Neue Mitte

Investitionen in Höhe von über 100 Millionen Euro

In den vergangenen Jahren hat die NürnbergMesse in den Ausbau ihrer Kongressbereiche über 100 Millionen Euro investiert. Nun stehen mit dem CCN Ost und dem CCN West-Mitte zwei topmoderne Kongresszentren mit insgesamt über 11.000 Sitzplätzen zur Verfügung. „Nürnberg soll eine der führenden europäischen Kongressmetropolen werden“, gab deshalb der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der NürnbergMesse, Staatsminister Dr. Markus Söder, das ehrgeizige Ziel vor. Die Investition soll sich schließlich lohnen!

„Wow“, entfährt es Söder spontan beim Betreten des neuen Bereichs Mitte. Den alten Eingangsbereich aus den 1970er-Jahren kennt er von seinen Besuchen des Messe- und Kongresszentrums. Sein Erstaunen ist nachvollziehbar, denn die Grundfläche hat sich auf 6.000 qm verdoppelt. Der umbaute Raum wuchs sogar um den Faktor acht in die Breite und vor allem in die

ren: Alle Räume und Säle des CCN Mitte befinden sich nunmehr auf einer Ebene.

Die Idee, den Saal auf ein Tablett zu stellen, ist der Schlüssel zum gesamten Umbau des Eingangsbereichs, Service- und Kongressbereichs Mitte. Der Saal wird seitlich versetzt – viel schöner, spannender und funktionaler als zuvor. So macht er im Erdgeschoss Platz und schließt

Strahler und Scheinwerfer sind in die unregelmäßigen Fugen der Paneele integriert. Und so ist der Saal wandelbar wie ein Chamäleon – er bietet eine moderne Projektionsfläche mit rund 100 Quadratmetern etwa für Technologie- oder Medizin-Kongresse, ist spektakulär ausleuchtbar für Autopräsentationen oder leicht und verspielt bei Konzerten.

Eingang als Willkommensgruß

Der neu gestaltete Bereich Mitte ist mehr als ein Eingang. Er ist für hunderttausende Besucher die erste Anlaufstelle und damit die Visitenkarte der NürnbergMesse. Der Umbau war notwendig geworden, weil die Architektur nicht mehr die modernen Anforderungen an Kongressatmosphäre, Besucherregistrierung, Gastronomieservice und Funktionalität erfüllte. Seit September erwartet die Messe- und Kongresskunden der neue ele-



Modern, offen und einladend - der neu gestaltete Bereich „Mitte“.

Höhe: 20 Meter über dem Fußboden überspannt ein 12.500 qm großes Luftkissen-Lamellendach das Eingangsgebäude sowie den Vorplatz.

Platz für 1.000 Menschen

Das neue Eingangsgebäude, in dem gut 250 Einfamilienhäuser Platz hätten, und der ebenfalls neue Kongresssaal Brüssel bilden einen ansprechenden Rahmen für die zahlreichen Veranstaltungen, die in diesem Teil des Messe- und Kongresszentrums stattfinden werden. Der neue Saal Brüssel bietet Platz für 1.000 Menschen – das ist aber auch alles, was ihn mit seinem Vorgängerbau verbindet, präsentiert er sich doch als eigenständiges Bauwerk innerhalb des CCN Mitte. Futuristisch anmutend ruht er auf fünf Säulen und erweitert so zusätzlich das Raumangebot im Eingangsbereich. Wichtig für Kongressorganisato-

ren über ein Foyer an den Saal München und die weiteren Räume des Kongressbereichs CCN Mitte an. Über eine Treppe kann man in den Messepark gelangen.

Modernste Technik im Konferenzzentrum

So luftig er wirkt, so voll gepackt mit modernster Kongress-technik ist der neue Saal Brüssel. An zwei Seiten lassen Glasfassaden viel Tageslicht hinein, wenn sie nicht gerade für Projektionen verdunkelt sind. Einzigartig sind die mit Textilien bespannten Wände sowie die Decke in einem trendigen Grün: „Wie in einem Geigenkasten“ beschreibt Geschäftsführer Bernd A. Diederichs das behagliche Raumgefühl. Die Verkleidung von Wänden und Decke besteht aus 1.300 Textil-Paneelen, die wie zufällig zusammengesetzt ein lebendiges Muster bilden. Dazwischen, wie hineingeworfen, die Technik.

gante Eingangsbereich. Wie ein Willkommensgruß wirkt die lichte, offene Architektur. Sie bereitet den Gästen einen würdigen Empfang.

Klare Struktur

Es gibt viel Platz sich umzuschauen und sich intuitiv zu orientieren: hier die Garderobe, dort die Eingangstheken, dahinter gut sichtbar der Messepark und die anderen Messehallen. Oben über eine breite Treppe erreichbar der Kongresssaal mit seinem Foyer. Alles ist klar strukturiert, großzügig und fokussiert. „Bislang war der Blick über das Gelände verstellt, jetzt erschließt sich vom neuen Eingangsbereich aus die Dimension der NürnbergMesse. Die Besucher können in die Tiefe des Geländes blicken, in den Messepark, bis hin zu den Hallen 4A und 7A sowie zum CCN Ost“, betont Diederichs.

Abschlussbericht:

Über 60.000 Fachbesucher auf der GaLaBau

Volle Auftragsbücher, hohe Investitionsbereitschaft
Grüne Branche erwartet Rekord-Umsatz für 2010

Mit genau 60.127 Fachbesuchern schloss am 18. September 2010 nach vier Messetagen die GaLaBau mit ihren beiden Fachteilen PLAYGROUND und Deutsche Golfplatztage in Nürnberg. „Die Stimmung in den Messehallen war bestens. Unsere Aussteller hatten alle Hände voll zu tun, denn die Nachfrage nach neuen Maschinen und Geräten sowie Pflanzen und Materialien ist derzeit groß. Die Messe kam genau zur richtigen Zeit“, so Rolf Keller, Mitglied der Geschäftsleitung der NürnbergMesse. 1.076 Aussteller, davon 17 Prozent international, präsentierten das komplette Angebot für das Planen, Bauen und Pflegen mit Grün.

Als ideeller Träger freut sich der Bundesverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V., Bad Honnef, mit seinem Präsidenten Hanns-Jürgen Redeker an der Spitze über die ausgesprochen positive Resonanz der Aussteller und Fachbesucher auf die grüne Leitmesse. „Die internationale Trendmesse hat einen weiteren enormen Qualitätssprung der gesamten Branche bewiesen und sich erneut als wichtiger Marktplatz für unsere Branche dargestellt - mit wegweisenden Impulsen für erfolgreiche unternehmerische Aktivitäten!“ so der BGL-Präsident.

Er erklärt: „Der Garten- und Landschaftsbau hat die weltweite Wirtschaftskrise weit besser überstanden als manche andere Branchen. Die Auftragsbücher der Landschaftsgärtner sind voll. Die Nachfrage nach unseren Dienstleistungen rund ums Bauen mit Grün ist immens. Unsere Betriebe haben sich hier in Nürnberg über Innovationen und Trends informiert und vielfach auch schon Entscheidungen für Investitionen in neue Maschinen und Geräte getroffen. Wir sind davon überzeugt, dass unsere Branche in diesem Jahr erstmals die Rekord-Umsatzmarke von fünf Milliarden Euro überschreiten wird!“

Neue Kontakte

„Wir konnten viele nationale und internationale Messebesucher auf unserem Stand begrüßen und eine Menge neuer Kontakte knüpfen. Meiner Meinung nach ist das Potenzial dieser Messe noch lange nicht ausgereizt und wir freuen uns auf die GaLaBau 2012“, so Bernhard von Ehren, Geschäftsführer der Baumschule Lorenz von Ehren.

Aussteller wie Besucher wurden während der GaLaBau von

einem unabhängigen Marktforschungsinstitut befragt. Die Aussteller waren nicht nur mit dem zahlenmäßigen Besucheraufkommen zufrieden (96 %), sondern vor allem auch mit der fachlichen Qualifikation der Besucher (96 %). Neun von zehn Ausstellern hatten Besucher aus dem Ausland an ihrem Messestand. Was die Branchenkonjunktur betrifft, so rechnen 58 % der Aussteller mit einer steigenden Branchenkonjunktur, 29 % mit einer gleichbleibenden.

Fachpublikum

In die Beschaffungsentscheidungen ihres Unternehmens einbezogen sind 86 % der Fachbesucher. Jeder zweite GaLaBau-Besucher ist in einer leitenden Stellung tätig. Das Fachpublikum kommt vor allem aus Unternehmen des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaus (46 %), ist öffentlicher Auftraggeber (13 %) oder Garten- und Landschaftsarchitekt (10 %). Für die Messe-Fachteile PLAYGROUND und Deutsche Golfplatztage interessieren sich darüber hinaus Planer und Betreiber von Spiel- und Freizeitanlagen, Betreiber und Manager von Golfplätzen, (Head-)Greenkeeper sowie Golfplatzarchitekten.

„Die Entscheidungsträger und Mitarbeiter der Golfanlagen in Deutschland erkennen zunehmend, dass in Nürnberg ein umfassendes Messeangebot zu der Planung, dem Bau und dem Betrieb von Golfanlagen zu finden ist.“ Klaus Dallmeyer, Geschäftsführer Deutscher Golfverband (DGV).

Spielplatz Sonnenschein in Freilassing ausgezeichnet

Erstmals wurde im Vorfeld der GaLaBau der Wettbewerb „Grüne Spielplätze“ ausgeschrieben. Die glücklichen Gewinner, die Landschaftsarchitekten Helmut Mühlbacher und Jürgen Hilde, nahmen für das Siegerkonzept „Spielplatz Sonnenschein in Freilassing“ das Preisgeld in Höhe von 10.000,- EUR in Empfang. Weitere fünf Spielplätze erhielten jeweils symbolisch eine Vogelkirsche, den Baum des Jahres 2010.

„Seit Beginn der GalaBau-Messen ist unsere Firma als Aussteller mit dabei. Im Laufe der Zeit hat sich durch die GaLaBau in Nürnberg unser Kundenkreis und Bekanntheitsgrad in ganz Deutschland und auch international erheblich gesteigert“, so Harald Kalinke, Geschäftsführer Kalinke Areal- und Agrar-Pflegemaschinen Vertriebs GmbH.

In der Messehalle 2 wurden die Gewinner des Landschaftsgärtner-Cup 2010 ausgezeichnet. Das „Deutsche Meistersteam“, Christopher Bäuerle (Ausbildungsbetrieb: Jürgen Wragge GmbH Garten- und Landschaftsbau aus Backnang) und Jonas Rombach (Ausbildungsbetrieb: Willi Glöckler Garten- und Landschaftsbau aus Kirchzarten) vom Verband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Ba-

den-Württemberg e. V., qualifizierte sich als Siegerteam für die Berufsweltmeisterschaft „WorldSkills 2011“ in London.

Für insgesamt zwölf wichtige technische Neuheiten (unter 125 Bewerbungen) verlieh der BGL die „GaLaBau-Innovations-Medaille 2010“. Diese Auszeichnung ist eine Anerkennung für erfolgreiche Entwicklungen und fortschrittliche Lösungen von Problemen bei Produkten oder Verfahren für den Bau und die Pflege landschaftsgärtnerischer Anlagen.

Ordentlicher Umsatz

„Wir sind mit dem Messerverlauf in diesem Jahr sehr zufrieden und konnten auch einen ordentlichen Umsatz erzielen, der fast an 2008 heranreicht. Das ist nach der Krise in 2009 und einem Bauma-Jahr nicht selbstverständlich“, so Stephan Bothen, Niederlassungsleiter Erlangen, Zepplin Baumaschinen.

Die European Landscape Contractors Association (ELCA) - die Gemeinschaft des Europäischen Garten- und Landschaftsbaus - hat in diesem Jahr erneut zwei Internationale ELCA-Trendpreise „Bauen mit Grün“ verliehen. Die Bauherren, Landschaftsarchitekten und Landschaftsgärtner zweier herausragender historischer Grünanlagen in Tschechien wurden für ihre gelungene Kooperation ausgezeichnet.

Preise

Für die gute Zusammenarbeit bei der Rekonstruktion der historischen Klostergärten in Litomyšl wurden die Beteiligten geehrt: die Stadt Litomyšl als Bauherrin, die Architekten bzw. Landschaftsarchitekten Radko Květ, Zdenek Sandler und Václav Babka sowie die bauausführenden Landschaftsgärtner Profistav Litomyšl und Jan Vavřín ARS Litomyšl.

Für die gelungene Kooperation bei der sehr attraktiven Rekonstruktion des Gartens der Villa Müller in Prag wurden die Beteiligten ausgezeichnet: die Stadt Prag als Bauherrin/Inhaberin, die Architekten/Landschaftsarchitekten Ing. Arch. Doz. Václav Girska, Girska AT s.r.o. und Ing. Vitezslava Ondrejová sowie die Landschaftsgärtner Jan Wágner und Zdenek Hradilák.

„Auch die diesjährige GaLaBau Fachmesse ist ihrem Anspruch aus unserer Sicht wieder einmal mehr als gerecht geworden. Das zeigen die außerordentlichen Besucherzahlen. Damit wird klar, dass sich das Messekonzept der GaLaBau auch in schwierigen Zeiten für alle Beteiligten auszahlt“, so Matthias Biek, Geschäftsführer HAGS- mb-Spielidee.

„Silberne Landschaft“ für Antoine Berger

Im Rahmen der Eröffnungsfeier wurde Antoine Berger, der ehemalige Präsident der European Landscape Contractors Association (ELCA) für seine außerordentlichen Verdienste um die Entwicklung des Garten-, Landschafts- und Sportplatzbaus in Europa mit der „Silbernen Landschaft“ ausgezeichnet. Antoine Berger nahm die höchste Auszeichnung des BGL entgegen und bedankte sich: „Diese Ehrung hat mich wirklich sehr gefreut!“

Gesunder Mittelstand

Firma eibe erhält „Großen Preis des Mittelstandes“

Tilo Eichinger, Geschäftsführer der eibe Produktion & Vertrieb GmbH & Co. KG in Röttingen wurde eine besonders große Ehre zu Teil. Das Unternehmen eibe wurde bei der Verleihungsgala mit dem „Großen Preis des Mittelstandes 2010“ ausgezeichnet, nachdem es im letzten Jahr als Finalist prämiert wurde. Tilo Eichinger nahm diese Auszeichnung mit Freude und voller Stolz entgegen.

Diese Auszeichnung ist keine Selbstverständlichkeit. Über 3.500 Firmen aus allen Bereichen wurden nominiert, davon alleine aus Bayern über 900 Unternehmen. Eine unabhängige Jury prüft jedes Unternehmen als Ganzes und in seiner Rolle in der Gesellschaft. „Drei Preisträger und fünf Finalisten werden von der Oskar-Patzelt-Stiftung ausgezeichnet und wir sind sehr stolz, in diesem Jahr eines der prästragenden Unternehmen zu sein“, so Tilo Eichinger. Das Motto des Wettbewerbs lautete: „Gesunder Mittelstand – Starke Wirtschaft – Mehr Arbeitsplätze.“

Es gab viele Gründe für diese

Auszeichnung. Im Vordergrund stand sicherlich die besondere Verantwortung für die altersgerechte Erziehung von Kleinkindern, Kindern und Jugendlichen hinsichtlich Sicherheit der Produkte, Qualitätsdenken und nicht zuletzt den Einsatz nachwachsender Rohstoffe.

Seit 40 Jahren stattet das Unternehmen als Vollenbieter Einrichtungen des frühkindlichen und elementaren edukativen Bereiches aus. Das Motto lautet „Kinder fördern – Jugendliche fordern – Erwachsene und Senioren begleiten“. Ursprüngliche Idee war ein neuartiges Turngerätesystem, mit dessen Hilfe



Geschäftsführer Tilo Eichinger bei der Preisverleihung.

Bewegungserziehung, Leibesübungen und Sport in deutschen Kindergärten Einzug hielten. Daraus wurde ein komplettes Sortiment zur Bewegungserziehung, gefolgt von Spiel- und Beschäftigungsmaterialien, Einrichtungen und Spielplatzgeräten.

Im Einrichtungsbereich hat das Unternehmen in den letzten drei Jahren nahezu das gesamte Sortiment völlig neu gestaltet. Ziel ist es, insbesondere im Export neue Märkte und Segmente zu erobern und neue Händlernet-

ze aufzubauen. Schon heute werden 50 Prozent der Produkte in über 40 Länder exportiert. National und international ist das Unternehmen durch Initiierung und Unterstützung kreativer Bildungsinitiativen bekannt.

Die eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG wurde zum zweiten Mal seit 2009 vom Landkreis Würzburg und der IMBEMA Consult GmbH zum Wettbewerb nominiert. 2009 erfolgte die Auszeichnung als „Finalist“, 2010 als Preisträger.

Wahlfreiheit und Planungssicherheit

Rahmenvereinbarung mit dem Bayerischen Gemeindetag Bezirksverband Mittelfranken

Stromversorgung zum garantierten Festpreis bis Ende 2014 mit Wahlfreiheit und weiteren Vorteilen für die Kommunen – dies sieht die Rahmenvereinbarung über die Stromlieferung für kommunale Liegenschaften und Zweckverbände in Mittelfranken vor. Franz Winter, Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags Bezirksverband Mittelfranken, sowie Dr. Thomas Unnerstall, Vorstandsmitglied der N-ERGIE Aktiengesellschaft, unterzeichneten in Weidenburg den Vertrag.

Die neue Rahmenvereinbarung mit einer Laufzeit von drei Jahren tritt am 1. Januar 2012 in Kraft. Sie ermöglicht es den 250 Gemeinden und Zweckverbänden für ihre insgesamt rund 7.000 Liegenschaften, wie Schulen, Kläranlagen oder Feuerwehrhäuser, insgesamt rund 100 Gigawattstunden preisgünstigen Strom zu beziehen. Jede Kommune hat die Wahl zwischen dem konventionellen Strommix der N-ERGIE aus fossilen und erneuerbaren Energien und Strom aus reiner, CO₂-frei erzeugter Wasserkraft. Mit dem geprüften und zertifizierten „Kommune Plus Öko 2014“ lei-

sten die Gemeinden einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz.

„Seit der wirtschaftlichen Erholung tendieren die Energiepreise wieder nach oben. Deshalb haben wir sehr frühzeitig die Preisverhandlungen mit der N-ERGIE aufgenommen“, erläuterte Franz Winter bei der Vertragsunterzeichnung. „Die Gespräche waren hart aber fair und wir freuen uns, mit dem Vertragsabschluss die langjährige, vertrauensvolle Partnerschaft mit der N-ERGIE fortzusetzen“. Verhandlungsergebnis ist ein Strompreis, der unter dem aktuell gültigen liegt und aufgrund der dreijährigen Preis-

garantie für die Kämmerei zudem Planungssicherheit bis Ende 2014 gewährleistet.

Für Kommunen, die sich noch vor Jahresende für das neue Angebot entscheiden, beginnt das Sparen bereits im kommenden Jahr: Ihr Strompreis verringert sich 2011 um 0,1 Cent pro Kilowattstunde.

Unterstützung beim Energiesparen

„Anspruch der N-ERGIE ist es, für die Kommunen mehr als der zuverlässige Stromlieferant zu sein“, betonte Dr. Thomas Unnerstall. „Deshalb unterstützen wir unsere Partner künftig noch intensiver dabei, energieeffizienter zu werden und damit einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten“.

So bietet die N-ERGIE den Gemeinden für ihre Liegenschaften das so genannte kommunale Energiemanagement, mit dem der Energie- und Wasserverbrauch

ohne große Investitionen nachhaltig gesenkt werden kann. Das kommunale Energiemanagement beinhaltet auch einen verbrauchsorientierten Gebäudeenergieausweis.

Weiterhin plant der regionale Energieversorger noch in diesem Jahr die Informations- und Austauschplattform N-ERGIE TISCH-Kommune. Für dieses neue Forum wünschten sich die kommunalen Vertreter ein breites Themenspektrum, das etwa von der Projektsteuerung über Kommunalmarketing, Strategien zum Umgang mit dem demografischen Wandel bis zur Elektromobilität reichen kann. Ziel ist der Erfahrungsaustausch von jeweils 20 bis 40 Bürgermeistern auf der Grundlage von Praxisberichten und Expertenvorträgen zum jeweiligen Thema, bei dem auch Bürgermeister ihren Kollegen gelungene „best practice“-Beispiele aus ihrer Gemeinde vorstellen werden. Bei der anschließenden Plenumsdiskussion erarbeiten sich die Teilnehmer gemeinsam praxisrelevantes Wissen.

Das Konzept für dieses neue Forum entwickelte die N-ERGIE gemeinsam mit den Kreisvorsitzenden sowie deren Stellvertretern der Landkreise des Bezirks Mittelfranken. Damit löst der Energieversorger seinen Anspruch ein, auch als Partner der Kommunen „spürbar näher“ zu sein. □



Von links - vorne: Dr. Thomas Unnerstall, Mitglied des Vorstands N-ERGIE, Franz Winter, Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetags Bezirksverband Mittelfranken hintere Reihe von links nach rechts: Bernhard Gessner, Energievertrieb TOP Großkunden N-ERGIE, Norbert Müller, Leiter Energievertrieb Privatkunden N-ERGIE, Cornelia Schmidt, Energievertrieb TOP Großkunden N-ERGIE, Werner Mößner, Kreisverbandsvorsitzender des Bay. Gemeindetags im Landkreis Weidenburg-Gunzenhausen, Dr. Jürgen Busse, Hauptgeschäftsführer Bayerischer Gemeindetag. □

1. Familiensymposium im Landkreis Mühldorf am Inn:

Konzepte zur Familienbildung

Der Landkreis Mühldorf a. Inn hat sich im Rahmen des Bildungsprojektes Lernen vor Ort für das Aktionsfeld „Familienbildung“ entschieden. Auf dem 1. Familiensymposium entwickelten Arbeitsgruppen trägerübergreifende Konzepte zur Unterstützung und Förderung der Familienbildung. Die Ergebnisse werden in einem 2. Symposium im kommenden Jahr ausgewertet und weiterentwickelt.

Tanja Hoprich, Referentin für Familienbildung bei Lernen vor Ort, erläuterte, dass nach ihrem Verständnis „Familienbildung nicht beschränkt ist auf die Kernfamilie. Das gilt es auch bei den Angeboten der Familienbildung zu beachten. In diesem Sinne sind auch Vereine, Gemeinden, Pfarreien, selbst Institutionen Orte, an denen Familienbildung stattfindet.“ Landrat Georg Huber betonte anschließend die enorme Bedeutung der Familienbildung: „Die Familie ist und bleibt noch immer die beste Schule. Deswegen muss sie in sich stark sein und sich dabei nicht nur auf Kinder und Eltern, sondern auch auf die Großeltern beziehen.“ Wie Familienbildung generationenübergreifend aussehen kann, zeigt das Bürgerhaus Rattenkirchen selbst: Bürgerinnen und Bürger von jung bis alt beteiligten sich am Bau und Gestaltung der Einrichtung.

Nach weiteren Begrüßungsworten des Gastgebers, Erstem Bürgermeister Rupert Aigner (Rattenkirchen), beleuchtete Prof. Dr. Andreas Lange, Grundsatzreferent für Familienwissenschaften am Deutschen Jugendinstitut München die „Herausforderungen an Familien(n) heute“.

Pluralität zulassen

Lange zufolge sieht sich eine produktive Diskussion über die Zukunft von Familie im 21. Jahrhundert einigen Hürden gegenüber: der Demographiehürde, der Familienformhürde, der Werte- hürde, der Familienmedienhürde und der „früher-Hürde“. Es gelte, Widersprüche und Pluralität anzuerkennen und zuzulassen.

Familie habe sich aufgrund gesellschaftlichen Wandels „von einer selbstverständlichen, quasi naturgegebenen Ressource zu einer zunehmend voraussetzungs-vollen Aktivität von Frauen, Männern, Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen entwickelt“, die in Familien leben bzw. leben wollen, erklärte Lange. Auch wies er auf zunehmende individuelle und familiäre Bildungsanstrengungen hin.

Zwiespältige Folgen für den Familienalltag hätten die Flexibilisierung und Atpypisierung der Arbeitszeiten. Neue Formen der Arbeitsorganisation und Arbeitssteuerung belasteten Eltern teilweise so stark, dass sie häufig erschöpft seien und dann weder zum pragmatischen Vereinbar-

keitsmanagement, noch weniger aber „zur Konstruktion von Gemeinsamkeit“ beitragen. Fürsorge werde oft an der Grenze des Machbaren praktiziert.

Auf der kulturellen Ebene haben sich nach Langes Beobachtung seit den sechziger Jahren markante Veränderungen ergeben, „die wiederum hinsichtlich ihrer Wertigkeit für Familie nicht als in eine Richtung verlaufend beschrieben werden können“.

Gemeint sei vor allem die Explosion von Angeboten und Gütern der Medienindustrie, die den Alltag von Familien heute bis in seine feinsten Kapillaren mitbestimmen. „Wir leben in einer ästhetisierten Konsum- und Erlebniskultur“, hob Lange hervor.

Konsum und Medien

Ganz konkret gesprochen sei zeitgenössisches Familienleben stark von Konsum und Medien durchdrungen: Gespräche und Diskussionen fänden beim gemeinsamen Essen, vor dem Fernseher, vor dem Computer, im Auto, bei Handy-Telefonaten oder per E-Mail und SMS statt. Kinder würden heutzutage in einem sehr frühen Alter zu Konsumenten und vielfältigen Usern. Schon Kleinkinder würden mit Kaufvorgängen, Konsum, Marken, Werbung und Medien konfrontiert.

Der gesamte Komplex der neuen Popularkultur in Verbindung mit den neuen Kommunikations- und Medientechnologien trägt nach Langes Auffassung dazu bei, „das autorisierte Wissensmonopol von Eltern und Schule über weite Strecken zu irritieren“. Die Entgrenzung von Lernen und Entdecken über formelle Institutionen und Kanäle hinaus rufe nach einer Strategie, „die auf der einen Seite die Relevanz des Phänomens nicht unterschätzt, andererseits aber das Feld der Popularkultur und der damit verbundenen Identitäten und Kompetenzen auch nicht didaktisch-technisch kolonialisiert“.

Als Konsequenzen für die Familienbildung nannte Lange den Einsatz neuer und aktualisierter Inhalte, die Berücksichtigung von Vielschichtigkeit und Beiläufigkeit der Alltagsarbeit und das Ernstnehmen des Bildungsbezugs. Auch müssten zielgruppenspezifische Anpassungen an den sozialen Wandel von Familie vorgenommen werden - Beispiel Väter. **DK**

Oberbayerische Landräte in Bad Tölz:

Alarmstufe eins

Trübe Aussichten für den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen und seine Gemeinden: Bei der oberbayerischen Bezirkstagung des Bayerischen Landkreistages in Bad Tölz wurde darauf hingewiesen, „dass wir uns unseren Sozialstaat mit den jetzigen Einnahmen nicht leisten können“, so der gastgebende Landrat Josef Niedermaier. Dies müsse den Bürgern in aller Deutlichkeit mitgeteilt werden. Alles andere sei eine Lüge.

Weil der Bezirk Oberbayern seine Umlage wegen ausufernder Sozialausgaben nach ersten Schätzungen wohl um drei Prozentpunkte anheben muss, wird vermutlich auch die Kreisumlage auf über 60 Prozent ansteigen. Ursache dafür sind auch die durch die Wirtschaftskrise eingebrochenen Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2009. Somit müssen die Städte und Gemeinden in Bad Tölz-Wolfratshausen noch tiefer in die Tasche greifen. Die 20 Landräte aus Oberbayern wollen nun verstärkt mit den Abgeordneten von Bund und Ländern in Kontakt treten.

Laut Niedermaier liegen die Hauptausgaben im Bereich des Sozialgesetzbuches II (Hartz IV) sowie in der Kinder- und Jugendhilfe. Der oberbayerische Bezirksvorsitzende Thomas Karmasin (Fürstenfeldbruck) forderte eine ersatzlose Streichung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Dort ist verankert, dass selbst vermögende Eltern nichts bezahlen müssen für eine Heimunterbringung ihrer Kinder oder für andere ambulante Hilfen.

Erweiterter Leistungskatalog

Der Bund, so die Landräte weiter, habe in den vergangenen Jahren ausschließlich zu Lasten der Kommunen den Katalog der Sozialleistungen zunehmend erweitert. 80 Prozent der Sozialleistungen zahlten inzwischen die Kommunen, als gerecht empfunden wird jedoch eine Drittelung mit Bund und Land.

Mit Blick auf die zahlreichen Neuregelungen beim SGB II und den Langzeitarbeitslosen wünschten sich nach Karmasins Angaben mehr Landkreise die Optionsvariante. Dies würde bedeuten, dass die Landkreise die Leistungsempfänger selbst verwalten, ohne die Bundesagentur. Sieben von 20 Landkreisen in Oberbayern optierten bereits.

Wie der Landkreistagspräsident und Miesbacher Landrat Jakob Kreidl hervorhob, solle es die Genehmigung für sechs

zusätzliche Landkreise geben. Doch existiere nach wie vor kein konkreter Katalog, nach welchen Kriterien diese Landkreise ausgesucht werden. Da hier schleunigst Abhilfe benötigt werde, kündigte Kreidl an, sich noch einmal schriftlich bei Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer zu erkundigen.

Für bessere finanzielle Ausstattung

Als problematisch bezeichnete Verbandsvorsitzender Karmasin die Tatsache, dass es inzwischen allen oberbayerischen Landkreisen schwer falle, einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Mit Verweis auf Nordrhein-Westfalen meinte der Landrat: „Dort nehmen Kommunen eben in Kauf, auf Pump zu wirtschaften – das kann es aber auf Dauer nicht sein.“ Sein Verband werde der Forderung nach besserer finanzieller Ausstattung konsequent nachkommen, notfalls auch über den Klageweg.

Städtebauförderung

Auch mit der von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer anvisierten Kürzung der Städtebauförderung von 610 auf 305 Millionen Euro vom nächsten Jahr an zeigten sich die Landräte nicht einverstanden. Jakob Kreidl zufolge hätten derartige Pläne massive Auswirkungen auf den Mittelstand. Strukturschwache ländliche Räume würden bis ins Mark getroffen, obwohl gerade dort Zukunftsinvestitionen unbedingt nötig seien. Hier müsse es im Gesetzgebungsverfahren dringend zu einer Entschärfung kommen.

Last but not least soll Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil an seine Zusage erinnert werden, die Fördermittel zum Breitbandausbau aufzustocken. Nun seien die Mittel fast verbraucht und nichts geschehe. Dabei wäre der Ausbau des schnellen Datennetzes gerade im ländlichen Raum ein wichtiger Standortfaktor. **DK**



Die Bauarbeiten für das neue Breitbandnetz in Scheuring sind gestartet: Bürgermeister Manfred Menhard vor der Baufaßel zum Projekt. □

Den Anschluss an die Zukunft legen

Bauarbeiten für Ausbau des Breitbandnetzes in Scheuring gestartet – Freistaat Bayern fördert Projekt von LEW TelNet und Mnet

Mehr als vier Kilometer neue Glasfaser- und Kupferleitungen sind die Basis des neuen Breitbandnetzes in Scheuring. Die für das Breitbandnetz notwendigen Bauarbeiten in Scheuring haben nun begonnen. Das Projekt setzen LEW TelNet und M-net gemeinsam um. Im Laufe des ersten Quartals 2011 können die knapp 1.000 Haushalte in Scheuring über die neue Infrastruktur dann mit einer Bandbreite von zunächst bis zu 50 Mbit/s im Internet surfen.

Bis Jahresanfang 2011 verlegt LEW TelNet die insgesamt 4.100 Meter neuen Glasfaser- und Kupferleitungen in Scheuring. Sie verbinden an sieben verschiedenen Punkten die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Datennetz der LEW TelNet. M-net wiederum investiert in technisches Equipment zur Realisierung der innovativen VDSL-Technik. Nach Abschluss der Arbeiten wird M-net in Scheuring auf Basis dieser neu geschaffenen Infrastruktur hochmoderne Internetzugänge mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Mbit/s bereitstellen.

Der Freistaat Bayern fördert das Vorhaben im Rahmen seines Programms zum Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum. An den Investitionen für den Aufbau der neuen Breitband-Infrastruktur beteiligen sich außerdem die Gemeinde Scheuring sowie die Unternehmen LEW TelNet und M-net.

„Dieses Projekt ist ein wichtiger Meilenstein“, sagte Bürgermeister Manfred Menhard. „Bisher sind in unserer Kommune größtenteils nur Internetanbindungen mit schmalen Bandbreiten von unter 1 Mbit/s möglich. Künftig verfügen wir über eine zukunftssichere

Breitband-Infrastruktur, die eine gute Basis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung von Scheuring darstellt.“ „Wir setzen in der Region Bayerisch-Schwaben bereits 17 Breitbandprojekte um, über die wir rund 18.000 Haushalte mit hohen Bandbreiten ans Internet anschließen“, sagte LEW TelNet-Geschäftsführerin Erna-Maria Trixl. „Das zeigt, wie das drängende Problem der Breitbandversorgung im ländlichen Raum gelöst werden kann.“

Die im Laufe des ersten Quartals 2011 von M-net verfügbaren Telefon- und Internetanschlüsse liefern mit bis zu 50 Mbit/s ein Vielfaches an Geschwindigkeit, was ein Standard-DSL-Anschluss heute zu leisten vermag. „Der Countdown für den Start in ein neues Internet-Zeitalter in Scheuring läuft“, erklärte Anton Gleich, Geschäftsführer von M-net. „Davon werden Privatkunden ebenso profitieren wie Unternehmen und Freiberufler, die auf leistungsfähige und sichere Internetzugänge angewiesen sind.“ Interessierte Bürger können sich schon jetzt unter der kostenlosen Telefonnummer 0800-9060902 für die Breitbandprodukte vormerken lassen. □

Vorsitzende der oberbayerischen Kommunalen Spitzenverbände:

Resolution zur Situation der Kommunal Finanzen

Die Vorsitzenden der vier oberbayerischen Kommunalen Spitzenverbände - Josef Mederer (Bezirkstagspräsident von Oberbayern), Thomas Karmasin (Landrat von Fürstfeldbruck, Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern im Bayerischen Landkreistag), Günther Knoblauch (Erster Bürgermeister von Mühlendorf a. Inn und Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder im Oberbayern im Bayerischen Städtetag) sowie Josef Steigenberger (Erster Bürgermeister der Gemeinde Bernried a. S. und Stellvertreter Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern im Bayerischen Gemeindetag) - haben Finanzminister Georg Fahrenschon eine Resolution zur Situation der Kommunal Finanzen übergeben. Trotz sich erholender Konjunkturlage hätten die Kommunen kaum noch finanziellen Gestaltungsspielraum. Ministerpräsident Horst Seehofer wird der gemeinsame Aufruf der obersten oberbayerischen Repräsentanten von Gemeinden, Städten, Landkreisen und Bezirk ebenfalls zugeleitet.

In der Resolution heißt es wie folgt: „Die Kommunale Selbstverwaltung ist das Rückgrat des Freistaats Bayern. Die Steuereinnahmen der Gemeinden und Städte sind im letzten Jahr weggebrochen. Dagegen haben sich in den vergangenen Jahren die Ausgaben vor allem im Sozialbereich vervielfacht. Im Landkreis Fürstfeldbruck zum Beispiel, der als exemplarisch gelten kann, hat sich der allgemeine Etat seit 1990 verdoppelt, während die Sozialhilfekosten sich vervierfacht und die Jugendhilfekosten verachtfacht haben! Und angesichts der demografischen Entwicklung ist derzeit kein Ende dieser Spirale aus Einnahmerückgang und Ausgabensteigerung in Sicht. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise haben die Finanzproblematik der Kommunen zusätzlich drastisch verschärft. Letztlich kämpfen wir Kommunen aber mit einem strukturellen Problem, das zur Aushöhlung der Kommunalen Selbstverwaltung und zum Kollaps unseres Sozialsystems führen wird.“

Übernivellierung

Und weiter: „Speziell in Oberbayern kommt hinzu, dass das System von Umlagenfinanzierung und kommunalem Finanzgleichgewicht zu einer Übernivellierung

Palliatives Netzwerk

Landkreis-Kooperation bei Betreuung Todkranker

Zur ambulanten Versorgung schwerkranker und sterbender Menschen haben sich mehrere niederbayerische Landkreise zusammengeschlossen – im „Palliativen Versorgungs-Netzwerk Isar-Inn“ (PVN). Die Landräte der vier Landkreise Altötting, Dingolfing-Landau, Landshut und Rottal-Inn – Erwin Schneider, Heinrich Trapp, Josef Eppeneder und Bruni Mayer – unterzeichneten gemeinsam mit Vertretern von Hospizvereinen im Haus der Bayerischen Landkreise in München den Kooperationsvertrag.

Der Bayerische Hospiz- und Palliativverband (BHPV) hatte die Gründung des Palliativen Versorgungsnetzwerkes Isar-Inn initiiert und koordiniert. Gründungsmitglieder sind neben dem BHPV die vier Landkreise, die Hospizvereine Landau-Dingolfing, Altötting und Rottal-Inn sowie die Adjuvantes-SAPV GmbH Landshut.

Zielsetzung

Die Initiative der Gründungsmitglieder zielt vor allem darauf, landkreis- und stadtübergreifende Strukturen für die Palliativversorgung im ambulanten und stationären Bereich aufzubauen, die Aus- und Weiterbildung von Palliativkräften, Ehrenamtlichen und niedergelassenen Ärzten zu stärken und überregionale Beratungs- und Fortbildungsangebote sowie die engere Zusammenarbeit der Palliativ-Teams zu ermöglichen. Im PVN arbeiten Ehrenamtliche und Angehörige verschiedener Berufsgruppen in einem integrativen Ansatz partnerschaftlich

zusammen. Durch die enge überregionale Vernetzung aller Kooperationspartner können die personellen Ressourcen optimal eingesetzt werden.

Lösungsmöglichkeiten

Aus Sicht der vier oberbayerischen Spitzenverbände „gibt es zwei einfache Lösungsmöglichkeiten für die Kommunal Finanzen: Die Einnahmen werden erhöht und/oder die Ausgaben gekürzt. Die nahe liegende Möglichkeit der Einnahmehöherung sind insgesamt höhere finanzielle Ausgleichszahlungen des Freistaats. Dazu fordern wir Sie dringlich auf!“

Laut Resolution „haben die Kommunen bereits in den vergangenen Jahren intensiv nach Möglichkeiten gesucht, wie sie ihre Ausgaben senken können und werden ihre Sparanstrengungen selbstverständlich noch weiter verstärken und verstärken müssen. Leider liegen viele Themen aber nicht in der Hand der Kommunen: Die Kommunen leiden unter Ausgabenmehrungen, die direkt auf staatliche Aufgabenübertragung bzw. staatliche Auflagen und Vorgaben, wie diese Aufgaben zu erfüllen sind, zurückzuführen sind und damit eben nicht im Ermessensspielraum der Kommunen liegen. Über Einsparungen können sie somit nicht entscheiden.“

Die Versorgung Schwerkranker und sterbender Menschen setzt eine entsprechende Ausstattung mit qualifiziertem ärztlichem und pflegerischem Personal voraus. Während die ambulante Betreuung Schwerkranker und sterbender Menschen beispielsweise in den Landkreisen Altötting, Dingolfing-Landau und Rottal-Inn vor allem durch niedergelassene Haus- und Fachärzte, Pflegedienste und ehrenamtliche Mitarbeiter der Hospizvereine erfolgt, wurde in Landshut bereits eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) aufgebaut: Ein speziell ausgebildetes Palliativ-Care-Team aus Ärzten und Pflegekräften steht für die ambulante Betreuung von Palliativpatienten zur Verfügung, die trotz lebensbedrohlicher

SAPV in Landshut

schwerer Krankheit zuhause oder in Heimen versorgt werden und aufgrund ihrer Erkrankung eine besondere Betreuung benötigen.

„Im Bereich Soziales liegt der Sprengstoff der Zukunft“, wird weiter erläutert. „Nur über grundlegende Veränderungen lässt sich diese Entwicklung auffangen. Ähnlich wie bei der Pflege könnte eine versicherungsbasierte Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung oder ein Bundesleistungsgesetz Spielraum bringen und die Last breiter verteilen. Behinderungen körperlicher, geistiger oder seelischer Art gehören zum Lebensrisiko des Menschen genauso dazu wie die Wahrscheinlichkeit, im Alter pflegebedürftig zu werden. Sollte sich der Bund zu einem Drittel an den Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung beteiligen,

Konkrete Beispiele

Die Vorsitzenden griffen einige konkrete Beispiele heraus: „Der Freistaat verpflichtet die Gemeinden, Kindergartenplätze bereit zu halten, ohne sich um die dafür benötigten Finanzen zu kümmern. Auf Landkreisebene explodieren die Kosten für die Jugendhilfe als direkte Folge staatlicher Vorgaben. Und

Traunreut in Feierlaune:

50 Jahre Stadt und 60 Jahre Gemeinde

Vor 60 Jahren wurde der oberbayerische Ort Traunreut überwiegend von Heimatvertriebenen gegründet und bereits zehn Jahre später zur Stadt erhoben. Die Feierlichkeiten zu diesem Doppeljubiläum erreichten am ersten Oktoberwochenende ihren Höhepunkt.

Bei der Jubiläumsfeier würdigte Ministerpräsident Horst Seehofer die 21.000 Einwohner zählende Stadt: „Der rasante Aufstieg von Traunreut verdeutlicht, mit welchem unbedingten Willen zum Durchhalten und welcher Tatkraft die Vertriebenen trotz aller Hoffnungslosigkeit der Nachkriegszeit den Aufbau ihrer neuen Heimat anpackten. Mit ihrem großen technisch-wirtschaftlichen Know-how gaben sie viel zum Wandel Bayerns vom Agrar- zum Industriestaat bei.“

Traunreut ist die jüngste und zugleich größte Stadt im Landkreis Traunstein, sie stellt rund 11.000 Arbeitsplätze. Mit der aktuellen Arbeitslosenquote von 2,8 Prozent steht der Bezirk Traunstein mehr als vorbildlich da. Traunreut sei als eine der fünf Vertriebenenstädte in Bayern auch ein hervorragendes Beispiel für gelungene Integration, so der Ministerpräsident. Seehofer: „Die Heimatvertriebenen haben sich tatkräftig eingesetzt und für ein Bayern gearbeitet, das wirtschaftlich, kulturell und sozial mit an der Spitze in Deutschland steht. Integration heißt kein beliebiges Nebeneinander, sondern ist eine Gemeinschaftsleistung, bei der sich alle einbringen und mitbauen.“

Palliativ-Care-Team

Das Landshuter Kommunalunternehmen für medizinische Versorgung (La.KUMed) und die Landshuter Fachärztin für Onkologie, Hämatologie und Palliativmedizin, Dr. Ursula Vehling-Kaiser haben dafür die Grundlage gelegt, indem sie eine gemeinsame Gesellschaft für die spezielle ambulante Palliativversorgung gegründet haben: Die Adjuvantes-SAPV GmbH. Das speziell ausgebildete Landshuter Palliativ-Care-Team der Adjuvantes-SAPV ist eine Ergänzung zur Versorgung durch Haus- und Fachärzte sowie Pflegekräfte. DK

auf Bezirksebene beispielsweise legen die Regierungen die Investitionskosten für geförderte Altenpflegeeinrichtungen fest, die dann von den Bezirken übernommen werden müssen.“

Sprengstoff

„Im Bereich Soziales liegt der Sprengstoff der Zukunft“, wird weiter erläutert. „Nur über grundlegende Veränderungen lässt sich diese Entwicklung auffangen. Ähnlich wie bei der Pflege könnte eine versicherungsbasierte Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung oder ein Bundesleistungsgesetz Spielraum bringen und die Last breiter verteilen. Behinderungen körperlicher, geistiger oder seelischer Art gehören zum Lebensrisiko des Menschen genauso dazu wie die Wahrscheinlichkeit, im Alter pflegebedürftig zu werden. Sollte sich der Bund zu einem Drittel an den Kosten der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung beteiligen,

würde dies alleine den Bezirk Oberbayern und damit auch die oberbayerischen Landkreise und Gemeinden jährlich um 220 Millionen Euro entlasten.“

Standards überprüfen

An Ministerpräsident Seehofer gerichtet, vertreten die Vorsitzenden die Auffassung, „dass die Staatsregierung und auch Sie selbst in der Öffentlichkeit deutlich machen, dass im Sozialbereich nicht gespart werden dürfte. Wir teilen Ihre Auffassung, sind aber der Meinung, dass kritisch auf einzelne vermeintliche Standards geschaut werden muss. Das Niveau vieler Bauvorschriften, Verordnungen und Vorgaben ist unzureichend diskutierbar. Dazu gehört zum Beispiel die Einzelzimmerquote in Pflegeheimen und die Ausstattung mit Nasszellen für schwer pflegebedürftige Menschen, die ihr Bett nicht mehr verlassen können.“

Ausstellung bis 24. Oktober

Noch bis 24. Oktober ist im Heimathaus täglich von 15 bis 18 Uhr die Ausstellung „Traunreut im Wandel der Zeit“, die anlässlich des Doppeljubiläums die Entstehung der Stadt Traunreut und ihre Entwicklung bis zum heutigen Tag aufzeigt, geöffnet.

Schon der Weg zum Saal über Rindennulch mit dem typischen Duft des Waldes versetzt die Besucher in die Anfangszeit zurück, als sich auf dem heutigen Stadtgebiet ein großes Waldareal befand. Über die Entstehung aus der Heeresmunitionsanstalt, dargestellt in Form einer alten Wohnstube in einer der Baracken und einem dunklen Bunker, über den Aufbau in den ersten Jahren, symbolisch mit einem Siemensherd und anderen Elektrogeräten aufgezeigt, und Informationen zur Herkunft der Bewohner der Stadt führt die Ausstellung bis in die Gegenwart. Eine Rubrik „Perspektiven“ zeigt auf, welche Ziele die größte Stadt im Landkreis noch verfolgt.

Kreisheimatpfleger Dr. Christian Soika zitierte bei der Ausstellungseröffnung Presseberichte überregionaler Zeitungen, in denen ein ziemlich einseitiges Bild der Stadt gezeichnet werde. „Oft wurde und wird die



Von links: Josef Steigenberger, Günther Knoblauch, Josef Mederer, Georg Fahrenschon, Thomas Karmasin.

en an der Zukunft des Landes.“ Komplettiert wurde das Festwochenende von einem hochkarätigen Musikabend mit Solisten der Berliner Philharmoniker sowie einer „kleinen Zeitreise“ am Tag der Deutschen Einheit. Ob Autos, Mode oder Musik: Bei der „kleinen Zeitreise“ ließen die Organisatoren die vergangenen 50 bzw. 60 Jahre wieder aufleben. Die Südostbayernbahn feierte das Stadtjubiläum mit und veranstaltete am gleichen Tag ein Bahnhofsfest. Ein Corso historischer Feuerwehrautos trug ebenso zum Gelingen des Festtages bei. Zudem wurde ein Postsonderstempel präsentiert.

Für mehr soziale Gerechtigkeit

„Kein Tabuthema darf aus unserer Sicht auch die bessere Durchsetzung des Nachrangs der Sozialhilfe sein. Wenn die Gemeinschaft bestimmte Kosten nicht mehr solidarisch tragen kann, muss über eine höhere Eigenbeteiligung nachgedacht werden. Damit jeder die Leistung, die ihm zusteht, auch weiterhin erhalten kann, müssen die Freigrenzen beispielsweise im Bereich der Eingliederungshilfe angehoben werden. Wohlhabende könnten in stärkerem Maße als bisher finanziell an Betreuungskosten, Fahrtkosten, Kindergartenbeiträgen oder ähnlichem für ihre behinderten Angehörigen beteiligt werden. Mehr soziale Gerechtigkeit ist die Folge!“

Schulterchluss

„Mit diesem Brief haben die Kommunen in einer finanziell äußerst angespannten Zeit einen Schulterchluss über alle drei kommunalen Ebenen vollzogen, den es in der Vergangenheit so nicht gegeben hat“, so die Resolution. „Wir haben real-

Schulterchluss

noch junge Stadt als geschichtslos bezeichnet“, was jedoch mit der Ausstellung eindeutig widerlegt werde.

Bürgermeister Franz Parzinger erinnerte seinerseits daran, dass Traunreut in einer alles anderen als goldenen Zeit entstanden ist: „Zunächst ging es einfach nur darum, dass die Leute ein Dach über dem Kopf hatten.“ Die Anfänge der Stadt seien schlicht und praktikabel gewesen. Erst mit der Reaktion auf die zunehmenden Erfordernisse habe dann eine rasante Entwicklung eingesetzt.

„Es ist wohl einmalig, dass hier eine Stadt aus einer Munitionsanstalt entstand. Dass aus einem Ort mit Gift und Munitionsrückständen in nur 60 Jahren eine blühende Stadt entstand, ist einfach unglaublich“, meinte das Stadtoberhaupt abschließend. DK

siert, dass wir den komplexen Problemen, die sich nicht nur heute, sondern angesichts der Demografie in der Zukunft immer stärker ergeben werden, nur gemeinsam begegnen können. Bitte nutzen Sie diese Übereinstimmung, Veränderungen anzustoßen. Wir rufen um finanzielle Hilfe, aber wir bieten Ihnen auch die kooperative Unterstützung an, wenn es darum geht, Umdenkungsprozesse anzustoßen. Nutzen Sie dieses Angebot, damit wir gemeinsam im Sinne der bayerischen Bevölkerung ein vernünftiges, bezahlbares Sozialsystem für alle erhalten können.“

GEMEINSCHAFTSGEMEINDEZEITUNG

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Röbke

Ehrenherausgeber:

Beda Bohmer

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerin: Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Hygiene-Skandal an Münchner Kliniken:

Unhaltbare Zustände

Münchner CSU-Stadtratsfraktion fordert personellen und strukturellen Neuanfang

Unglaublich, aber wahr: Anfang Juli diesen Jahres mussten aufgrund von mangelhaft gereinigtem Operationsbesteck die Operationssäle in den städtischen Kliniken Bogenhausen und Neuperlach geschlossen werden. In Bogenhausen sollen die Verfehlungen besonders drastisch gewesen sein. So berichtete ein Aufsichtsratsmitglied von „Blutprodukten und Knochenresten“, die an den angeblich sterilen Metallgegenständen haften. Auch wurden bei Überprüfungen Beutel mit OP-Besteck gefunden, deren Verfallsdatum abgelaufen war.

Unterdessen sind weitere gravierende Hygieneprobleme bekannt geworden: Im Klinikum Schwabing hatte eine Abordnung des Gesundheitsreferats im Oktober 2009 zahlreiche Mängel in der Kinderonkologie festgestellt. Laut Gesundheitsreferent Joachim Lorenz (Grüne) wurden die Mängel jedoch auf Druck seiner Behörde sofort abgestellt.

Das Münchner Gesundheitsamt bemängelt derartige Vorkommnisse immer wieder. So sahen sich in diesem Jahr bereits eine kleinere Klinik und eine private Praxis entsprechenden Hygieneproblemen ausgesetzt, vor drei Jahren traf es sogar ein großes Krankenhaus, das allerdings nicht zum städtischen Klinikkonzern gehört.

Die Wahrheit kommt ans Licht

Stück für Stück kommt jetzt die Wahrheit im Münchner Klinikhygiene-Skandal ans Licht. Demnach wussten die gesamte Geschäftsleitung und zahlreiche andere Mitarbeiter in Leitungsfunktionen bereits seit etwa einem Jahr, dass es gravierende Probleme mit der Hygiene, insbesondere der Sterilgutaufbereitung, gab. Deshalb müssen nach Ansicht der Münchner CSU-Stadtratsfraktion „neben den Verantwortlichen in der Klinikum GmbH auch die für die Fehlbesetzung verantwortlichen Politiker Konsequenzen ziehen“. Zudem sei die gesamte Organisationsstruktur der Klinikum GmbH auf den Prüfstand zu stellen.

Blick zurück: 2004 wurden

die fünf städtischen Kliniken Schwabing, Bogenhausen, Neuperlach, Harlaching und Thalkirchner Straße zur „Städtische Klinikum GmbH“ zusammengefasst. In diesem Zusammenhang spricht der Münchner CSU-Fraktionsvorsitzende Josef Schmid von einer „Kette politischer Fehlentscheidungen“ und weist auf die schon vor der „Umwandlung“ der Kliniken in eine städtische GmbH von der CSU gerügten schweren „Geburtsfehler“ hin.

Strukturversagen von Rot-Grün

„Jetzt wirken sich die Fehler aus, auf deren Vermeidung wir von Anfang an ohne Erfolg hingewirkt haben: Keine Ärzte in der Geschäftsführung, eine weitere, unnötige Führungsebene, der für Hygiene zuständige Geschäftsführer hat keinerlei Kenntnis des Klinikbetriebs. Zudem waren die Kliniken von Anfang an mit zu wenig Eigenkapital ausgestattet, Positionen wurden nach Parteibuch und nicht nach Qualifikation besetzt. Das Strukturversagen von Rot-Grün rächt sich jetzt bitterlich. Wir wurden kritisiert, weil wir die Kliniken angeblich schlecht redeten. Die Wahrheit ist, dass die Kliniken schlicht bei der dringend erforderlichen Hygiene geschluppt haben und auch nicht ausreichend überwacht wurden – zum Nachteil der gesamten medizinischen Versorgung Münchens“, betont Schmid.

Ein reines Austauschen der Köpfe in der städtischen Klinikum GmbH reiche angesichts

des Desasters nicht aus, meint Schmid und ergänzt: „Nur ein personeller und struktureller Neuanfang kann den unermesslichen Imageschaden bei den städtischen Krankenhäusern wieder auffangen.“

Die CSU fordert seit Monaten den Rücktritt von Bürgermeister Hep Monatzeder, weil dieser fälschlicherweise behauptet habe, es habe sich 2004 bei der Zusammenfassung der fünf städtischen Kliniken kein Mediziner um eine Geschäftsführung positioniert. Außerdem wirft die CSU dem Grünen-Politiker „falsche politische Entscheidungen, Organisationsversagen und fehlendes Controlling“ in der Klinik-Affäre vor.

Fragwürdige Aussagen

Geklärt wissen will die CSU auch die Rolle von Oberbürgermeister Christian Ude, der Schmid zufolge eigentlich frühzeitig über die Probleme informiert gewesen sei - durch wachsende Hinweise von Ärzten, denen die Stadtspitze aber offenbar nicht nachgegangen sei. Fragwürdig seien auch Aussagen Udes, wonach ärztliche Kompetenz in der Klinik-Geschäftsführung wünschenswert gewesen wäre. „Warum“, so fragt Schmid, „hat sich Ude dann nicht dafür eingesetzt?“

Von Neuanfang keine Rede

Drei der vier Klinik-Geschäftsführer sind inzwischen fristlos entlassen worden. Zur Leiterin der Interimsgeschäftsführung bestellt der Aufsichtsrat die Direktorin des Neuperlacher Krankenhauses – gegen die Stimmen der beiden CSU-Aufsichtsräte. „Von Neuanfang kann keine Rede sein, denn dieser hätte auch neuer Personalien bedurft“, führt Fraktionsvorsitzender Schmid an. „Stattdessen gab es eine Besetzung mit einer Person aus dem bereits bestehenden System.“

Erforderlicher Sachverstand

Dabei wäre es aber angezeigt, die vakanten Geschäftsführerpositionen mit externen Persönlichkeiten zu besetzen, die eben noch „scheuklappenfrei“ objektiv urteilen und entscheiden könnten, bemerkt der CSU-Politiker. Außerdem wäre jetzt medizinischer Sachverstand in der Geschäftsführung dringend erforderlich, kritisiert Schmid.

Dass sich die rot-grüne Stadtspitze wieder einmal darin übe, „die Schuld für eigenes Versagen möglichst der CSU in die Schuhe zu schieben“, bewiesen „mitfühlende“ Briefe von OB Ude und der SPD-Fraktion an die Mitarbeiter der städtischen Kliniken. Darin werde darauf hingewiesen, sie müssten nicht befürchten, den Skandal auszubaden. Die SPD werde sich dafür einsetzen, dass die Stadt für den Schaden haftet.

Der Bürger zahlt

Laut Münchner CSU-Fraktion wird freilich verschwiegen, „dass der Steuerzahler – übrigens auch die Klinikmitarbeiter – für die Fehler der rot-grünen Amigo-Seilschaften zahlen muss“. Die Kosten werden immerhin auf bis zu 25 Millionen Euro geschätzt. Vielmehr werde der CSU „von SPD und den verdi-Parteifreunden“ vorgeworfen, sie schade mit ihren Anfragen im Stadtrat und der Webseite www.klinikbeschwerden.de dem Ruf der Klinik. **DK**



Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Schön war die Feier. Erhebend und bewegend. Kein ewiges krampfhaftes Suchen nach dem Haar in der Suppe.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam gut gelaunt und optimistisch von der Feierstunde zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit aus unserem Partnerstädtchen in Sachsen-Anhalt zurück. Sein ganz persönliches Fazit: Die Einheit ist gelungen.

Obwohl, wenn man die Medienberichterstattung – ob im Fernsehen oder Hörfunk, aber auch in bestimmten Druckerzeugnissen – in den letzten Tagen und Wochen verfolgt hat, könnte man meinen, wir lebten in einem „failed state“, der nicht von einem Naturpark, sondern von einem tiefen Graben durchzogen wäre, an dessen beiden Ufern sich fremde Stämme gegenüberliegen. Exemplarisch ein Fernsehbericht über die Region Bitterfeld, die zu DDR-Zeiten nichts als

chem Notstandsgebiet sprechen und ignorieren, dass es niemals in der Geschichte einen stärkeren Wohlstandszuwachs in kürzerer Zeit gegeben hat als in den neuen Ländern seit der Währungsunion? Die Infrastruktur ist dort moderner, die Fabriken sind zum großen Teil produktiver und es gibt ein erstaunliches Kreativpotential zwischen Udem und Thüringer Wald. Neid?

Nein, aber ich will nicht mehr hören, dass wir im Westen nicht sensibel genug bei der Wiedervereinigung waren. Etwa der Vorwurf, wir hätten nichts aus der DDR übernommen. Ja was denn, nachdem doch damals die Menschen nicht nur ihren Staat, sondern auch alles darin loswerden wollten! Wer hat Sehnsucht nach Indoktrination in den Kitas, Wehrkundeunterricht in der Schule oder Studienbeschränkungen für Christen?

Nicht sensibel genug sind vielleicht heute einige Leute, wie etwa der Schriftsteller, der ein neues Buch mit der Bemerkung vorstellt, er könne etwas berichten, denn er hätte als Westdeutscher ein paar Wochen unter Ostdeutschen gelebt. Hallo! Das klingt, als sei einer bei einem seltsamen indigenen Stamm auf Neuguinea zu Gast gewesen. Was will er denn für Eindrücke gesammelt haben? Das ist wahrscheinlich so spektakulär, wie wenn ein Bretone ein paar Wochen im Département Ardèche lebt und feststellt, dass die Traditionen in Südostfrankreich andere sind als im Nordwesten.

Mein Chef, der Bürgermeister, war bei ganz normalen Leuten zu Gast, die sich nach 20 Jahren noch über die Freiheit freuen können, die sie sich selbst erkämpft haben und über die Einheit, die einen unnatürlichen Zustand in der Geschichte unseres Volkes beseitigt hat. Wir im Westen sollten uns auch viel mehr freuen, z. B. über das Ende des Kalten Krieges vor 20 Jahren, der unsere Großeltern und Eltern von 1949 bis 1989 mit der Drohung der nuklearen Vernichtung im Griff hielt. Aber oftmals weiß man ja nicht zu schätzen, was man hat. Da hilft der Blick von außen und so lege ich dem Chef ein Kalenderblatt mit einem Satz des amerikanischen Historikers Andrew Port auf den Schreibtisch: „Ich habe überhaupt oft den Eindruck, dass viele Deutsche gar nicht wissen, in was für einem tollen Land sie leben.“

the sabriul

Gelungene Einheit

verseuchte Gewässer, bestialisch verschmutzte Luft und toxisches Erdreich zu bieten hatte. Heute hat die Luft die Qualität eines Kurorts, die Oberflächengewässer sind sauber und die Chemieanlagen die modernsten der Welt. Aber was ist die Botschaft des Fernsehreporters: Zu DDR-Zeiten gab es mehr Arbeitsplätze! Kein Wort darüber, was die Leute dort geschafft haben: Aus ihrer Heimat wieder einen Ort zu machen, an dem man ohne Gefahr für die Gesundheit leben kann und vor allem auch leben will. Eben die berühmten blühenden Landschaften, von denen Helmut Kohl gesprochen hat und die es heute vielfach gibt.

Ja, hier poltert eine zornige Wessi, aber nicht weil uns die Wiedervereinigung viele materielle Opfer abverlangt hat oder die Ossis nicht dankbar genug wären. Nein, ich poltere, weil man uns nach zwei Jahrzehnten der staatlichen Einheit seitens der (oftmals öffentlich-rechtlichen) Medien immer noch nicht gönnen will, ein ganz normales Land zu sein. Und zu einem ganz normalen Land gehört es, dass es Unterschiede gibt und nicht alles gleichförmig sein muss – das Leben, das Denken, das Fühlen. Haben die Schweizer etwa Mauern in den Köpfen, bloß weil die Deutsch-Schweizer und die Welsch-Schweizer sich in vielen Dingen unterscheiden? Muss man von Ostdeutschland als wirtschaftli-

Passau Landrat Meyer zum Tag der Heimat:

Würdigung einer Lebensleistung

„Durch Wahrheit zum Miteinander“ lautete das Motto des diesjährigen Tags der Heimat. Bundesweit wurden hierzu in den größeren Gemeinden unter Beteiligung örtlicher Politiker Veranstaltungen abgehalten.

In Passau wies Landrat Franz Meyer darauf hin, dass Heimat viel mehr sei als nur eine geographische Lage. Heimat umfasse Sprache, Geschichte, Sitten, Brauchtum, Kultur und örtliche Besonderheiten. Heimat präge und verleihe Identität. Heimatliebe verleihe Kraft, Halt und Orientierung. Heimat sei das emotionale Band, das die Menschen zusammenhält und vereint. Heimat sei, „wo man nicht zu erklären braucht, wer man ist“.

„Vierter Volksstamm“

Die Vertriebenen und ihre Nachkommen erinnerten mit dem Tag der Heimat an ihr Schicksal von Flucht und Vertreibung, aber auch daran, wie sie dieses Schicksal gemeistert und eine neue, eine zweite Heimat gefunden haben, betonte Meyer. „Die Vertriebenen haben sich integriert und wurden integriert. Sie haben dieses Land mit aufgebaut und mit geprägt. Sie haben auch unserem Passauer Land viel gegeben. Der Ausdruck vom ‚vierten Volksstamm‘ kommt nicht von ungefähr, denn längst sind sie mit uns fest verwurzelt.“

Ihre Aufbauleistung sei eine Lebensleistung, „der wir viel von

dem verdanken, was unseren Landkreis heute ausmacht“. Ihr Beitrag zur kulturellen Identität und zum kulturellen Reichtum der Heimat sei unschätzbar. Gerade im Passauer Land mit seiner Grenz Nähe zu Böhmen werde dies auf vielfältige Weise deutlich. Hier sei eine große Böhmerwaldfamilie entstanden, die den engen Zusammenhalt ganz besonders ausdrückt. Erfreulich sei dabei, „dass dieses emotionale Band auch die Jüngeren mit einschließt“, so der Landkreischef.

Handeln geprägt von europäischem Geist

Beim Festakt in Landshut anlässlich des Zentralen Tages der Heimat wies Sozialministerin Christine Haderthauer darauf hin, dass das Handeln der Heimatvertriebenen geprägt sei von europäischem Geist. Sie wünschten ein Miteinander in Europa, durchdrungen von Wahrheit und Gerechtigkeit. „Hierzu dürfen wir aber unsere Geschichte nicht ausblenden, sondern müssen unsere Vergangenheit mit Flucht und Vertreibung vorurteilsfrei aufarbeiten.“

Wie Haderthauer bemerkte, „sind die Vertriebenen große Leistungsträger unserer Gesell-

schaft“. Mit großem Engagement pflegten und bewahrten sie ihre Kultur, ihr Brauchtum und ihre Tradition. Ihnen sei es bestens gelungen, Heimatbewusstsein und Heimatliebe an die jüngere Generation weiterzugeben. Zugleich schlugen Sie Brücken zu ihrer Heimat, stützten die dortige deutsche Minderheit und reichten die Hand zum Dialog.

Haus des Deutschen Ostens

Zur Förderung der Arbeit der Vertriebenen hat der Freistaat Bayern 1970 das Haus des Deutschen Ostens gegründet. „Dieses Haus ist seit 40 Jahren ein lebendiges Begegnungs-, Beratungs- und Förderzentrum für alle Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler – eine Erfolgsgeschichte, die wir Anfang Oktober 2010 mit einer eigenen Festwoche feiern werden“, erklärte Haderthauer.

Laut Landrat Christian Knauer (Aichach-Friedberg), Vorsitzender des BdV Bayern und BdV-Vizepräsident verbrachte der Bund der Vertriebenen bereits seit langem Erfolge im Bereich der Begegnungen. In vielen Fällen bekämen die Vertriebenen mittlerweile die Möglichkeit, ihr Geburtshaus zu besuchen. Zudem würden alte Friedhöfe wieder instandgesetzt, so dass die Gräber von Verwandten besucht werden können. **DK**



Feierlicher Saisonklang auf den Bergen

Älplerletzte auf der Kanzelwand – Männerchor „Alpenrose“ und Peitinger Alphornbläser am Nebelhorn

Oberstdorf/Riezlern. Auf Wiedersehen Bergsommer: Wenn der Senn nach einer arbeitsreichen Saison die Alpe verlässt, wird traditionell die Internationale Älplerletzte gefeiert: Heuer fand sie am 3. Oktober zum 11. Mal in der Region Oberstdorf/Kleinwalsertal an der Kanzelwand statt. Die Älplerletzte begann mit einem feierlichen Gottesdienst, der von rund 50 Alphornbläsern umrahmt wurde. Anschließend verteilten sich die Gruppen auf die schönsten Plätze des Gebietes rund um die Bergbahnstation. Am Nachmittag trafen sich alle zum großen Gemeinschaftskonzert und der traditionellen Schellenverlosung.

Auf dem Nebelhorn wurden an diesem „Tag der Deutschen Einheit“ alljährlich besinnliche Töne angeschlagen. Eine feierliche Bergmesse bildete an der Station Höfatsblick den Auftakt zu einem stimmungsvollen Programm. Die musikalische Umrahmung übernahmen bewährte Musikanten aus Peiting: Von dort stammen sowohl der Männerchor „Alpenrose“ als auch die Alphornbläser. **DK**

Bilanz der Landesgartenschau:

Rosenheimer Sommermärchen

Nach zehn Jahren wieder über der Millionen-Grenze
Überwältigender Erfolg für Stadt und Landkreis

„Ich denke, wir dürfen sagen, unsere Gartenschau war ein toller Erfolg für Rosenheim und den Landkreis“, resümiert der städtische LGS-Geschäftsführer Werner Oeckler. „Die Gartenschau-Vorbereitungen und ihre Durchführung haben die Region zusammengeschweißt, die Stadt um ein wunderbares Parkgelände am Wasser reicher gemacht und auch den Tourismus enorm angekurbelt. Das wird noch lange positiv nachwirken.“

Nachhaltigkeit auf allen Ebenen. Das Rosenheimer Gartenschau-Konzept, das eine Stadt am Wasser präsentierte und den Besuchern über einen vier Kilometer langen Rundweg auch die historische Altstadt, und den Riedergarten mit historischem Apothekergarten ans Herz legte, ging voll auf. Mehr als eine Million Besucher machten sich auf den Weg, um das Landesgartenschau-Gelände und die neugestaltete Altstadt zu entdecken.

Blütenpracht bis zuletzt

Auf insgesamt 5 Kilometer konnten sie auf Uferwegen an Inn und Mangfall entlang schlendern oder sich an den Bachgärten niederlassen, deren üppige Vegetation 20.000 gepflanzten Stauden zu verdanken sind, die die Besucher gerne bestaunten. Auch der Blumenfluss auf 3400 m² Fläche und einhalb Kilometern Länge begeisterte die Besucher mit seiner jahreszeitlich wechselnden Bepflanzung. 198.000 Blumenzwiebeln, 90.000 Frühjahrsblüher und noch einmal 50.000 im Juni gepflanzte Sommer- und Herbstblüher sorgten dafür, dass Pflanzen- und Blumenfreunde auch bis zum letzten Tag die Blütenpracht genießen konnten.

Die Blumenhalle mit ihren vierzehn wechselnden Schauen war ein absolutes Highlight auf der Landesgartenschau Rosenheim. Ein ganz besonderes, architektonisch höchst interessantes Ambiente, konnte die Besucher immer wieder überraschen. Fast wöchentlich bot eine völlig neu gestaltete Ausstellung Einblicke, wie kreativ und kunstvoll Floristen und Gärtner arbeiten. Zum Gartenschau-Finale bekamen die Besucher noch einen herbstlichen Farbenrausch präsentiert. Noch lange wird - vor allem unter Dauerkartenbesitzern, die sich kaum eine Blumenschau entgehen ließen - diskutiert werden, welche nun die Schönste war. Die „Rosenschau“? Die „sommerlichen Blütenkränze“? Oder vielleicht doch die „Farbräume und blumigen Schwelgereien“?

3693 Veranstaltungen

Das abwechslungsreiche Veranstaltungsprogramm entwickelte sich ebenso zum absoluten Besuchermagnet. Theater, Konzerte, Kabarett, Sport und Gartenkultur, Blumenschauen und Musik - eine tolle Mischung aus Brauchtum und Moderne und unfassbare 3693 Veranstaltungen wurden den Besuchern geboten. Alle liebevoll or-

ganisiert von den LGS -Veranstaltungsprofis Alexandra Bircklein und Peter Kirmair, die sich auch nicht vom Wetter unterkriegen ließen, obwohl der viele Regen ständige Umplanung erforderte. Soviel Regen gab es überhaupt noch nie bei einer Gartenschau. An 80 von 164 Gartenschautagen, fiel es nass vom Himmel. Auch ein Rekord! Trotzdem mussten nur wenige Veranstaltungen wegen des Dauerregens ausfallen, größere Konzerte und Aufführungen konnten immerhin wiederholt werden. Insgesamt genossen mehr als 100.000 Menschen das gelungene Veranstaltungsprogramm.

Beeindruckende Momente

Für Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer heißt es nun Abschied nehmen von „ihrem“ Gartenschau-Projekt, das sie, gemeinsam mit Baudezernent Helmut Cybulska, auch in den schwierigen Anfangszeit und gegen viele skeptische Stimmen, immer konsequent vorangetrieben hatte. „Ja, unser Rosenheimer Sommermärchen geht zu Ende. Die Zeit ist wie im Flug vergangen, auch wenn das Wetter uns geärgert hat, gab es zahllose entspannende, beeindruckende, lustige, aber auch bewegende Momente auf unserer Gartenschau“, so OB Bauer.

Schlüssel zum Erfolg

„Das stimmige Konzept, das bis in die Haarspitzen hoch motivierte Gartenschau-Team und natürlich die vielen interessierten und begeisterten Besucher, sind meines Erachtens der Schlüssel zum Erfolg gewesen“, erläutert sie hochofrend das Erfolgskonzept der Landesgartenschau in Rosenheim, mit dem es nun zum ersten Mal seit

zehn Jahren wieder gelungen ist, die Millionengrenze zu knacken - trotz 80 Tage Regen.

Auch LGS - Geschäftsführerin Dagmar Voß ist glücklich über die vielen lobenden Worte, die dem Gartenschau-Team jetzt von allen Seiten zugetragen werden. Sie sei sich sicher gewesen, dass das Geländekonzept stimmig sei. Auch Fachleute hätten das immer wieder bestätigt, berichtet die 56-jährige Gartenschau-Chefin, die immerhin seit über 20 Jahren im Gartenschau-Geschäft tätig ist. Aber die positive Entwicklung der Besucherzahlen nach dem großen Regen, habe sie dann doch überrascht.

„Also, ich bin natürlich total begeistert, dass wir diese Millionengrenze überschritten haben. Diesen großen Erfolg haben wir alle wegen des schlechten Sommers nicht mehr erwartet.“ Umso größer war die Freude, als die Besucherströme im August und September nicht mehr nachlassen wollten und sogar das Wetter im September einigermassen mitspielte.

Attraktives Gelände

Für die rund 50 beteiligten Gärtnereibetriebe war die Rosenheimer Landesgartenschau durchweg eine richtig große Herausforderung, weiß Gartenschau-Profis Dagmar Voß: „Ein ganz großer Dank geht an unsere Gärtner, die es tatsächlich - trotz dieser „Sumpfteete“, anders konnte man es während des vielen Regens nicht bezeichnen - geschafft haben, ein topgepflegtes Gelände über die ganze Zeit zu erhalten, das war in diesem Jahr besonders schwierig, weil die Witterung den Gärtnern nur Probleme bereitet hat. Da können wir alle stolz drauf sein, dass uns viele engagierte Menschen zur Seite standen und wir so trotz aller Widrigkeiten ein attraktives Gelände präsentieren konnten.“

Gewonnene Wette

Auch Rosenheims Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer war ein gern gesehener Gast bei



Menschen mit Demenz besuchten das Oktoberfest

Für sechs Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Seniorenheim Elisabeth in Geretsried hieß es vor kurzem „O'zapft is!“. Sie besuchten gemeinsam mit Mitarbeitern die Theresienwiese und erlebten einen unvergesslichen Tag auf dem weltgrößten Volksfest.

Der Besuch auf der Wies'n war ein ganz besonderes Erlebnis für das Sextett. Die Sonne strahlte am Welt-Alzheimerstag und die Stimmung auf dem Volksfest war sehr schön und ausgelassen. Beim Spaziergang über das Festgelände wurde so manche Erinnerung wieder wach und so wurde angeregt von früheren Besuchen erzählt, die bereits Jahrzehnte zurück liegen. Vor der Heimfahrt stärkte sich die Gruppe mit einem Hendl und einer Maß Bier. Für Einrichtungsleiterin Andrea Härle sind Ausflüge ganz wichtige Erlebnisse, die biographische Erinnerungen bei den Bewohnern wecken. „Demenz Erkrankte gehören nicht auf das Abstellgleis. Sie erleben Freude und Leid genauso wie wir. Sie empfinden das Erlebte nur anders“, ist die Fachfrau überzeugt. □

vielen Veranstaltungen, wie z. B. dem Brandner Kaspar oder Quadro Nuevo. Angespornt von den 95 Besuchern des Neu-Ulmer Bürgermeisters auf „seiner“ Gartenschau, war Rosenheims Stadtoberhaupt bei der Fahnenübergabe 2008 mit Dagmar Voß die Wette eingegangen, dass sie es schaffen werde, mindestens einhundert Mal die Rosenheimer Gartenschau zu besuchen. Und sie hat es geschafft: Führte fast die gesamte bayerische Politikprominenz bei deren Besuchen über das Gelände, besuchte Gottesdienste, Blumenschaueröffnungen, weihte viele Ausstellungsbeiträge ein, traf in den Pavillons des Landwirtschaftsministeriums Gurken- und Zwiebelprinzessinnen und gab unzählige Inter-

views an Inn, Mangfall oder mitten im Blütenfluss. Aber auch ganz privat versuchte sie immer wieder einige ruhige Momente auf dem Gartenschau-Gelände zu verbringen.

Termin-Marathon

Dagmar Voß gib sich jedenfalls geschlagen und ist beeindruckt: „Rosenheims Oberbürgermeisterin hat hier einen Termin-Marathon hingelegt, der seinesgleichen sucht. Da sag' ich 'Hut ab'! Das Rathaus hatte ja nicht geschlossen, während der Gartenschau. Unsere kleine Wette von Neu-Ulm hat sie jedenfalls gewonnen und es freut mich, dass sie als Oberbürgermeisterin so engagiert hinter uns stand.“ □

Vorschau auf GZ 20

In unserer Ausgabe Nr. 20, die am 21. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Fachliteratur für Kommunen
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauctionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufskleidung

hardusch
Textil-Mietdienste
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler
Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — bestrast — individuell gefertigt!
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€ 360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Hausmeisterservice

Biete
Hausmeisterservice
im Großraum München
Chiffre: GZ-17252

Kindergarteneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de
ORIGINAL
BENZ
SPORT
Tel. 07195/6905-0 · Fax: 07195/6905-77 · info@benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
a BUCHER company
Gmeiner GmbH
Winterdiensttechnik · Germany
Daimlerstraße 18 · 92533 Wernberg-Köblitz
Telefon: +49 (9604) 93267-0
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326/502-0
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum
weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
gerasmühlstr. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für **Subtilite**
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!